

Hinterland

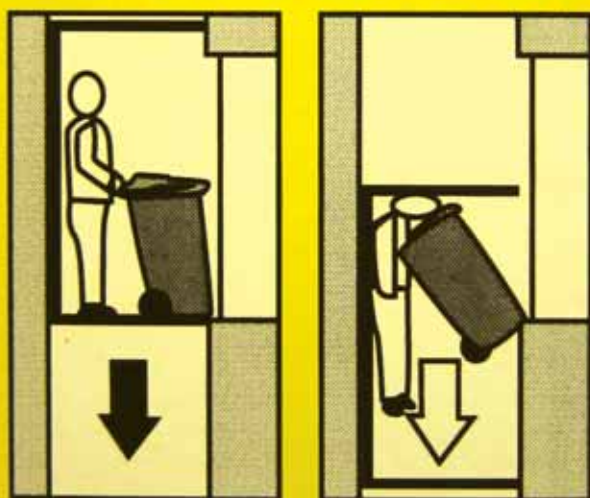
20/2012 4,50 euro



Ich weiß, was gut für dich ist



VARNING FÖR KLÄMRISK



Farligt att transportera gods i hissar
som saknar innerdörr eller -grind

Foto: Andrea Huber

KONE AB KH 162

Hinterland



Das Vierteljahresheft
für kein ruhiges.

Hinterland #20
Juli bis September 2012

IMPRESSUM

Titel: Matthias Weinzierl

Herausgeber:
Bayerischer Flüchtlingsrat
Augsburgerstraße 13
80337 München

Verantwortlich: Matthias Weinzierl

Redaktion: Andrea Böttcher, Friedrich C.
Burschel, Dorothee Chlumsky, Florian
Feichtmeier, Sara Hilliger, Johanna Keppeler,
Miri Leitner, Christoph Merk, Nina Schiffmann,
Till Schmidt, Undine Schmidt, Nikolai Schreiter,
Sarah Stoll

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.*

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Matthias Weinzierl

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH,
Birkenstraße 3, 82346 Andechs

Auflage: 1.500 Stück

Website: Anton Kaun

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

gefördert von der UNO-Flüchtlingshilfe

Eigentumsvorbehalt:

*Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis
sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.
Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im
Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefange-
nen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem
Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmit-
telfähigen Bescheides zurückzusenden.*

Välkomme
STF Vandrarhem

4

zitiert & kommentiert

Von Hubert Heinhold



bulgarien

5

**„Wenn du hier wohnst,
wirst du ein trauriger Mann“***Eine Reise zu den in Bulgarien
gestrandeten Flüchtlingen*

Von Tobias Klaus und Mathias Fiedler

ich weiß,

was gut für dich ist

14

„Die Flüchtlinge müssen die Inhalte setzen“*Salomon Wantchoucou über das Verhältnis
zwischen Flüchtlingen und Unterstützenden*

Interview von Undine Schmidt

16

Oh, what a night!*Asylarbeitskreis „meets“ Afrika*

Von Matthias Weinzierl

18

Die Attitüde des Helfens*Stephan Dünnwald zu paternalistischen
Ansätzen in der Flüchtlingsunterstützung*

Interview von Undine Schmidt & Matthias Weinzierl

23

„Den Vorwurf mache ich mir“*Mariusz über die Initiative Bike Aid Berlin*

Interview von Undine Schmidt

24

„Allein der Markterfolg ist der Index...“*Ulrich Bröckling zum Diktat
fortwährender Selbstoptimierung*

Interview von Till Schmidt

27

Ruinen des guten Willens*Wie Hilfsprojekte in Bolivien abdanken*

Fotostrecke von Marie-Luise Hess

32

Die ganze Kolonie, Marsch!*Von der „Entwicklungshilfe“**zur „Entwicklungszusammenarbeit“*

Von Andrés Schmidt

35

Der Idealist und Schreibtischtäter*Der Kirchenmann Friedrich Tillmann
und die „Euthanasie“=*

Von Klaus Schmidt

40

Die Gewaltförmigkeit der Argumente*Eugenisches Gedankengut in
der Frauenbewegung der 1920er Jahre*

Von Ulrike Manz

45

Das Universum weiß, was gut für dich ist!*Esoterik: Hilfen zur Selbstoptimierung*

Von Claudia Barth

51

Blonder Engel auf Talfahrt*Wie ein Pfarrer Flüchtlingsproteste befriedet*

Von Caspar Schmidt

theoretisch

54

Hannah Arendt: All exclusive*Theorie des staatenlosen Flüchtlings*

Von Julia Schulze Wessel

antiziganismus

60

„Reisen zu den Roma“

Rezension von Matthias Weinzierl

64

Die Diskriminierung des Sündenbocks*Barbara Lochbihler über die
Roma-Strategie der Europäischen Union*

Interview von Undine Schmidt & Matthias Weinzierl

white trash

68

Flohmarkt der Deutungshoheit*Dokumentation einer neuen Rassismus-Debatte*

Von Friedrich C. Burschel

71

Stolz und Vorurteil*Markierungspolitiken in den
Gender Studies und anderswo*

Ayşe K. Arslanoğlu

postkolonial

77

Auf Schlechtwegen ins Missionsmuseum*Ethnologische Beobachtungen in O.*

Von Thomas Glatz

80

Straßen des kolonialen Terrors*Münchens Umgang mit seinem kolonialem Erbe*

Von [muc]

lesen

83

„Europa erfindet die Zigeuner“

Rezension von Stefan Klingbeil

84

Testcard: Überleben in Hochform

Rezension von Till Schmidt

85

„Lebensmodell Diaspora“

Rezension von Stephan Dünnwald

nachgehakt

86

Völkische Trolle*Aus für Online-Petition gegen Residenzpflicht*

Von Friedrich C. Burschel

Weil wir wissen, was gut für Euch ist!

Somit sind nun auch wir beim Paternalismus angekommen, einem Thema, das in unseren Redaktionssitzungen zu unvermittelter Diskussion und vielen Anekdoten geführt hat.

Schönes Thema also und viel Stoff für eine ganze Ausgabe Hinterland. Denn man findet fast überall ein paar Schlauberger, die wissen, was gut für uns und den Rest der Welt ist: In der Sozialen Arbeit, der Entwicklungszusammenarbeit, dem Bildungssystem, der Familie und natürlich auch in der Flüchtlingsarbeit. Gehören wir vielleicht selbst zu diesen Besserwissern?

Aber wo fängt er eigentlich an und wo hört er auf, der fürsorgliche Paternalismus? Wann ist er in Ordnung und wann nervige Bevormundung? Und wo führt das hin, wenn schon in der Hilfe eine paternalistische Haltung mit-schwingt und etwas eigentlich gut Gemeintes somit moralisch bedenklich wird? Überhaupt, wie steht's um Freiheit, Autonomie und Moral, denn hierum geht es ja irgendwie auch?

Rechtsgelehrte sprechen von staatlichem Paternalismus, wenn der Staat seinen Bürgern und Bürgerinnen zu ihrem eigenen Schutz etwas aufzwingen will, was von diesen so nicht unbedingt gewollt ist. Rechtlich relevant wird das nicht nur bei Gurten und Helmen, sondern auch bei Drogen, Alkohol und Suizid. Und bei aller Fürsorge schwingt hier der Ansatz mit: Da die Bürger und Bürgerinnen das mit der Freiheit leider nicht so hinkriegen, brauchen sie einen Staat, der sie per Vorschrift entsprechend hinbiegt. Aber ist das moralisch in Ordnung? Auch in der Sozialen Arbeit geht es um das Verhältnis von Hilfe und Moral: Es stellt sich die Frage, ob Hilfe immer gut ist oder eben nur solange sie die Autonomie der Geholfenen nicht untergräbt. Dabei wollen doch auch die berufsmäßigen Altruisten und Altruistinnen stets „nur das Beste“ für die Betroffenen, die eben selbst manchmal nicht zu wissen scheinen, was dieses „Beste“ für sie ist.

Schließlich und endlich müssen wir uns vielleicht aber auch fragen, ob das Anprangern des Paternalismus nicht deshalb einen regelrechten Aufschwung erlebt, weil Autonomie heutzutage ein geradezu verklärtes Gut geworden ist. In einer Zeit, in der die Vermarktung des Selbst Hochkonjunktur hat, lässt man sich einfach nicht mehr so gerne reinquatschen. Das unabhängige Individuum duldet nur ungern Einmischung und möchte, soweit möglich, selbst entscheiden. Und falls doch mal Hilfe gebraucht wird, halten Bücherladen und Internet heute eine Vielzahl von Ratgebern bereit. Zwar sind diese per se auch paternalistisch, greifen aber die Autonomie nicht so unmittelbar an wie der erhobene Zeigefinger eines fürsorglichen Schlaubergers.

Zudem haben wir ein paar Splitter aus unserem paternalistischen Alltag ins Heft gestreut.

Viel Spaß beim Lesen,
Eure Hinterland-Redaktion

*„Arm bin ich geworden an
eurer bittenden Wohltat.“*

(Else Lasker-Schüler)

*„Leistungsberechtigt nach diesem Gesetz
sind Ausländer, die [...] eine
Aufenthaltsgestattung [...] besitzen.“*

(§ 1 I Nr. 1 AsylbLG)



Die Dichterin weiß, was Normalbürgerin und Normalbürger ahnen: Nicht jede „Wohltat“ ist eine solche.

Dies gilt auch für staatliche Leistungen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz ist ein Beispiel hierfür. Sein Ziel ist die Schlechterstellung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber gegenüber anderen Sozialhilfeberechtigten. Dies ist kein Einzelfall, sondern ein generelles Muster. Asylbewerberinnen und Asylbewerber werden unter dem Etikett der staatlichen Fürsorge vom Tag der Einreise bis zur Anerkennung der Schutzberechtigung oder dem Tag der Ausreise einem dirigistischen Regime unterworfen. Lagerunterbringung, Zwangsversorgung, Residenzpflicht und

Abschiebung sind nur einige herausragende Beispiele des paternalistischen Vorgehens seitens des Staates. Es offenbart ein vor-demokratisches Verständnis.

Dies trifft nicht nur Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Oft werden Einzelne nicht als „Bürger“ oder, allgemeiner gesagt, Teil einer Gesellschaftsordnung, die das Gemeinwesen erst bildet, begriffen, sondern als Untertanen. Die Maßnahmen und Regelungen, die zu ihrem „Wohl“ ergehen, haben vor allem eine Funktion, nämlich die Sicherung der staatlichen Interessen und letztlich der Macht der Bürokratie. Der Eigensinn, die Eigenverantwortung und die Selbstsorge des Individuums erlahmen als Folge. Entsolidarisierung und Lenkbarkeit werden gefördert, eine streitbare Demokratie wird so verhindert.<

Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
des Fördervereins
Bayerischer Flüchtlingsrat e.V. und bei
Pro Asyl



„Wenn du hier wohnst, wirst du ein trauriger Mann“

Eine Reise zu den in Bulgarien gestrandeten Flüchtlingen im Sommer 2011.
Von Tobias Klaus und Mathias Fiedler



Nein, du kommst hier nicht rein:
Die harte Tür des Clubs Bulgaria

Fotos: Tobias Klaus & Mathias Fiedler



We all live in a yellow Lager:
10 bis 15 Räume sind noch frei!



Informelle Flüchtlingsunterkunft:
Leben im Rohbau

Bauruine inside:
Notdürftiger Verschlag
– *wohnlcher wird's nicht mehr*



Verzichtbarer Panoramablick:
Das Flüchtlingslager gegenüber

Jesus

I WILL NEVER
STOP MY JOURNEY
HALF WAY
UNTIL I
REACH MY
HOME

AMEN

Nach 25 Stunden Busfahrt erreichen wir Sofia, jene Stadt, die uns der Reiseführer als „prachtvolle Hauptstadt Bulgariens“ gesprochen hat. Es ist drückend heiß und die Straßen sind voller Menschen. Kurze Zeit später finden wir uns am Boulevard Knjaginja Maria Luisa wieder. Nicht weit voneinander entfernt befinden sich eine Moschee, eine orthodoxe Kirche und eine Synagoge, der Ort wird auch „Dreieck der Toleranz“ genannt. Nach all den sozialistischen Zweckbauten und den oft zu sehenden rechtsradikalen Graffiti beeindruckt uns das. Leider hält dieser Zustand nicht lange an: Wir erfahren, dass faschistische Gruppierungen vor zwei Monaten die Moschee angegriffen haben.

Am Tag darauf sitzen wir in einem Taxi, das uns zum größten Flüchtlingsheim Bulgariens am Stadtrand von Sofia bringen soll. Der Taxifahrer ist ein schmächtiger Mann mittleren Alters, während der 20 Minuten langen Fahrt zum Stadtrand erläutert er seine Vision Bulgariens und berichtet von den Helden der nationalen Befreiungsbewegung des 19. Jahrhunderts. Nach einer Weile hört unsere bulgarische Freundin auf zu übersetzen. Der Taxifahrer führt seinen Monolog unermüdlich weiter und redet sich in Rage. Wir zahlen, steigen in einiger Entfernung vom Flüchtlingslager aus und laufen den Rest zu Fuß.

Das Flüchtlingslager ist in schmutzigem Gelb gestrichen, zwischen den Stockwerken verlaufen zartrote Streifen. Aus einigen Fenstern des Plattenbaus hängen Kleidungsstücke. Vor dem Lager treffen wir Jamal. Er ist groß und hager, hat dunkle Augen und trägt einen Drei-Tage-Bart. Er hat eine offene Art, doch seine Augen wirken müde. Früher hat er hier gelebt, erzählt er. Doch dann hat man ihm gesagt, dass für ihn kein Platz mehr sei. Jamal versteht das nicht, er ist sich sicher, dass auch heute noch Zimmer frei sind in dem großen Gebäude. Zur Zeit wohnt er bei einer Bekannten, doch die ist jetzt schwanger geworden. Er wird bald umziehen müssen, doch er weiß nicht wohin.

Jamal stellt uns seinen Freund Abbas vor, wie Jamal kommt auch er aus dem Irak. Abbas ist keine 30 Jahre alt, er trägt ein eng anliegendes rosafarbenes Hemd mit hochgekrempelten Ärmeln. Gemeinsam gehen wir in ein kleines Café in der Nähe. Abbas ist vorsichtig, nur schleppend erzählt er seine Geschichte.

Ohne Pass keine Anerkennung als Flüchtling

Bevor er nach Bulgarien kam, war er schon einmal in Europa, in Norwegen. Das war von 2005 bis 2009. Dann wurde er in den Nord-Irak abgeschoben. Er zeigt uns seine Dokumente, wir machen ein Foto davon und unser Blick fällt auf die Notiz, dass die Abschiebung mit einem Frontex-Charter durchgeführt worden ist. „Da waren 35 andere Iraker und sehr viele Polizisten mit im Flugzeug“, sagt Abbas. „Einen Mann haben sie gefesselt hereingetragen. Er hat gerufen, dass er sich umbringen würde, wenn er zurückgebracht wird. Dieser Mann war zuvor zehn Tage in einer dunklen Isolationszelle im Gardermoen-Gefängnis in Oslo gewesen. Dort sei es sehr kalt gewesen, hat der Mann berichtet, und sie hätten ihm die Kleidung abgenommen“, erzählt Abbas. In Bagdad sind sie sofort ins Gefängnis gekommen. Nur wer nachweisen konnte, dass Angehörige ihn aufnehmen würden, wurde freigelassen. Im Irak hat Abbas dann bei der Polizei an der Grenze gearbeitet, doch als er einen Schmuggler verhaftete, gab es Probleme. Er wurde bedroht und bekam Angst. „Nahezu jeder dort hat eine Pistole oder ein Gewehr“, sagt er. Deshalb sei er erneut geflohen.

Abbas spricht in kurzen Sätzen, er wirkt sehr resigniert. Wir fragen ihn, wie das Leben im Flüchtlingsheim ist. „Es gibt oft Ärger wegen der Missverständnisse“, sagt er. „Man wohnt dauerhaft mit so vielen verschiedenen Leuten zusammen: Russen, Somalis, Pakistanis, meist sind fünf bis sechs Personen in einem Zimmer. Es gibt vor allem Streit darum, wann schlafen will.“ Er hält inne, dann entfährt es ihm: „Einmal gab es einen Messerkampf, dann kam aber zum Glück die Polizei.“

Laut Abbas' Schätzung leben in dem Haus ca. 450-500 Leute in 140 Zimmern. „Nicht alle Räume sind voll“, bestätigt er Jamals Aussage. „Ungefähr 10-15 Räume sind noch frei.“ Vom bulgarischen Staat bekommt er monatlich 65 Lewa, das sind umgerechnet etwa 32 Euro. Davon muss er sich alles kaufen, was er zum Leben braucht: Essen und Kleidung, für die meisten Medikamente soll er ebenfalls selbst aufkommen. Wer kein Geld hat, fragt seine Landsleute nach Geld und Essen. Abbas' Angehörige schicken ihm Geld. Ohne ihre Hilfe wäre es zu wenig zum Überleben.

Abbas sagt, er sei schon als Flüchtling anerkannt worden - doch hat er bis heute keinen Flüchtlingsstatus. Das liegt daran, dass er keinen Pass besitzt, da die irakische Botschaft ihm keinen ausstellt. Als anerkannter Flüchtling würde er 250 Lewa (etwa 125

Euro) erhalten. Das wäre zwar deutlich mehr, doch niemals genug, um eine Wohnung und Essen bezahlen zu können. Das lange Warten sei besonders schwer, sagt Abbas. Lieber würde er abgelehnt werden, als noch weiter auf seinen Status zu warten. „Chakail“, sagen sie immer zu dir, was so viel bedeutet wie: Warte!“

Wir verlassen das Café und gehen auf das Gelände des Flüchtlingsheims. In das Haus dürften wir nicht gehen, bemerkt Abbas, jedoch könne er für uns Fotos machen. Wir nicken und er verschwindet mit der Kamera. Auf dem Hof befinden sich zunächst kaum Menschen, dann begegnet uns eine junge Frau. Wir fragen sie, wie es ihr geht. „Scheiße“, antwortet sie auf Deutsch. Sie will schon weiterlaufen, aber wir bitten sie, sich mit uns zu unterhalten.

Zu wenig zu essen im Abschiebegefängnis

Samiya Osama kommt aus Gaza, sie ist Christin. Weil die Hamas immer stärker wurde und sie nicht wollte, dass ihr Sohn zu einem politischen Soldaten ausgebildet wird, ist sie geflohen.

In einem Flüchtlingslager in Syrien hat Samiya ihren heutigen Mann, Ahmed, kennengelernt. Er kommt aus dem Irak und ist Muslim. Sie beschlossen, gemeinsam weiter zu fliehen. Über die Türkei wollten sie es nach Westeuropa schaffen, doch seit vier Jahren sitzt die Familie nun in Bulgarien fest und vor 15 Monaten wurde Ahmed verhaftet.

Seitdem sitzt er in Abschiebehaft. „Ich weiß nicht, wann er rauskommt und ob er dann gleich abgeschoben wird“, sagt Samiya. Die junge Frau ist Mitte zwanzig, doch die jahrelange Flucht hat ihre Spuren hinterlassen. Seitdem ihr Mann im Gefängnis ist, muss sie für ihren Sohn und ihren Mann sorgen, Geld bekommt sie vom bulgarischen Staat keines. Sie putzt in Privathaushalten und Restaurants. Regelmäßig bringt sie ihrem Mann Essen, davon gibt es im Gefängnis nicht genug. Wir fragen, ob wir ihren Mann besuchen könnten. Sie nickt und nennt uns die Adresse und Gefangenenummer.

Besonders für Schwarze ist es sehr gefährlich

Auch der junge Sudanese Fadal wendet sich an uns, er ist seit zweieinhalb Jahren in Bulgarien. Sein Asylantrag ist abgelehnt worden. Zur Zeit wohnt er noch in dem Flüchtlingsheim, doch am Ende des Monats wird er es verlassen müssen.

„Ich darf nicht arbeiten und bekomme seit zwei Monaten auch keine 65 Lewa mehr. Bisher habe ich Essen von anderen Menschen aus dem Centre bekommen. Ich hoffe, dass sie mir auch weiterhin helfen.“ Er macht eine Pause, blickt auf den Boden und sagt: „Ich möchte zurück. Bulgarien ist ein sehr armes Land und es ist schrecklich für uns Flüchtlinge hier. Es wäre besser, im Sudan zu sterben, aber es gibt keine Möglichkeit, zu gehen, und auch keine, zu bleiben.“

Die sudanesishe Botschaft hat ihm nicht geholfen zurückzukehren. Fadal meint, „nur die Araber bekommen Hilfe von der Botschaft, uns Schwarze schicken sie einfach weg – wir werden dort überhaupt nicht akzeptiert.“ Wenn man denkt, es ginge nicht mehr schlimmer, genügt es, einen Blick aus den Fenstern des Flüchtlingsheims zu werfen. Direkt gegenüber ruht hinter hohen Wiesen eine alte Bauruine. Hier leben all diejenigen, die wie Fadal das Flüchtlingsheim verlassen mussten.

Da Fadal seit zehn Tagen unter starken Bauchschmerzen leidet, beschließen wir, ihn zum Arzt zu begleiten. Im Flüchtlingsheim haben die Beamten ihn einfach weggeschickt, der Arzt wiederum wollte Geld für eine Behandlung. Zusammen gehen wir in die nahegelegene Klinik, sofort werden wir in ein kleines Behandlungszimmer geführt. Geld verlangt keiner von uns. Der Arzt ist Mitte vierzig, trägt einen verwaschenen Arztkittel und hat lange graue Haare. Er sitzt an einem kleinen

unaufgeräumten Schreibtisch. Ihm gegenüber sitzt eine Arzthelferin an ihrem Rechner; in der Ecke eine weitere Frau, sie wartet. Als wir an der Reihe sind, dauert es eine Weile, bis wir dem Arzt klarmachen können, dass nicht wir eine Behandlung benötigen, sondern Fadal. Mittlerweile hat der Arzt herausgefunden, dass wir aus München kommen. Sofort bricht er in Lobeshymnen über diverse Spieler des FC Bayern München aus.

Erst nach einiger Zeit kommt es dann zur tatsächlichen Untersuchung, alle Anwesenden bleiben dabei im Raum. Am Ende erhält Fadal ein Rezept und wir geben ihm zehn Lewa (fünf Euro), um die Medikamente bezahlen zu können. Bevor wir uns verabschieden, erzählt Fadal mit brüchiger Stimme, dass sein Bruder, mit dem er nach Bulgarien gekommen ist, vor einem Jahr verschwunden sei. Fadal glaubt, dass er tot ist. „Für Flüchtlinge ist es sehr gefährlich

Es wäre besser, im Sudan zu sterben, aber es gibt keine Möglichkeit, zu gehen, und auch keine, zu bleiben

hier, besonders für uns Schwarze. Ich gehe gar nicht mehr in die Stadt. Einer von uns ist da schlimm verprügelt worden", sagt Fadal und dann wiederholt er den Satz, den wir heute schon so oft von ihm gehört haben: „Ich weiß, dass es niemanden in Bulgarien gibt, der mir helfen kann.“

Alleine kehren wir zurück, um uns die Bauruine, in der Fadal bald wohnen muss, genauer anzusehen. Jamal ist noch im Flüchtlingslager und erklärt sich bereit, uns zu begleiten. Die Ruine ist nicht mehr als eine Ansammlung von Betonwänden mit Löchern verschiedener Größe, die irgendwann mal mit Türen und Fenstern hätten verschlossen werden sollen. Jamal kennt das Gebäude gut und kann uns die Sprüche an den Wänden übersetzen. Einer bleibt uns besonders in Erinnerung: „Wenn du in diesem Hotel wohnst, wirst du ein trauriger Mann“, ist dort auf Dari zu lesen.

In den einzelnen Räumen finden wir immer wieder zeltähnliche Konstruktionen aus Pappkartons und Decken, vor denen vereinzelt Tüten und Plastikflaschen liegen. Manche Flüchtlinge haben versucht, die Löcher in den Wänden zu stopfen. „Im Sommer ist es nicht so schlimm, aber im Winter ist es sehr kalt“, sagt Jamal.

Dass Flüchtlinge in Bulgarien obdachlos sind, ist keine Seltenheit. Außer den 500 Plätzen im Flüchtlingslager gegenüber gab es zum Zeitpunkt unserer Recherchen nur eine weitere Aufnahmeeinrichtung für 80 Flüchtlinge in Banya, einem

Dorf in Ostbulgarien. Die Eröffnung eines weiteren Lagers an der türkischen Grenze in Pastrogor, das 300 Menschen fassen kann, fand im Mai 2012 statt. Allein im Jahr 2010 wurden 1008 Asylsuchende in Bulgarien registriert und 2039 Flüchtlinge direkt an der Grenze abgewiesen. Diese Zahlen dürften deutlich ansteigen, sollte Bulgarien der Beitritt zum Schengenraum gewährt werden. Durch den Wegfall der Grenzkontrollen würde der Transit über Bulgarien nach West- und Nordeuropa für Flüchtlinge besser möglich sein.

Unsicherheit und Schmerzen halten
Ahmed nachts wach

Im Jahr 2011 versuchte der bulgarische Innenminister Tsvetan Tsvetanov im Rahmen eines Besuchs im Bayerischen Landtag, deutsche Politikerinnen und Politiker vom Schengenbeitritt zu überzeugen und

behauptete, dass Bulgarien einen Aktionsplan ausgearbeitet hätte, um neben spezialisierten Aufnahme-lagern auch ein Zeltmodul mit einer Kapazität für 1100 Personen errichten zu können. Gleichzeitig wurden die zwei bulgarischen Abschiebegefängnisse in Ljubimez und Busmantsi gegenüber den bayerischen Abgeordneten kurzerhand zu Flüchtlingsheimen umdeklariert.

In Busmantsi sitzt Ahmed, Samiyas Mann. Busmantsi ist ein Vorort von Sofia, in dem ungefähr 1500 Menschen leben. Mit Milchpulver, Käse, Zigaretten und Brot im Gepäck sitzen wir in einem Taxi auf dem Weg dorthin.

Das Gefängnis gehört zu einem alten sozialistischen Bau, von dem ein Teil renoviert und mit Mauern, Zäunen und Kameras umgeben wurde. Wir weisen den Taxifahrer darauf hin, dass dies wohl unserer Zielort ist. Doch der Taxifahrer ist der festen Überzeugung, dass wir niemals ein Gefängnis besuchen möchten, und fährt wild entschlossen daran vorbei.

Wir lassen uns am Ende der kleinen Ortschaft absetzen und laufen den Weg wieder zurück. Nach kurzer Zeit erreichen wir die Mauer des „Detention Centres“, vor der Stahltür finden wir eine Klingel. Wir hinterlegen unseren Pass, unsere Rucksäcke werden durchsucht. Hierbei wird uns das Brot für Ahmed ungefragt abgenommen. Als wir nachhaken, antwortet der Mann in Uniform: „Brot gibt es hier.“

Wir werden an zwei Gebäuden entlanggeführt. Vereinzelt schauen Flüchtlinge zwischen Gitterstäben hervor, die meisten Zellen scheinen jedoch unbewohnt zu sein. Vor dem Verwaltungsgebäude wartet Ahmed auf uns. Ahmed hat kurze schwarze Haare und eine Menge Bartstoppeln. In gebrochenem Englisch übersetzt er die Worte des Wächters: „Ihr könnt jetzt eure Sachen überreichen. Dann sollt ihr wieder gehen.“ Wir protestieren und bestehen auf unserem vereinbarten Besuchstermin. Die Wächter beraten sich eine Weile, schließlich werden wir doch noch in einen Besucherraum geführt. Wir haben 15 Minuten, lässt uns ein Wärter wissen.

Wir setzen uns und fragen Ahmed, wie es ihm gehe. „Nicht so gut“, antwortet er und lächelt kurz. Seine Zähne machen ihm zu schaffen und er könne kaum schlafen wegen der Schmerzen. Vom Arzt bekomme

er nur Schmerztabletten, eine Behandlung gebe es nicht. Im Irak habe er außerdem einen Splitter von einer Explosion in den Kopf bekommen. Er deutet mit seiner dünnen Hand auf eine Stelle am Kopf, an der eine große Unebenheit an diese Explosion erinnert.

Doch es ist etwas anderes, das ihn die Nacht lang wach hält: die Unsicherheit, die Unberechenbarkeit dieses Systems. „Manchmal heißt es, morgen kommst du raus, manchmal nächste Woche, so geht das schon seit einem Jahr“, sagt Ahmed. Er weiß nicht, wann er je wieder frei sein wird. Einmal wurde ein Freund von ihm von den Wärtern verprügelt, weil er sich in der Zelle hingesetzt hatte. Die Wachen haben gesagt, er dürfe nicht sitzen. Einmal verbrachte Ahmed einige Tage in Iso-ationshaft. Alles um ihn herum sei dunkel gewesen, die meiste Zeit sei er mit Handschellen gefesselt gewesen. Nur um das Essen zu bringen, hätten sie die Tür aufgesperrt, berichtet er. Plötzlich interveniert ein Wächter, die Zeit ist vorbei. Ahmed bleibt zurück, er lächelt gequält. Es entsteht der Eindruck, er versuche mit aller Kraft höflich zu sein und sein Leid niemandem mit auf den Weg zu geben. Anschließend fragen wir den Beamten nach den Gründen für Ahmeds Verhaftung. Er antwortet in einem knappen Satz: „Er ist illegal, wenden Sie sich an die Grenzpolizei in Swilengrad.“

Über die Dauer der Inhaftierung entscheidet die Grenzpolizei

Einige Tage später fahren wir in das 7000-Seelen-Dorf Ljubimez im Dreiländereck Bulgarien-Türkei-Griechenland, wo das zweite Abschiebegefängnis Bulgariens liegt. Das Gebäude sieht ähnlich aus wie das in Busmantsi. Wir können zwei von hohen Mauern umgebene längliche, dreistöckige Gebäude mit vergitterten Fenstern ausmachen. Zwischen Metallstäben auf den pastellfarbenen Mauern zwirbelt sich der Stacheldraht und es gibt mehrere Aussichtstürme für die diensthabenden Wächter.

Nach einer halbherzigen Leibesvisitation empfangen uns der Gefängnisdirektor und sein Stellvertreter. Wir sind als NGO-Besucher angekündigt, dementsprechend gilt es, ein sorgfältiges Bild dieses Ortes zu zeichnen. Uns werden zunächst die Sportanlagen gezeigt. Es gibt einen Fußball- und einen Basketballplatz, bald sollen ein Tennis- und ein Volley-

ballfeld folgen. In dem Verwaltungsgebäude sind ein medizinischer Behandlungsraum, Besucherräume und ein Raum für Übersetzungen vorhanden. Alle Räume sind weiß und kahl.

Das Abschiebegefängnis umfasst ca. 2000 Quadratmeter, doch sind derzeit nur 29 Männer und vier Frauen hier inhaftiert. Insgesamt können hier aber 300 Personen untergebracht werden. Der Direktor erklärt uns, dass seit der Eröffnung im März 2011 nur 180 Personen in Ljubimez gewesen seien, von denen wiederum 50 freiwillig zurückgekehrt und 80 an die State Agency for Refugees übergeben worden seien. Die meisten von ihnen waren Afghanen und Iraker.

„Die Menschen wollen nicht nach Bulgarien, sondern in Länder wie Deutschland. Darum sind sie sehr frustriert hier und wollen lieber wieder zurück.“

Der Direktor behauptet, dass niemand aus Ljubimez abgeschoben worden sei. Dass

dies im direkten Widerspruch mit dem ursprünglichen Zweck und Namen dieses Gebäudes steht, scheint ihn nicht zu stören. In Bulgarien ist es der Regelfall, dass an der Grenze aufgegriffene Flüchtlinge hier inhaftiert werden. Nur wenn es sich um einen Härtefall handelt, greift die State Agency for Refugees relativ rasch ein.

Auf unsere Nachfrage, wer denn entscheide, wer für wie lange inhaftiert werde, antwortet der Direktor, dass die Entscheidung von der Grenzpolizei und der normalen Polizei getroffen werde. Ein Haftrichter entscheidet erst nach sechs Monaten über eine Verlängerung der Inhaftierung. Während die Inhaftierung bis 2009 unbegrenzt möglich war, ist diese mittlerweile, aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs, auf 18 Monate begrenzt: Ein tschetschenischer Flüchtling hatte gegen seine dreijährige Inhaftierung geklagt.

Der Direktor erklärt uns, nur wenn Widerspruch gegen die Inhaftierung eingelegt wird, werde ein Richter schon vorher involviert. Sowohl das bulgarische Helsinki Committee als auch die Grenzpolizei in Swilengrad werden uns diese Praxis später bestätigen. In Ljubimez wird somit ununterbrochen gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstoßen, die eine Inhaftierung von Asylsuchenden, zumal ohne richterlichen Beschluss, verbietet. Sowohl Amnesty International als auch das bulgarische Helsinki Committee haben diese Praxis scharf kritisiert. Ihre

**„Das ist wie ein Hotel.
Die meisten Bulgaren würden
gerne so gut leben wie
die Leute hier“**

Recherchen bestätigen, dass Flüchtlinge regelmäßig ohne richterlichen Beschluss für mehrere Monate oder gar Jahre inhaftiert werden.

Wir verlassen das Verwaltungsgebäude und begeben uns in das Gebäude, in dem die Flüchtlinge untergebracht sind. Die Küchenchefin der Kantine zeigt uns den heutigen Speiseplan: Zu Mittag gibt es Hühnchen, Reis und Tomaten. „Das ist wie ein Hotel. Die meisten Bulgaren würden gerne so gut leben wie die Leute hier“, befindet der Direktor. Er scheint geübt darin, das Wort „Detention Centre“ kategorisch durch „Accommodation Centre“ zu ersetzen.

Wer an der Grenze aufgegriffen wird, kommt nach Ljubimez

Wir besuchen die für Familien vorgesehene Etage. Hier gibt es eine kleine Bibliothek, einen Aufenthaltsraum mit Sofas, einen Satelliten-Fernseher und ein Spielzimmer für Kinder. Alles wirkt neu, selbst die sanitären Einrichtungen. Der Direktor möchte uns die Frauen-Duschen, als weiteres Beispiel für den Komfort dieser Einrichtung, demonstrieren. Als er schon zielstrebig auf die Tür zugeht, wird er von seinem Stellvertreter darauf hingewiesen, dass dies wohl keine gute Idee ist. Abrupt dreht er sich um und sucht umgehend nach einer anderen Beschäftigung: Er entdeckt ein irakisches Ehepaar im Aufenthaltsraum und schlägt uns vor, sich mit ihnen ein wenig zu unterhalten. Da das Paar kaum Englisch spricht, ist es geradezu unmöglich, ein Gespräch zu führen. Als wir uns mit Händen und Füßen langsam verständigen, wird der Direktor unruhig und treibt uns weiter. Zuletzt dürfen wir noch einen Blick in eine Zelle werfen, die ein bizarres Bild abgibt: der Raum ist mindestens 80 Quadratmeter groß, bis auf die elf Stockbetten ist er völlig kahl. Zwei der Stockbetten sind von Steppdecken verhängt, der Rest der Betten ist unbezogen.

Am selben Tag besuchen wir die Grenzpolizei, die angeblich für die andauernde Inhaftierung von Samiyas Mann verantwortlich ist. Vor dem Polizeigebäude sitzen sechs Grenzpolizisten auf Plastikstühlen und trinken Kaffee. Wir fragen sie, ob wir ein Interview führen dürfen. Nach etwas Wartezeit werden wir, entgegen unserer Erwartungen, in den Eingangsbereich gebeten und dürfen mit dem stellvertretenden Polizeichef reden. Zunächst erklären wir ihm Ahmeds Fall und bitten ihn, sich für seine Freilassung einzusetzen. Uns wird erklärt, dass die State Agency for Refugees in diesem Fall zuständig sei. Der Beamte verspricht uns jedoch, uns noch heute ein Gespräch

mit dem Anwalt des Helsinki Committees zu verschaffen. Der Anwalt hat praktischerweise sein Büro im Gebäude der Grenzpolizei und führt dort eine Art Pre-Screening für das Asylverfahren durch. Insbesondere entscheide er, wie uns erklärt wird, über Härtefälle. In diesen Fällen müssten die Betroffenen nicht ins Abschiebegefängnis, sondern werden direkt in das Flüchtlingsheim in Sofia überstellt. Das sei vor allem der Fall, wenn es sich um Alleinerziehende oder behinderte Menschen handle. Ansonsten würden alle Personen, die illegal an der Grenze aufgegriffen werden, zunächst nach Ljubimez geschickt, unabhängig davon, ob sie Asyl beantragt hätten.

Nach einer kurzen Wartezeit wird uns gesagt, dass wir nun mit dem Anwalt des Helsinki Committees reden könnten. Zusammen mit einem Beamten gehen wir in den zweiten Stock des Gebäudes. Wir dürfen in einem Raum Platz nehmen. Uns wird Kaffee und Tee angeboten, dann verlässt der Beamte den Raum. An der Wand hängen Wimpel der österreichischen Polizei, direkt daneben ein Wimpel mit dem Logo der Grenzschutzagentur Frontex. Seit einiger Zeit wird die Grenzpolizei in Swilengrad von Frontex-Fachpersonal aus Belgien, den Niederlanden, Rumänien, Deutschland und vor allem Österreich unterstützt.

Nach kurzer Zeit kehrt der Beamte zurück und erklärt uns angespannt, dass wir doch keinen Kaffee oder Tee bekommen und das Gebäude jetzt verlassen müssten. Sein Chef sei mit unserer Anwesenheit nicht einverstanden. Wir könnten jedoch den Anwalt in einer nahe gelegenen Hotelbar treffen.

Auch der Anwalt bestätigt die Verhaftung von Flüchtlingen unabhängig von ihrem Asylbegehren. Er lobt die Zusammenarbeit mit Frontex und der österreichischen Polizei, außerdem berichtet er von einer erfolgreichen Kooperation zwischen Bulgarien, der Türkei und Griechenland. Schlussendlich bitten wir ihn, sich für Samiyas Fall einzusetzen. Er verspricht, sich an seine Kollegen und Kolleginnen in Sofia zu wenden. Er nimmt einen letzten Schluck, setzt seine Sonnenbrille auf, nimmt seinen Aktenkoffer und verabschiedet sich. Ein paar Tage später haben wir noch einmal Mailkontakt mit dem bulgarischen Helsinki Committee, aber hier heißt es, man könne nichts tun. Was mit Samiya und ihrer Familie passiert ist, wissen wir nicht, der Kontakt zu ihr ist abgerissen.<

Tobias Klaus
arbeitet beim
Bayerischen Flüchtlingsrat in München

Mathias Fiedler
studiert Sozialwissenschaften
und ist aktiv beim
Augsburger Forum
Flucht und Asyl



Foto: Salomon Wantchoucou

„Die Flüchtlinge müssen die Inhalte festsetzen“

Der Flüchtling und Aktivist Salomon Wantchoucou im Gespräch mit Undine Schmidt

Herr Wantchoucou, in welchen Gruppen und welchen Formen von Initiativen sind Sie aktiv?

Zu allererst bin ich Menschenrechtsaktivist. Und nicht nur hier, ich war es auch in meinem Herkunftsland. Ich floh nach Europa, um der Unterdrückung zu entkommen, doch auch hier begegnen mir Diskriminierungen, institutionale Missbräuche und Spielchen im Namen des Gesetzes. In der

Schweiz zum Beispiel verbrachte ich unschuldig zehn Monate im Gefängnis. Ich muss immer wieder erleben, wie unschuldige Menschen zu Opfern von Schikane werden.

Deshalb bin ich Mitglied der Karawane und des The Voice Refugee Forums, ebenso bin ich Mitgründer der Flüchtlingsinitiative Lutherstadt-Wittenberg. In allen Initiativen vertreten wir sehr ähnliche

Positionen. The Voice ist eine unabhängige Selbstorganisation, die – nicht an Orte gebunden – die rassistische Exklusion von Flüchtlingen in der Bundesrepublik kritisiert. Wir machen publik, wie wir behandelt werden und nehmen öffentlich dazu Stellung.

Die Flüchtlingsinitiative ist eine lokale Grassroots-Organisation. Indem wir gelegentlich von der Gruppe No Lager Halle unterstützt

„Ein Deutscher etwa, der nie in einem Heim gelebt hat, nie von Gutscheinen gegessen hat, nie diesen Alltag gefühlt hat, kann nicht wissen, was uns wichtig ist“

werden, arbeiten wir auch mit Nicht-Flüchtlingen zusammen. Wir treten zum Beispiel gemeinsam bei Demonstrationen auf. Auch linke Parteien und die Grünen unterstützen uns. Aber wir sind es selbst, die die Kritik formulieren.

Was bedeutet das für das Verhältnis zu den Unterstützenden?

Wir sind unabhängig in unserer Kritik. Ich bin der Meinung, die Flüchtlinge müssen ihre Forderungen und Ziele definieren und bei der Kundgebung dieser Ziele unterstützt werden. Es ist immer gut, wenn andere Organisationen uns helfen, unsere Ziele laut und klar zu verkünden. Denn wir sind als Flüchtlinge oftmals in unseren Möglichkeiten eingeschränkt. Wir können uns nicht frei bewegen und haben finanziell kaum Spielraum. Durch die Unterstützung von Initiativen wird unser politisches Engagement verstärkt, zusammen kämpfen wir für positive gesellschaftliche Veränderungen.

Ich halte die Zusammenarbeit von Flüchtlingsunterstützenden und Flüchtlingsaktivistinnen und -aktivisten für sehr wichtig. Beide spielen eine bedeutende Rolle. Sie sollten ihre Zusammenarbeit so gestalten, dass beide Seiten sich wechselseitig Respekt geben können. Die Unterstützenden sollten nicht aus einer überlegenen Position heraus handeln. Sie sollten mit den Selbstorganisationen so zusammenarbeiten, dass sie ihnen ein Mehr an Möglichkeiten schaffen. Vor allem betrifft das die Logistik, das Administrative sowie

Finanzielle, aber auch die Politik. Aber die Flüchtlinge müssen diejenigen sein, die die Inhalte festsetzen.

Könnten Sie ein Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit nennen?

Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit mit der Gruppe No Lager Halle in Wittenberg. Wir Flüchtlinge haben ja nicht viel Ausrüstung. Wenn wir etwa einen Lautsprecherwagen benötigen, dann kommen Aktivistinnen und Aktivisten von No Lager Halle und wir fahren gemeinsam mit deren Auto zur Demonstration. Alle arbeiten respektvoll zusammen, in dem Wissen, dass die Flüchtlinge ihre eigenen Forderungen stellen.

Wichtig ist, dass dem Paternalismus entgegengewirkt wird: ein Deutscher etwa, der nie in einem Heim gelebt hat, nie von Gutscheinen gegessen hat, nie diesen Alltag gefühlt hat, kann nicht wissen, was uns wichtig ist. Wir stellen uns gegen jede Form von Paternalismus. In einer Demokratie sollte es nicht legitim sein und nicht legitimiert werden, dass über den Kopf eines Menschen hinweg entschieden wird, wie dieser zu leben hat. Wir als Selbstorganisationen wehren uns dagegen, dass jemand uns und unsere Interessen vertritt. Der Schlüssel ist, dass Flüchtlinge selbst festlegen, was sie wollen.<

Besserwissen hat einen Namen:



“Wir wissen, was Sie brauchen!”

Wir wissen, was die Wirtschaft bewegt: Sanfter Paternalismus oder Sweet-Force-Management? Brauchen wir einen Ethik-Controller für geschickte Sachzwänge? Freiheit, Kaufkraft, Gerechtigkeit?

Wir bieten, Freiheit zu entscheiden: Lösungen auf der Grundlage der Friedman-Gauck-Methode und bewährte Werte für nachhaltige Wertschöpfung.

Wir sorgen für die gedankliche Agenda mit unserem neuartigen Programm: „Turning Buzz Into Gold“. Sprechen Sie direkt mit dem Marktführer.

Wir gratulieren unserem langjährigen Geschäftspartner Hinterland.

www.bttp-network.org

ich weiß, was gut für dich ist...

AK PRAGER STRASSE

MEETS AFRIKA



Da lacht
der Asylant:
*Einladung zum
Stelldichein in der
katholischen Jugend-
stelle München*
Freimann
(1993)

African Night

JUGENDSTELLE • SCHLEISSHEIMERSTR. • 316

2 APRIL 93 20⁰⁰

Oh, what a night!

Der AK Prager Straße meets Afrika. Von Matthias Weinzierl.

Eine peinliche Erfahrung mit Paternalismus stammt aus den Anfängen meiner Tätigkeit im Flüchtlingsbereich in den frühen Neunzigern. Damals waren wir der Asylarbeitskreis Prager Straße: jung, motiviert und unglaublich naiv. Unser AK bestand aus etwa zwölf jungen Leuten, größtenteils Schülerinnen und Schüler, Zivis und Studierende. Einmal pro Woche trafen wir uns im Containerlager in der Prager Straße. Dort spielten wir mit den Kindern, organisierten Ausflüge, halfen bei den Hausaufgaben und betreuten eine Teestube. Bei Softcakes und dünnem Filterkaffee führten wir mit den Bewohnerinnen und Bewohnern stundenlange Gespräche über Gott und die Welt. Irgendwann befanden wir, dass es an der Zeit sei, eine Party für die uns bekannten Flüchtlinge im Lager zu organisieren. Da wir die meisten Kontakte zu afrikanischen Flüchtlingen hatten, war unser Partymotto schnell gefunden: Afrika.

Gesagt - getan: Wir produzierten Flyer und Plakate und luden stolz die uns vertrauten Bewohnerinnen und Bewohner des Lagers zur ersten „African Night“ in die wenige Trambahnstationen vom Lager entfernte katholische Jugendstelle München-Freimann. Der fulminante Slogan des Abends lautete „AK Pragerstraße meets Afrika“.

Zur Vorbereitung radelte ein engagierter Aktivist beherzt in die Stadtbibliothek und besorgte afrikanische Kochliteratur und eine CD mit südafrikanischer Volksmusik. Für unsere Kochvorhaben besorgten wir exotische Lebensmittel. Wir färbten Leinentücher mit Tee und hielten einige Trommeln bereit, denn Dekoration und Ausstattung sollten echte afrikanische Stimmung verbreiten. Wir hatten einfach an alles gedacht.

Dann war es soweit: Die Räumlichkeiten waren hübsch dekoriert, zu afrikanischen Klängen blubberte in zwei großen Töpfen eine rötliche Brühe (die kriminelle Mengen an Knoblauch und Cayennepfeffer enthielt), in der eine Unmenge Hähnchenschenkel schwamm, die sich langsam von den Knochen löste. Daneben sollte der Maisbrei trotz fleißigster Rührerinnenschaft nicht fest werden und transformierte sich lediglich zu einer gräulichen Pampe.

Wie auf einem Kindergeburtstag warteten wir voll Vorfreude darauf, was jetzt passieren würde. Doch es passierte - nichts. Kein Einziger der eingeladenen Flüchtlinge erschien. Wir waren frustriert. Hektisch wurde telefoniert und schließlich schickten wir eine kleine Delegation los, um unsere Gäste doch noch zur Party zu lotsen.

Als dann nach geraumer Zeit ein kleines verhuschtes Grüppchen junger afrikanischer Männer auftauchte setzte eine etwas peinliche Stille ein. Wir waren verkrampft und hatten keine Idee wie die Party in Gang zu setzen wäre. Wir verteilten Essen. Die meisten Flüchtlinge hatten jedoch keinen Hunger und starrten etwas unschlüssig auf die von uns postpubertären Wohlstandskindern gebastelten Afrika-Phantasien.

Mit dem stetigen Einsatz von Alkohol kam die erste Lockerung. Unsere Gäste begannen sich verstärkt für die anwesende Frauenschaft zu interessieren und starteten erste Kontaktaufnahmen. Das war eigentlich nicht verwunderlich, waren doch die Bewohner des Containerlagers zu einem guten Teil alleinstehende Männer, die unter erheblicher Isolation litten. Wir waren überfordert. Unsere Aktivistinnen wussten nicht, wie sie mit den zunehmend aufkommenden Flirtangeboten der Gäste umgehen sollten. Wie konnten sie bloß ihre Erwartungen dämpfen, ohne als potentielle Rassistinnen wahrgenommen zu werden? Die Stimmung war endgültig im Keller, zurück blieb nur kollektive Verkrampftheit.

Wir hatten uns auf ein gegenseitiges Kennenlernen, einen Austausch und ein gemeinsames Fest gefreut. Doch mussten wir feststellen: Wir wussten nichts miteinander anzufangen. Die Peinlichkeit hielt an und irgendwann flüchteten unsere Gäste.

Nachtrag: Es sollte nicht unsere letzte Afrikanische Nacht sein. Ein Jahr später wiederholten wir das Ganze – aber unter veränderten Vorzeichen: Für Essen und Musik sorgten befreundete Flüchtlinge – wir organisierten lediglich den Raum, die Anlage, Lebensmittel und Getränke. Die gleiche Idee, doch was für ein Unterschied: Es wurde eine rauschende Ballnacht.<

Matthias Weinzierl
*macht seit 1991
Asylarbeit und ange-
fangen hat er in
einem Container-
lager in der Prager
Straße im Münchner
Norden*

Dankbarkeit und Hierarchie:
*„Ich bin nackt gewesen und
ihr habt mich gekleidet“*



„In der Attitüde des Helfens ist eine Hierarchie eingebaut“

Im Jahr 2005 hat Stephan Dünnwald seine Dissertation „Der pädagogische Griff nach dem Fremden“ veröffentlicht. Darin geht es um die Haltung einer lokalen Bürgerinitiative bei der Unterstützung von Flüchtlingen einer benachbarten Unterkunft. Grund genug, um mit dem Autor über Paternalismus und den pädagogischen Habitus in der Flüchtlingsarbeit zu sprechen. Ein Interview von Matthias Weinzierl und Undine Schmidt.

Im Bereich der Flüchtlingsunterstützung ist oft von Paternalismus die Rede. Ist dieser Bereich besonders davon geprägt?

Ich würde sagen, Paternalismus bildet sich immer gegenüber Einwanderungsgruppen heraus. In den 90er Jahren waren das vorzugsweise Flüchtlinge, die in einer gesellschaftlich besonders schwachen Position hier ankamen. Sie wurden aus einer wohlwollenden Perspektive mit der Annahme, dass sie verfolgt werden, als besonders beschützenswert wahrgenommen. Aber dieser Paternalismus ist immer nur als wohlwollende Haltung eines Teils der Gesellschaft zu sehen; dem gegenüber steht die abwehrende Haltung eines anderen Teils der Gesellschaft. Im Vergleich zu den 90er Jahren - man denke an die Brandanschläge - äußert sich letzterer, der ablehnende Teil, heute nicht so massiv. Wobei ich die aktuelle Situation auch nicht schönreden möchte! Es ist durchaus noch eine Abwehrreaktion und eine manifeste Abwehrhaltung in Teilen der Bevölkerung Deutschlands festzustellen. Das sind also zwei Haltungen gegenüber Fremden, gegenüber Flüchtlingen, die aufeinander bezogen sind.

Die Leute, die sich wohlwollend gegenüber Migrierten und Flüchtlingen verhalten, sehen natürlich auch die Seite des „hässlichen Deutschen“, wie man so häufig sagt, und wollen aktiv - mindestens so sehr, wie sie den Flüchtlingen aktiv helfen wollen - diesem Bild des Deutschen ein positives entgegenstellen. Sie wehren sich dagegen, dass Deutschland nur als rassistisch wahrgenommen wird. Daher ist ihr Ziel, damit auch in die Öffentlichkeit zu gehen. Ob das jetzt notwendigerweise paternalistisch sein

„Flüchtlinge galten als besonders schützenswert“

muss, ist eine andere Frage. Ich meine, das ist abgestuft zu sehen: Einige Gruppen bemühen sich um gleichberechtigte Verhältnisse mit Flüchtlingen, also um einen Umgang auf Augenhöhe; andere Gruppen wiederum wollen Flüchtlingen primär helfen. In der Attitüde des Helfens ist eine Hierarchie eingebaut:

Zwischen denjenigen, die Hilfe geben, und denjenigen, die Hilfe annehmen, besteht ein Ungleichgewicht, das sich auch nicht so schnell ausgleichen lässt.

Warum treten solche Tendenzen besonders im Flüchtlingsbereich auf? Liegt das an diesen Machtverhältnissen?

Ja, aber es hängt auch damit zusammen, wie Migrantinnen und Migranten wahrgenommen und in den Medien präsentiert werden. Eine gut verdienende, akademisch ausgebildete Person zum Beispiel, die mit einer Green Card nach Deutschland kommt, wird nur wenig mit Paternalismus zu tun haben. Am Anfang wird vielleicht noch erklärt, wie hier „der Hase läuft“. Aber bei jemandem, der oder die genauso viel oder sogar mehr verdient als man selbst, lässt sich die Herablassung, die gerne mit Paternalismus einhergeht, schwerlich aufrechterhalten.

In der Flüchtlingsarbeit ist das anders, da Flüchtlinge per se als Opfer der Situation im Herkunftsland und - meist von Linken - zudem als Opfer einer restriktiven abwehrenden Flüchtlingspolitik in



Stephan Dünnwald ist Ethnologe, freier Journalist, forscht in Mali und hat viele Jahre beim Bayerischen Flüchtlingsrat gearbeitet

Deutschland wahrgenommen werden. Das heißt, sie werden in eine doppelte Opferrolle platziert. Das ist de facto häufig auch der Fall, weil die vorhandene Ausgrenzungspolitik die Integration in den Arbeitsmarkt oder in einen Bildungsweg aktiv zu verhindern versucht. All das spielt eine Rolle in der Konstruktion des Flüchtlings, die sich vor allem durch Defizite auszeichnet: Ein Flüchtling hat keine Arbeit, kennt sich nicht aus und kann daher betüddelt werden.

Woher rührt diese Ausgrenzungspolitik?

Sie ist die praktische Auswirkung einer Politik, welche sich in den 90er Jahren damit konfrontiert sah, viele Flüchtlinge, besonders bosnische Kriegsflüchtlinge, kurzfristig aufzunehmen. Man führte für diese Gruppe die Kategorie Bürgerkriegsflüchtling ein, welche besagt, dass Menschen nur für eine befristete Zeit Schutz genießen, aber dann wieder gehen müssen. Später musste man jedoch feststellen, dass man sie nur mit Mühe und gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung wieder aus dem Land rausdrängen konnte. Was war geschehen? Viele von ihnen waren gut integriert und verfügten über soziale Beziehungen. Zum einen lag das an der kleinteiligen Unterbringung in urbanen Gegenden, zum anderen am Kontakt zu Arbeitsmigranten und -migrantinnen, die hier schon seit den 70er und 80er Jahren ansässig waren. Diese Erfahrung ist dafür verantwortlich, dass heute Heime und Camps möglichst isoliert, weit weg von Wohngebieten errichtet werden.

Wie kommen die Hilfsaktivitäten von wohlwollenden Menschen bei den Flüchtlingen an? Ist ihre Hilfe bedarfsgerecht oder entspringt die Motivation der Helfenden Quellen, die mit Flüchtlingen gar nichts zu tun haben?

Für meine Forschungsarbeit besuchte ich eine Bürgerinitiative, welche sich in den 90er Jahren in München gegründet hatte. Ich suchte nach Beispielen für paternalistisches Verhalten. Eines davon war eine Kleidersammlung. In der Nachbarschaft wurde mit Flugblättern um Kleiderspenden für die Flüchtlinge geworben. Obwohl die Initiative nicht

„Die Initiative hatte diese Vorannahme, was Flüchtlinge benötigen“

christlich war, trugen die Flugblätter einen Bibelspruch, der an die christliche Nächstenliebe appellierte. Der Spruch war als Türöffner gedacht, um die etwas ältere Bevölkerung in diesem Stadtteil besser anzusprechen. Die Flüchtlinge wurden dabei als eine besonders bedürftige Gruppe dargestellt. Etwa im Sinne von: Heiliger Sankt Martin, teile deinen Mantel und hilf diesem armen nackten Bettler.

Die Kleidersammlung stieß auf hervorragende Resonanz. Es wurden Unmengen an Kleidern abgegeben. Manche schön wie ein Geschenk verpackt – manche wiederum waren auch nur schäbige Reste einer Kellerentrümpelung, die auf diesem Weg entsorgt wurden. Die Bürgerinitiative sortierte die Ware, stapelte die Kleiderspenden auf langen Tischreihen im benachbarten Pfarrsaal und lud die Flüchtlinge zur Übergabe ein.

Die Flüchtlinge kamen und schauten sich das Ganze interessiert an. Manche nahmen etwas mit, andere wiederum beließen es beim Anguk-

ken. Die Nachbarschaftsinitiative war irritiert. Geradezu erbost wurden einige der Nachbarn, als kurz darauf tütenweise Kleider, die sie aufwendig gesammelt hatten, im Müll der Unterkunft gefunden wurden. Was war passiert? Ihre im Grunde wohlwollende, durchdachte und mit großem organisatorischen Aufwand durchgeführte Aktion war nur auf einen Teil der Flüchtlinge wirklich zugeschnitten gewesen.

Es gab durchaus Familien, die die Kleidung gerne genommen haben, wobei auch deren Bereitschaft zur Spendenannahme viel größer war, wenn die Aktiven der Initiative eine Tüte mit Kinder- oder Babyklamotten gezielt vorbeibrachten, als in dem öffentlichen Rahmen eines Pfarrsaals mit Tischen voller Kleidung.

Die Initiative hatte eine Vorannahme, was Flüchtlinge benötigen. Das Muster, das sie dann etablierten, hat jedoch nicht dazu geführt, dass ein beständiger Kanal an Hilfsmitteln aufgemacht wurde, sondern sie sind auf Grund dieser Annahme teilweise gescheitert.

Worin bestand dieses Scheitern?

Durch diese öffentliche Präsentation wurde auch in den Augen der Flüchtlinge eine Art „Bedürftigkeit“ hergestellt, was entweder gar nicht zutraf, denn es gab immer Leute, die trotz Arbeitsverbot gearbeitet haben und durchaus über eigenes Geld verfügten. Viele hingegen wollten einfach nicht gegenüber einer anonymen Nachbarschaft in die Rolle von Bedürftigen schlüpfen – sie wollten nicht als „Sankt Martins nackte Bettler“ im Pfarrgemeindesaal vorgeführt werden. Da gibt es andere Wege, die sensibler damit umgehen, wie Flüchtlinge sich selbst wahrnehmen und welchen Bedarf sie haben. Kann es sein, dass im gegenseitigen

Umgang bei der Unterstützung von Flüchtlingen oft auch Missverständnisse und Fehleinschätzungen entstehen, aus denen sich etwas Positives entwickeln kann?

Die Kleidersammlung an sich ist gescheitert, aber sie hatte auch einen positiven Effekt: Sie produzierte das Bild des bedürftigen Flüchtlings. Anfang der 90er war ja ein ganz anderes Bild vorherrschend: Flüchtlinge überrollen uns und nehmen uns die Arbeitsplätze weg. Die Definition des Flüchtlings als bedürftig schließt andere Definitionen aus, also auch diese, dass Flüchtlinge als große Bedrohung wahrgenommen werden.

Siehst du da einen Lernprozess auf Seiten der Unterstützerinnen und Unterstützer?

Ich glaube schon, dass viele Leute oder sogar alle dazugelernt haben. Alle aus dieser Nachbarschaftsinitiative hatten ihre individuellen Freundschaften unter den Flüchtlingen. Flüchtlinge, die man bevorzugt besucht hat, mit denen man Tee getrunken oder die man zu Behörden begleitet hat. Da gab es immer auch persönliche Beziehungen, die mehr oder minder herrschaftsfrei funktionierten und in denen auch mal die Flüchtlinge die Führungsrolle übernommen haben. Es ist interessant, wie die deutschen Einheimischen das mitgemacht haben - um selber etwas zu lernen. Da existierte also eine andere Offenheit.

Wenn sich aber die Gruppe getroffen hat, um zu diskutieren, wie sie sich als Gruppe gegenüber den Flüchtlingen, der Unterkunftsverwaltung oder der Nachbarschaft verhalten soll, um für die Flüchtlinge etwas Bestimmtes zu erreichen oder um die Flüchtlinge zu einer bestimmten angepassten Verhaltensweise zu bringen, waren diese Einzelbeziehungen nicht mehr so wichtig. Viel eher kamen dann

.....
„Der Gründungsimpuls war: Wir müssen unsere Flüchtlinge hier beschützen“
.....

Überlegungen nach gesellschaftlicher Akzeptanz zum Tragen.

Was würdest du sagen sind die Motivationen der Flüchtlingsunterstützerinnen und -unterstützer?

Eine Motivation habe ich schon angesprochen: auf gesellschaftlicher Ebene den „hässlichen Deutschen“ „gute Deutsche“ gegenüberzustellen. Dieses Motiv haben aber nicht nur Deutsche. In diesen Bürgerinitiativen engagierten sich zahlreiche Nicht-Deutsche, überproportional viele haben selbst Migrationserfahrung.

Und das muss auch nicht zwangsläufig antinationale Züge haben, sondern kann auch stark lokale Gründe haben. Nach dem Motto: In unserem Stadtviertel geht kein Asylheim in Flammen auf! Der Gründungsimpuls war: Wir müssen unsere Flüchtlinge hier beschützen.

Ein anderes Motiv, das auch in den Beziehungen immer mitspielt, ist natürlich die Offenheit gegenüber Fremden, das Thema Multikulti. Ich kann hier Erfahrungen machen, die ich sonst nur auf Reisen machen kann. Hier komme ich mit Leuten in Kontakt, die eine ganz andere Vergangenheit haben, von denen ich etwas lernen kann, das mich bereichert. Negativ würde man von Exotismus sprechen, positiv vielleicht von Aufgeschlossenheit.

In deiner Doktorarbeit sprichst du aber auch vom pädagogischen Habitus. Was ist darunter zu verstehen?

Was ich mit pädagogischem Habitus zu bezeichnen versuche, ist genau das, was ich gerade schon angesprochen habe. Wenn sich eine Gruppe formiert und ein kollektives Vorgehen plant oder reflektiert, wie man in einem sozialen Kontext sinnvoll mit Flüchtlingen umgehen kann, dann kommen tradierte Verhaltensweisen ins Spiel.

Aus der Vielzahl möglicher Aktivitäten kommt mensch dann wieder automatisch auf Standards wie eine Nähstube für Frauen, eine Teestube zur interkulturellen Kommunikation oder einen Fahrradworkshop, weil da können wir ratschen und dann haben die auch noch Fahrräder und können sich damit bewegen. Wir machen Kleidersammlungen, Hausaufgabenbetreuung und so weiter.

Diese Aktivitäten haben sich in der Geschichte der Beschäftigung mit Migranten und Migrantinnen im Nachkriegsdeutschland herausgebildet. Zum Beispiel durch eine Ausländerpädagogik an Schulen. Damals wurde festgestellt: Unsere Gastarbeiterfamilien sind nicht nur alleine hier, sie kriegen auch Kinder. Es sollte eine Pädagogik sein, damit diese Kinder sowohl integriert als auch befähigt werden, sich in ihrer eigenen Gesellschaft zurechtzufinden, wenn sie denn zurückgehen, was unhinterfragt angenommen wurde. Das war der offizielle Bildungsauftrag – ein unmögliches Unterfangen. Unmöglich auch, weil das deutsche Schulsystem nicht an eine interkulturelle oder multikulturelle Möglichkeit angepasst wurde, sondern das wurde alles um den deutschen Regelunterricht herum organisiert. Die Kinder aus migrierten Familien mussten dann also nachmittags und abends extrapädagogische Maßnahmen absolvieren.

Die andere Schiene ist die Ausländer-, Migrations-, und Sozialberatung, also der Kuchen, den die Wohlfahrtsverbände unter sich aufgeteilt haben. Die Aufteilung erfolgte nach Konfessionen: die Katholiken übernahmen die katholischen Länder, die Evangelischen bekamen die orthodoxen Länder und die AWO war für alle zuständig, die aus islamischen Ländern kamen – oder von wem man das zumindest annahm.

So wurden Migrationssozialdienste aufgebaut, meistens über muttersprachliche Beratung. Anfangs war dabei die Seelsorge ein wichtiger Aspekt: Der oder die Fremde musste auch seelisch betreut werden. Aufgeklärt wurden die Fremden auch über das Verhältnis zu Behörden und Einheimischen (Wohnungssuche, Arbeitsplatzsuche und so weiter). Aus dieser Vergangenheit speist sich sozusagen das Programm der Nachbarschaftsinitiativen und sonstigen Gruppen, die sich mit Flüchtlingen beschäftigen.

Beide Schienen, die Migrationssozialarbeit und die Migrationspädagogik im engeren Sinne, zielen darauf ab, den migrierten Personen beizubringen, wie sie sich hier zu verhalten haben. Das ist deutlich mehr als „es gibt hier Spielregeln in diesem Land, und wenn ihr die kennt, dann könnt ihr euch hier gut zurechtfinden“. Es bezieht sich auf eine bestimmte Form von Verantwortung. Diese Regeln liegen nicht offen auf dem Tisch, sondern die müssen internalisiert und von Migranten und Migrantinnen eingesogen werden und erst dann erfolgt eine Gleichberechtigung oder Anerkennung.

Es gibt den deutschen Pass nicht aufgrund von wer wann wo geboren ist und wie lange er oder sie hier gelebt hat, sondern es braucht dann noch so eine Prüfung. Da gibt es in Zweifelsfällen eine Sicherheitsprü-

fung, in dem die Staatstreue abgefragt wird. Ein unmöglicher Vorgang, bei dem auf eine innere Haltung – ob jetzt jemand Terrorist, Terroristin oder nicht ist, lässt sich ja von außen nicht wirklich feststellen – geschlossen und die Frage des Verhältnisses eines Migranten oder einer Migrantin zur Gesellschaft geklärt werden soll. Die Ausländerbehörden haben dadurch eine große Macht.

Was du jetzt gerade beschrieben hast, ist das etwas speziell Deutsches?

Also in Deutschland ist das relativ ausgeprägt. In anderen europäischen Staaten und den USA gibt es Ähnlichkeiten in den Migrations- oder Assimilationskonzepten. Für Deutschland ist sehr typisch, dass der Staat relativ ausgrenzend ist und dass eine Anerkennung nur schrittweise, am Ende einer langen Anpassung steht.

Die Kinder müssen gut in der Schule sein, der Vater muss gut in der Arbeit sein, man darf nicht in der Nachbarschaft auffallen – das alles wird abgefragt und fließt am Ende in die Entscheidung ein, ob die Flüchtlingsfamilien einen Aufenthalt, eine Perspektive bekommen.

In anderen Ländern ist das vorgelagert, das heißt die Leute bekommen erst mal einen Aufenthalt und dann wird vieles an die Gesellschaft delegiert, was natürlich dann zum Beispiel in Frankreich zu ganz harten rassistischen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen führt. Hier in Deutschland ist es vor allem der Staat, der die Integration schrittweise überprüft und somit nicht nur als Rechtsinstitut, sondern auch als Erziehungsinstitut aktiv wird. Der deutsche Staat ist sozusagen der Erzieher der Migranten und Migrantinnen. Er stellt Forderungen auf und prüft Lernziele ab.

Treibt das Migranten, Migrantinnen oder Flüchtlinge in eine Passivität oder ist es eher ein Grund, sich selbst zu organisieren und aktiv zu werden?

Es ist jetzt schwer, mehr als eine Vermutung zu äußern. Es gibt die Frage schon lange. Sie wurde von Ulli Bielefeld in einer Studie in den 80er Jahren schon mal gestellt. Er fragte: „Warum gibt es in Frankreich und in Großbritannien massive Proteste von jugendlichen Migranten, nicht aber in Deutschland?“

Ich würde sagen, dass die angesprochene Zurückhaltung und Verzögerung im Gewähren von Rechten sich durchaus diskriminierend auf Migranten und Migrantinnen auswirkt. Es wird ihnen regelmäßig ein Misstrauen entgegengebracht. Misstrauen ist ein Grundzug des Verhältnisses zu migrierten Personen: Man weiß nicht, wie die drauf sind und in welchem Verhältnis sie zur Integration stehen. Gleichzeitig werden Integrationsgipfel organisiert, auf denen immer neue Forderungen an sie formuliert werden.

Ich glaube, dass die Verweigerung von Rechten und gleichzeitig diese permanente Integrationsforderung dazu führen, dass wir Migranten und Migrantinnen eine ziemlich vorsichtige Haltung gegenüber dem Staat einprägen, die damit in Korrelation steht, dass sie sich hier kaum organisieren und für ihre Rechte kämpfen. Das ist schon eine spezifische deutsche Haltung.<



„Den Vorwurf mache ich mir“

Mariusz von der Bike Aid Berlin über hehre Ziele und den nicht immer idealen Weg dorthin.
Ein Interview von Undine Schmidt

Mariusz, du bist Teil der Initiative Bike Aid Berlin – wer seid ihr und was macht ihr? *Wir sammeln in Hinterhöfen herumstehende Fahrräder, die nicht mehr gebraucht werden. Die bringen wir dann in eine Werkstatt und laden zweiwöchentlich Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten ein, sich ein Fahrrad zu basteln. Dabei unterstützen wir sie.*

Woher kam die Idee, speziell Fahrräder zu vermitteln? *Wir waren ein paar Leute von der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge. Als es dann vor sechs Jahren eine kleinere Kampagne gegen die Residenzpflicht – insbesondere zwischen Berlin und Brandenburg – gab, entwickelte sich daraus die Idee. Die Ressourcen für eine Fahrradwerkstatt waren da, sodass man das gut verknüpfen konnte. Die Menschen, die der Residenzpflicht unterliegen und auch kein Geld für Fahrkosten aufbringen können, haben so die Möglichkeit, von Berlin nach Brandenburg zu kommen oder sich innerhalb von Brandenburg zu bewegen.*

Ist das alles so gelaufen, wie ihr euch das vorgestellt habt? Oder hat's da mal gehakt? *Am Anfang hat's gehakt! Zuerst haben wir die Fahrräder komplett vorbereitet und dann verschenkt. Dann haben wir*

gemerkt, dass die meisten Leute kein Gefühl für die Fahrräder hatten. Als wir nach ein paar Monaten bei dem Flüchtlingsheim waren, standen die meisten verschrottet herum und niemand hat sich um sie gekümmert. Dann erst kam die Idee auf, dass wir die Leute die Fahrräder reparieren lassen, und ihnen dabei helfend zur Seite stehen.

Ich habe mal gehört, dass manche Flüchtlinge die Fahrräder anschließend auch verkauft haben? *Also um ehrlich zu sein, weiß ich nicht, woher du das hast. Wir bei Bike Aid haben uns mal darüber unterhalten und ich kann mir schon vorstellen, dass das mal vorkommt. Es gibt auch Leute, die nach zwei Wochen wiederkommen und sagen: „Mir ist mein Fahrrad geklaut worden“. Das Problem ist, dass wir nicht die besten Schlösser rausgeben. Deshalb müssen wir das eben glauben und in manchen Situationen den Leuten Vorrang geben, die noch gar kein Fahrrad bekommen haben.*

Seitdem habt ihr also eure Strategie geändert und das Ganze hat sich positiv entwickelt? *Also ich habe schon das Gefühl. Seit wir gemeinsam basteln und reparieren, kommen manchmal auch Leute mit ihren alten Fahrrädern zu uns, weil etwas kaputt gegange-*

gen ist. Dann merkt man schon, dass das genutzt wird und es die Leute stört, wenn etwas kaputt ist und sie es reparieren wollen.

Wenn du jetzt kritisch zurückblickst, wo würdest du sagen, war der Denkfehler? *Also ich denke, es ist menschlich, dass du mit Geschenken nicht so gut umgehst wie mit Sachen, für die du auch ein wenig Energie aufgewendet hast. Dann ist das ja auch ein Verlust.*

Na gut, ja dann bedanke ich mich bei dir! *Ich hatte mir ja erwartet, dass es viel kritischer wird ...*

Naja, ich hätte auch gerne gefragt: Wart ihr da paternalistisch? *Ich muss dir ehrlich sagen, den Vorwurf mache ich mir, seit ich das mache – sogar insgesamt seit ich in der Flüchtlingssozialarbeit bin.*

Ich frage das liebend gerne. Also: Ist diese Initiative paternalistisch? *Davon bin ich überzeugt. Ich finde aber, sie macht trotzdem Sinn. Du hast ja Ziele, die gut oder deren Ergebnisse gut sind – ich denke, dass der Weg dorthin eben nicht ideal ist.*

Man hat dann die Wunschvorstellungen, dass die Flüchtlinge sich selbst organisieren, nur unsere Infrastruktur nutzen und

wir da gar nicht mitmachen, also nur die Ressourcen zur Verfügung stellen, auf die wir direkten Zugriff haben, die Flüchtlinge aber nicht. Sie können dann selbst handwerkliche Tätigkeiten organisieren – die meisten haben nämlich diese Fähigkeiten! Wir sagen den Leuten dann: „Kommt doch noch mal!“, aber die Leute kommen dann meistens nicht wieder. Sie wollen nicht Teil von uns werden.

Ich glaube, dass so ein Paternalismus oft vorkommt. Ich glaube, dass viele Organisationen damit zu kämpfen haben, dass man auf diese Art sein Gewissen reinwäscht – dafür hat jeder seine eigene Begründung. Bei mir ist es so, dass ich superschnell die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen habe. Da ist eine Urdankbarkeit in mir und ich möchte etwas zurückgeben, weil eben viele in Deutschland übelste Scheiße erleben.<





Standbild aus dem Film „Work hard – Play hard“, 2012

„Allein der Markterfolg ist der Index, das Richtige getan zu haben“

„Die Maxime ‚Handle unternehmerisch!‘ ist der kategorische Imperativ der Gegenwart“, heißt es in der Studie „Das unternehmerische Selbst“. Kreativität, Flexibilität, Eigenverantwortlichkeit, Risikobewusstsein und Kundenorientierung seien von den Individuen heute in allen Lebenslagen gefordert. Till Schmidt sprach mit dem Autor Ulrich Bröckling über das Diktat fortwährender Selbstoptimierung, Kritik am Kapitalismus und neue Zeitkrankheiten.

Herr Bröckling, wen oder was meinen Sie, wenn Sie von der Figur des „unternehmerischen Selbst“ sprechen?

Das unternehmerische Selbst bezeichnet nicht real vorfindbare Personen oder ein statistisch konstruiertes Otto-Normal-Subjekt. Mir geht es mit dieser Gestalt vielmehr um die Weise, in der wir heute angehalten werden, uns selbst zu

begreifen, uns zu verhalten, unser Verhalten zu ändern und an uns zu arbeiten. Das unternehmerische Selbst ist ein Leitbild, auf das hin wir modelliert werden und uns selbst modellieren sollen. Es handelt sich bei diesem Subjektivierungsmodus um ein Kraftfeld, einen Sog – ein Ziel, nach dem die Individuen streben, einen Maßstab, an dem sie ihr Tun und Lassen beurteilen, eine tägliche

Übung, mit der sie an sich arbeiten, und einen Wahrheitsgenerator, in dem sie sich selbst erkennen sollen. Anders ausgedrückt, das unternehmerische Selbst bezeichnet die Strömung, welche die Menschen in eine bestimmte Richtung zieht, und nicht wie sie sich davon treiben lassen, sie nutzen, um schneller voranzukommen, oder aber versuchen, ihr auszuweichen oder gegen sie anzuschwimmen.

„Man sollte aufhören, sich Unternehmer nur als die Herren im dunklen Anzug oder als die smarten Glücksritter der New Economy vorzustellen“

Was zeichnet unternehmerisches Handeln aus?

Es gibt vier Grundfunktionen unternehmerischen Handelns. Erstens verlassen Unternehmerinnen und Unternehmer ausgetretene Pfade. Sie brechen mit vertrauten Routinen und gehen neue Wege. Sie sind innovativ und agieren als „schöpferische Zerstörer“, wie Joseph Schumpeter das genannt hat. Zweitens zeichnen sich Unternehmer durch ihre Findigkeit aus. Sie besitzen ein Gespür für Gewinnchancen, also für jene Gelegenheiten, wo sich etwas billig kaufen und teuer verkaufen lässt. Der dritte Aspekt unternehmerischen Handelns ist die Risikobereitschaft. Unternehmer sind nicht nur Buchhalter, die Kosten und Nutzen genau berechnen und alles kalkulieren, sondern auch dazu bereit, Wetten auf die Zukunft einzugehen. Sie wagen sich ins Ungeisse. Viertens koordinieren Unternehmer den Ablauf von Produktion und Vermarktung. Sie tragen das Geschäftsrisiko und die Verantwortung.

Was alle diese unternehmerischen Aktivitäten eint, ist ihre Entgrenzungs- und Überbietungslogik. Unternehmerisches Handeln steht unter dem Diktat des Komparativs: Man muss nicht nur gut, sondern besser als die Konkurrenz sein. Nicht eine festgesetzte Leistungsnorm, sondern allein der Markterfolg ist der Index, das Richtige getan zu haben. Und da die Konkurrenz nicht schläft und man Erfolg auf den Märkten immer nur

für den Augenblick hat, muss man alles dafür tun, um innovativer, findiger, wagemutiger, selbstverantwortlicher und führungsbewusster zu sein als die anderen. Was heute ein Erfolgsrezept ist, ist morgen möglicherweise schon der sichere Weg in die Pleite. Man darf sich nicht ein einziges Mal darauf ausruhen, irgendwann einmal etwas erreicht zu haben, besondere Fähigkeiten erworben zu haben, bestimmte Dinge geleistet zu haben. Es herrscht ein permanenter Wettbewerb, der sich auf alle Lebenslagen erstreckt. Stets sollen Alleinstellungsmerkmale entwickelt werden, um sich von den Mitbewerbern abzusetzen.

Unternehmerisch handeln sollen dabei auch jene, die nichts anderes zu Markte zu tragen haben als ihre eigene Haut. Man sollte aufhören, sich Unternehmer nur als die Herren im dunklen Anzug oder als die smarten Glücksritter der New Economy vorzustellen. Unternehmerisch handeln auch die Plastikflaschensammler auf den Müllbergen von Lagos oder die Windschutzscheiben putzenden Mädchen auf der Straßenkreuzung in Mexico City. Oder, um in der Nähe zu bleiben, die Rosenverkäuferin in der Kneipe am Abend.

Die Anrufungen, unternehmerisch zu handeln richten sich also an alle gleichermaßen?

Für einen Kassierer bei Lidl heißt es natürlich etwas anderes, unternehmerisch zu handeln, als für eine selbstständige Journalistin oder eine Hartz-4-Empfängerin.

Aber auch er wird etwa danach bewertet, ob er bestimmte Umsätze erbringt, kundenfreundlich ist und möglicherweise dabei hilft, mit Verbesserungsvorschlägen Abläufe in der Filiale zu optimieren. Was über alle vorhandenen Unterschiede hinweg alle vereint, ist das Handeln unter Wettbewerbsbedingungen. Daraus folgt der Zwang zur permanenten Optimierung. Die Erfolgsaussichten und Absturzrisiken sind jedoch höchst ungleich verteilt. Es macht einen Unterschied, ob jemand gegebenenfalls immer noch in gut gepolsterte Sicherheitsnetze fällt oder kaum eine Chance hat, jemals aus der Zone der Prekarität herauszukommen.

Wie konnte die Figur des „unternehmerischen Selbst“ vorherrschend werden?

Dafür gibt es nicht nur eine Ursache, ich will nur einige Stichworte nennen: Ein Aspekt sind Veränderungen kapitalistischer Produktion und Reproduktion – Globalisierung, die elektronische Revolution, das Aufkommen einer Wissensökonomie, die Krise des Fordismus und damit verbunden des Fabriksystems, die Herausbildung von flexiblen und deshalb als effizienter geltenden Formen der Arbeitsorganisation.

Es gab außerdem zwischen den 1970er und 80er Jahren auch eine ideologische Wende. Diese lässt sich anhand der Veränderungen in den Managementkonzepten beobachten. Dort ging es auf einmal nicht mehr um strikte Hierarchien und um ein Regime des „Comand and Control“. Stattdessen setzte sich die Überzeugung durch, es sei viel effizienter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu aktivieren, sie einzubinden, sie partizipieren zu lassen in Projektgruppen und netzwerkförmigen Organisationen.



Ulrich Bröckling
ist Professor für Kulturosoziologie an der Universität Freiburg. 2007 veröffentlichte er im Suhrkamp Verlag „Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform“

„Kapitalistische Vergesellschaftungsformen provozieren stets kritische Gegenströmungen – und absorbieren deren Impulse wenigstens teilweise“

Die Entfesselung dieser neuen Arbeitsformen knüpft zugleich an Wünsche, Utopien und Erfahrungen an, die sich in der Folge der Aufbrüche der 1960er Jahre gezeitigt hatten. Selbstbestimmung, Autonomie, Kreativität, die Verbindung von Arbeit und Leben, das waren ja Forderungen, die von den Alternativbewegungen artikuliert wurden. Innerhalb dieser Bewegungen ist unter anderen Vorzeichen und oft unter prekären Bedingungen das ausprobiert worden, was heute hegemonial geworden ist. Die Soziologen Luc Boltanski und Eve Chiapello haben das ins Zentrum ihrer Studie über den „neuen Geist des Kapitalismus“ gestellt und haben gezeigt, wie kapitalistische Vergesellschaftungsformen stets kritische Gegenströmungen provozieren – und deren Impulse wenigstens teilweise absorbieren. Die Subjektivierungsfigur des unternehmerischen Selbst ist auch ein Effekt dieser Modernisierung des Kapitalismus.

Welche Materialien haben Sie für ihre Studie herangezogen?

In meiner Studie habe ich unter anderem die zeitgenössische Erfolgs- und Selbstmanagement-Ratgeberliteratur untersucht. Diese Bücher geben nicht nur Antworten auf die Frage „Was soll ich tun?“, sondern vermitteln detaillierte Anweisungen, wie ich das, was ich tun soll auch tun kann. Aufgefal-

len ist mir bei der Ratgeberliteratur, dass sie widersprüchlich argumentierten: Es gibt auf der einen Seite die Forderung nach Rechenhaftigkeit: „Plane genau!“, „Rationalisiere dein Leben, erst dann wirst du erfolgreich sein!“, heißt es dort. Auf der anderen Seite gibt es die Appelle „Spreng die Grenzen!“, „Sei enthusiastisch!“, „Sei ein Querdenker!“, die mit der Forderung nach Selbststrukturalisierung in keiner Weise zusammengehen. Zuerst dachte ich, diese Widersprüchlichkeit sei dieser einfach nur unerträglich dummen Literatur geschuldet. Doch dieser Widerspruch ist keine Panne, sondern das eigentliche Funktionsprinzip der Ratgeber. Denn wenn man die Menschen in eine double-bind-Situation bringt, in der sie gleichzeitig rational-kalkulierend und kreativ beziehungsweise enthusiastisch sein sollen, bleiben sie permanent in Bewegung. Wenn sie in die eine Richtung gehen, meldet sich sofort das schlechte Gewissen und sagt: „Hoppla, pass‘ auf. Du musst gegensteuern und wieder in die andere Richtung gehen“. Und umgekehrt. So bleibt man in Bewegung, und dieses permanente In-Bewegung-Bleiben erzeugt genau jene Flexibilität, um die es letztlich geht. Man bleibt ständig in einem Gefühl des Ungenügens, weil niemand die widersprüchlichen Forderungen einlösen kann.

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen diesem permanenten Gefühl des eigenen Ungenügens und der Zunahme an psychischen Erkrankungen wie Depressionen?

Die unter dem Diktat des Komparativs stattfindende Entgrenzung von Arbeit, und nicht nur der Arbeit, führen zu Überforderung und Ermüdung. Das unternehmerische Selbst ist auch ein erschöpftes Selbst. Heute geht es weniger um einen Konflikt zwischen Erlaubtem und Gewünschtem, zwischen Erlaubtem und Verbottenem. Es gibt viel stärker das Gefühl des Ungenügens, das Gefühl, die Anforderungen nicht mehr erfüllen zu können. In diesem Sinne kann man sagen, dass die Erschöpfung, die Depression die Neurose als grundlegende Zeitkrankheit abgelöst hat.<

Ruinen des guten Willens

Wie Hilfsprojekte in Bolivien abdanken.
Von Marie-Luise Hess



Nachhaltig demontiert:
Eifrig haben die Bewohnenden von El Alto (Bolivien) Coca Cola Treuepunkte gesammelt und diesen schönen Spielplatz und einen Fussballplatz gewonnen. Das ist schon etwas länger her

Wer findet das Tor?
*Eine hügelige Angelegenheit auf
dem Coca Cola Fussballplatz*







Alle ausgeflogen:

1992 errichtete der spanische Staat das Viertel Barrio Madrid in El Alto. Künstlerinnen und Künstler aus La Paz wurden angesiedelt. Gleichzeitig entstand ein Zentrum mit Werkstätten und Häusern, um die Produkte zu vertreiben. Kurze Zeit betrieb noch eine spanische NGO die Anlagen. Heute steht das Zentrum leer.



Resteverwertung:

Fünf Menschen aus dem Viertel verwalten offiziell das Zentrum und vermieten es für private Parties.



Mein Paar Schuhe:

Eine kanadische NGO bezog ursprünglich das zentral gelegene Gebäude in La Paz und bot dort Unterstützungsangebote für Schuhputzerinnen und Schuhputzer an. Nach Streitigkeiten zwischen Klientel und Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern, übernahmen die Schuhputzerinnen und Schuhputzer das Gebäude.



Gut gemeint – nichts gebracht:

Die Defensa de los niños internacional ist eine internationale NGO zur Verteidigung von Kinderrechten mit Hauptsitz in Gent. Das Büro in Barrio Alonso de Mendoza, La Paz, steht leer

Die ganze Kolonie, Marsch!

Der Begriff der „Entwicklungshilfe“ ist umstritten und wirft Fragen auf. Definiert er Geschichte als eine Art Stufenleiter, auf der alle früher oder später denselben Weg einschlagen? Und wer möchte eigentlich wem helfen, sich wohin zu entwickeln? Ein Annäherungsversuch von Andrés Schmidt

Donnerstagmittag. Ein Café im Münchner Stadtteil Haidhausen. Zwischen Latte Macchiato und Bircher Müsli diskutiert ein mittldreißiger Pärchen über Entwicklungshilfe. Er: „Die Projekte und Organisationen haben oft gute Ansätze, aber was dann in der Realität rauskommt, ist selten das, was man erreichen wollte. Gute Entwicklungshilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe.“ Sie: „Ich bewundere schon die Leute, die alleine ganz weit rausgehen, zum Beispiel der Krankenpfleger aus Großhadern, der neulich in der Süddeutschen Zeitung porträtiert wurde.“ Ein Herr an der Theke meint dazu: „Die staatliche Entwicklungshilfe ist viel zu niedrig. Kein Land erreicht die 0,7% des Bruttoinlandsprodukts, zu denen sich die OECD-Länder verpflichtet haben.“

Kritisch sind die Leute hier. Aber müsste ihre Kritik nicht eigentlich viel früher ansetzen?

Wichtiger als die Wirklichkeit ist deren Deutung

„Entwicklung“ als Gedanke ist weder harmlos noch unbedeutend. Viel wirksamer als die Praxis der Entwicklungshilfe ist der *Entwicklungsgedanke*. Gemessen am Welthandel ist das Finanzvolumen der weltweiten Entwicklungspolitik sehr klein. Enorm ist aber die Bedeutung des *Entwicklungsdiskurses* für die Deutung des Phänomens von Armut und Reichtum in der Welt: Die reichen, sprich „entwickelten“ Länder seien guten Willens, die Armen beim Erreichen ihrer Entwicklungsziele zu unterstützen. Diese Deutung verschleiert das (neo-)koloniale Ausbeutungsverhältnis, das dem Welthandel zugrunde liegt. Hier fließen enorme Geldwerte von Süd nach Nord, die in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch kaum auftauchen. Wer interessiert sich schon für die Bestimmungen eines Freihandelsabkommens?

Der globale Norden ist vom Süden abhängig. Er braucht billige Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und Absatzmärkte für seine Produkte – und nutzt dabei sein enormes Machtpotential, um dies zu realisieren. Was im Kolonialismus als Völkermord und Plünderung begann, setzt sich heute in Freihandelsabkommen, im Internationalen Währungsfonds und in der Welthandelsorganisation fort: Der Reichtum der Welt verschiebt sich in die Länder des Nordens. Wahrhaben will das aber niemand; auch die Haidhausener Nutznießer und Nutznießerinnen dieses fortgesetzten weltweiten Unrechts argumentieren nicht gerne mit dem Recht des Stärkeren zur Legitimierung ihres Wohlstands. Es lebt sich eben leichter mit dem Selbstverständnis, den Armen ja nur helfen zu wollen.

Aus Kolonien wurden „Entwicklungsländer“

Wo fing das alles an? Vor der Geburtsstunde des Entwicklungsversprechens war die Weltordnung so brutal wie einfach: In der Ideologie des Kolonialismus wurde die privilegierte Stellung des Nordens rassistisch gerechtfertigt. Die Welt wurde in „weiß“ und „nicht weiß“, „zivilisiert“ und „nicht zivilisiert“ eingeteilt und daraus der Führungsanspruch der Kolonialmächte bei der Aufgabe der weltweiten „Zivilisierung“ abgeleitet. Spätestens nach dem Sieg über den Faschismus war diese Ideologie nicht länger haltbar. Die UNO-Menschenrechtscharta legte das Recht jedes Einzelnen auf Glück und ein Leben in Würde fest. 1949 gab US-Präsident Harry Truman in seiner Vereidigungsrede allen Ländern, in denen Armut herrschte, das Versprechen, man werde ihnen bei ihrer „Entwicklung“ helfen: „More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. [...] Their economic life ist primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and

Illu: Matthias Weinzierl

threat both to them and to the more prosperous areas. [...] I believe that we should make available to peace-loving peoples the benefits of our sum of technical knowledge in order to help them realize their aspirations for a better life.“ Bei richtigem Verhalten könnten alle Menschen den Lebensstandard der Vereinigten Staaten erreichen. Er teilte damit die Welt in „entwickelte“ und „unterentwickelte“ Länder ein. Die Grenze entsprach derjenigen zwischen (ehemaligen) Kolonialmächten und (ehemaligen) Kolonien. Hintergrund von Trumans Versprechen war die einsetzende Konkurrenz zwischen den USA und der Sowjetunion um weltweite Einflusssphären. Die USA wurden damit zum Anschauungsobjekt eines „entwickelten“ Landes. Armut wurde durch „Unterentwicklung“ erklärt – ein Mangel, der durch vom Norden empfohlene Rezepte behoben werden sollte.

In der Folge etablierte sich eine entwicklungspolitische Praxis mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen, deren theoretische und praktische Ansätze sich über die Jahrzehnte änderten: Der Modernisierungstheorie folgte die Dependenztheorie, in den 1980er Jahren kamen neoliberale Strukturanpassungsprogramme auf, in den 1990ern die Nachhaltigkeitsdebatte und die Forderung nach Good Governance; aus „Entwicklungshilfe“ wurde „Entwicklungszusammenarbeit“. Nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen brachten eine Vielzahl von projektbezogenen Ansätzen hervor, die versuchten, auf eigenen Erfahrungen aufzubauen. Partizipation, Ownership und Nachhaltigkeit sind Begriffe, die seither in keinem Projektantrag fehlen dürfen.

Als deutlich wurde, dass das ursprüngliche Entwicklungsversprechen, alle Menschen könnten den Lebensstandard der USA erreichen, allein aufgrund der ökologischen Belastung des Planeten nicht einzuhalten war, wurde das Versprechen neu und wesentlich bescheidener aufgelegt. Die Millennium Development Goals aus dem Jahr 2000 sehen Anstrengungen vor, bis 2015 verschiedene graduelle Verbesserungen in der Basis-Versorgung der Länder des Südens zu erreichen. Es wird die Notwendigkeit einer Armutsbekämpfung durch staatliches Handeln formuliert, nachdem die neoliberalen Rezepte der 1980er und 90er Jahre zu weiterer Verschärfung der Armut im globalen Süden geführt hatten.

Mit zunehmender Konkurrenz um die knapper werdenden Rohstoffe zeigen sich die Anforderungen an Entwicklungspolitik offener als eigennützig. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit wird heute von einem Ex-Militär geleitet, der die

Entwicklungszusammenarbeit vor seinem Amtsantritt für überflüssig hielt. Priorisiert werden nicht mehr die Länder, die es scheinbar am nötigsten haben, sondern jene, wo etwas zu holen ist. Die Hilfe soll sich strategisch, unter anderem an der sogenannten Rohstoffstrategie der Bundesregierung, ausrichten. Bereits unter Ministerin Heidmarie Wieczorek-Zeul wurde der Anspruch der Entwicklungspolitik formuliert, „globale Strukturpolitik“ zu leisten, also weltweit Strukturen aufzubauen, die den Interessen des kapitalistischen Zentrums Deutschland/Europa förderlich sind. Ein weiterer neuer Bereich der Entwicklungspolitik ist die zivil-militärische Kooperation (CIMIC). Hier werden, zum Beispiel beim Bundeswehreininsatz in Afghanistan, die Leistungen von Entwicklungsorganisationen direkt den militärischen Zielen der eingreifenden Mächte untergeordnet.

Von einem Entwicklungsversprechen kann bei solchen Maßnahmen kaum noch die Rede sein, aber von 1949 bis heute hängt das Ziel der „Entwicklung“ als ein „pie in the sky“ (Wolfgang Sachs) über den Ländern des Südens.

„Die Ursache von Armut ist Unterentwicklung“ – vom herrschaftssichernden Diskurs zur paternalistischen Praxis

Freitagnachmittag. Am Rosenheimer Platz befindet sich die Wirtschaftsprüfungsfirma Deloitte. Mal sehen, ob man hier schon „moderner“ denkt, den Ballast des Gutmenschlichen, der Barmherzigkeit abgelegt hat. Um es gleich vorweg zu nehmen, nein. Es fallen Begriffe wie „Investition“ und immer wieder „Hilfe zur Selbsthilfe“, alle Befragten bekennen sich „selbstverständlich“ zur Entwicklungshilfe. Scheinbar ist das ein Bestandteil des Grundkonsenses unserer Gesellschaft, wie für die Demokratie zu sein oder gegen Rassismus; auch die, die nicht so denken, würden das wohl nicht öffentlich zugeben.

Das Bekenntnis zur Entwicklungshilfe ist viel mehr als ein Bekenntnis zur Nächstenliebe. Es ist ein Bekenntnis zur Einteilung der Welt in richtig und falsch, vollständig und defizitär. In der Praxis der Entwicklungsexperten gilt: Die Ursache von Armut ist „Unterentwicklung“. Der Sozialwissenschaftler Aram Ziai erklärt dazu: „Wissen von der ‘Entwicklung’ ist Wissen von der Falschheit anderer Lebensweisen und ihrer notwendigen Veränderung, also diagnostisches und therapeutisches Wissen.“ Dieses Wissen wird dort hervorgebracht, wo der Entwicklungsdiskurs erfunden wurde: im Norden. Dem Süden wird empfohlen, ein guter Schüler zu sein. „Dass es im Norden Probleme gibt, für die im Süden problemlösendes Wissen

Andrés Schmidt
ist Mitarbeiter im
Ökumenischen Büro
München und
bereist regelmäßig
Zentralamerika und
Mexiko

vorhanden ist, ist eine Aussage, für die im Entwicklungsdiskurs kein Raum bleibt“, so Ziai.

Dass dieses im Kern eurozentristische Projekt nicht eben nach Gleichberechtigung aussieht, ist auch den Protagonisten und Protagonistinnen der Entwicklungspolitik nicht entgangen: „Der Begriffswandel von Entwicklungshilfe hin zur Entwicklungszusammenarbeit [in den 1990er Jahren, A.S.] illustriert den nunmehr herrschenden Anspruch einer partnerschaftlichen Gleichberechtigung von Geber- und Empfängerländern, im Gegensatz zu der besonders in den Anfangsjahren dominierenden Rolle des Fachwissens und des Reichtums der Geberländer“, so das Online-Lexikon Wikipedia. Die Botschaft lautet nun: „Werde so wie wir (dich haben wollen), aber über-nimm dabei selbst die Subjekt-Rolle“.

Wie wird das im Süden aufgenommen? Der Fakt, dass mit der Rede von Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich materielle Transferleistungen einhergehen, macht die Beteiligung am Entwicklungsdiskurs sehr attraktiv, speziell für arbeitssuchende Akademikerinnen und Akademiker und andere Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Wenn es bezahlt wird, bemüht man sich, ein guter Schüler zu sein. Das findet nicht ohne Widerspruch statt. Nicht überall und zu jeder Zeit war der Entwicklungsdiskurs gesellschaftlicher Konsens in den Ländern des Südens. Weltweit hatte wohl jede ehemalige Kolonie eine Phase emanzipatorischen Aufbruchs, in der linke Befreiungsbewegungen begannen, zunächst einmal die Machtfrage zu stellen und den Einfluss nationaler Oligarchien und ehemaliger Kolonialmächte zurückzudrängen. Vielfach wurde dies mit Militärputschen, Diktaturen und gewalttätiger Repression beantwortet. In Lateinamerika waren zwölf ehemalige Diktatoren Absolventen der berühmten US-Militärschule School of Americas. Im Süden ist die Macht des Nordens allgegenwärtig und spürbar. Oft ist es weniger gefährlich, dem Entwicklungsdiskurs Glauben zu schenken.

Gerechtigkeit versus Entwicklungshilfe

Freitagabend. Die Volkküche auf dem Wagenplatz Stattpark Olga in Giesing. Eine Frau am Nachbartisch erzählt: „Früher dachte ich, dass die Leute im Süden arm sind, weil kaum einer bei uns Lust hat, denen zu helfen. Als ich in Mittelamerika war, habe ich gemerkt, dass wir eine Menge dafür tun, damit es denen schlechter geht.“

Mit einem gerechten Weltwirtschaftssystem würde Entwicklungshilfe überflüssig. Die Gesellschaften würden sich entsprechend ihren eigenen Vorstellungen verändern oder bleiben, wie sie sind, und wenn nötig Kompetenzen von anderen Gesellschaften einkaufen oder eintauschen. Ein Beispiel hierfür ist das ALBA-Bündnis einiger lateinamerikanischer Länder. Der Vertrag zwischen Cuba, Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua trägt der unterschiedlichen Wirtschaftskraft der beteiligten Länder Rechnung und legt einen Austausch unter anderem in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und einiger Handelsprodukte fest. Dabei spottet der Präsident Nicaraguas, Daniel Ortega, zwar über Entwicklungshilfe als eine Form kolonialer Einmischung, fordert aber trotzdem die Fortsetzung der Zahlungen: „Sie sind kein Geschenk, sondern eine Wiedergutmachung für die historische Schuld, die Europa bei unserem Kontinent hat.“ Dem widerspricht der mexikanische Intellektuelle Gustavo Esteva und fordert im Gegenzug die Einstellung jeder Entwicklungshilfe: „Sie entmündigt, nimmt Eigeninitiative, zerstört unsere Würde, unsere Kultur, unsere Praktiken. [...] Aufgrund der Haltung der Zapatisten, die ich teile, ist unsere Haltung gegenüber technischer oder finanzieller Hilfe ein klares Nein Danke! Wir wollen sie nicht und im allgemeinen schadet sie uns. Politische Allianz, ja! Wir brauchen sie dringend, und sie ist unverzichtbar. Aber selbst diese Solidarität oder Allianz ist für uns an eine sehr wichtige Bedingung geknüpft: Es muss Klarheit darüber herrschen, dass unser Kampf auch der eure ist.“

Einige langjährig tätige Entwicklungsorganisationen haben inzwischen aus ihren Fehlern gelernt und bemühen sich um eine Entwicklungszusammenarbeit, bei der die politischen Rahmenbedingungen einbezogen werden, bei der die Impulse von den Betroffenen kommen und die nicht zu Passivität führt. So kommt es vor, dass gut angepasste Projekte die Lebensqualität der Adressatinnen und Adressaten tatsächlich langfristig steigern.

Der entscheidende Effekt aber bleibt: Die Ausführenden, und noch mehr die Schilder mit Projektbeschreibungen, die in den Ländern des Südens allgegenwärtig sind, tragen die Botschaft: Der reiche und kluge Norden ist besten Willens, dem armen Süden zu helfen. Wer wollte diesen freundlichen Helfern und Helferinnen die Unterschrift unter ein Freihandelsabkommen verweigern?<

A black and white portrait of Friedrich Tillmann, a middle-aged man with short, dark hair, wearing a suit and tie. He is looking directly at the camera with a neutral expression. The background is a light, textured gray.

Der Idealist und Schreibtischtäter

Menschen mit vermeintlicher oder tatsächlicher Krankheit beziehungsweise Behinderung wurden von den Nazis mit dem Stempel „unwertes Leben“ versehen. Ihnen sei nur mit dem „Gnadentod“ zu helfen. Friedrich Tillmann, in Köln hauptberuflich als Waisenhausdirektor tätig, spielte beim Mord an 70 000 sogenannten „Kranken“ zwischen 1939 und 1942 eine wichtige Rolle. Von Klaus Schmidt



NS-Propaganda:
*Die Last der
Allgemeinheit in
Reichsmark*

Köln, 1964: Friedrich Tillmann schreibt am Rosenmontag seinem Sohn eine karnevalistische Ansichtskarte und grüßt zünftig mit „Kölle Alaaf!“. Am Aschermittwoch liest er morgens im *Kölner Stadt-Anzeiger* einen langen Artikel, der mit einer Notiz auch über ihn endet: „Tillmann wirft die Anklagebehörde Beihilfe zur Tötung von 70 000 Menschen vor. Er soll unter anderem die Trostbriefabteilung organisiert, das Verschleierungssystem vervollkommenet, Widerstände gegen Euthanasie in den Anstalten beseitigt und einmal den Reichsjustizminister beruhigt haben.“ Tillmann geht zu seiner in einem Verwaltungshochhaus arbeitenden Schwägerin, klagt über große Herzschmerzen und Atemnot. Dann verabschiedet er sich und sucht die Toilette auf. Kurz darauf stürzt er 35 Meter tief aus dem Toilettenfenster in den Tod. Ein Abschiedsbrief wird nicht gefunden.

Tillmanns Geständnis

Dortmund, 1960: Bereits vier Jahre vor seinem Fenstersturz wird Tillmann in seinem Wohnort Castrop-Rauxel vom Amtsgericht in Castrop-Rauxel zur Last gelegt, die Tötung von etwa 70 000 erwachsenen Insassen von „Heil- und Pflegeanstalten“ „gefördert“ und „durch Rat und Tat wissentlich Hilfe geleistet“ zu haben. Tillmann gibt gegenüber dem Dortmunder Staatsanwalt über seine Tätigkeit bei der „T4-Aktion“ ausführlich Auskunft. Man habe ihm seinerzeit in Berlin gesagt, „die durchgeführten Euthanasie-Maßnahmen beruhten auf einem Gesetz. Das Gesetz sei zwar noch nicht veröffentlicht, weil die Regierung eine Veröffentlichung zur Zeit noch nicht für ratsam hielte. Ich habe das geglaubt.“

In einer Vernehmungspause bejaht Tillmann auch die Frage des Staatsanwalts, ob er persönlich einmal an einer Tötung von „Geisteskranken“ teilgenommen habe. Den Ablauf schildert er so: Die betreffenden „Kranken“ wurden in einem Baderaum durch Gas getötet, in einer Duschanlage mit etwa zwölf Brausen. An den Wänden entlang standen Bänke. In diesen Raum seien dann etwa dreißig „Kranke“ entkleidet hineingeführt worden. Man hat ihnen gesagt, sie müssten jetzt ein Bad nehmen. Danach öffnete ein Arzt eine Gasflasche. Die „Kranken“ waren „völlig ahnungslos“. Es habe sich um „bedauernswerte Kranke“, teilweise „menschliche Wracks“ gehandelt, sie seien aber ansprechbar gewesen, so Tillmann. In dem Raum blieben sie etwa eine Stunde. Die

getöteten „Kranken“ hätten am Boden gelegen und „den Eindruck gemacht, als seien sie friedlich eingeschlafen“. Irgendwelche Anzeichen von Todeskämpfen habe Tillmann nicht bemerkt.

Wie alles begann

Köln-Mülheim, 1903: Tillmann kommt im Jahre 1903 als Sohn eines Schmiedemeisters auf die Welt. Er wird von seinen Eltern streng katholisch erzogen. Nach der mittleren Reife wird der 18-Jährige Mitglied beim „Neudeutschland - Verband katholischer Schüler an höheren Lehranstalten“. 1920 wendet er sich der durch die „Wandervogel“-Bewegung geprägten Bündischen Jugend zu und beginnt eine kaufmännische Lehre. 1923 tritt er in die NSDAP ein. Er arbeitet als Büroangestellter einer Lichtbildnerie, als Filmvorführer in Schulen und geht Gelegenheitsarbeiten nach. Als er den Befehl des Gauleiters Robert Ley ablehnt, Gruppen der Bündischen Jugend in die NSDAP zu überführen, kommt es zu Auseinandersetzungen.

Nach der Machtübergabe an die NSDAP macht Tillmann Karriere. Zunächst wird er als Aushilfe bei der Stadt Köln im Bereich der Jugendpflege angestellt. Im November 1933 wird er aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen in der Jugendarbeit städtischer Direktor der Wohlfahrtsweisenpflege. 1936 setzt er gegen Widerstände durch, dass Kruzifixe in den Räumen des Sülzer Waisenhauses bleiben und der Hausgeistliche dort regelmäßig Religionsunterricht, Schul- und Sonntagsgottesdienste halten kann. Trotz scharfer Verweise durch die Partei-Oberen nimmt er 1938 an einer Hausprozession teil,

mit der die Nonnen erfolgreich gegen die drohende Übernahme des Waisenhauses durch „braune Schwestern“ protestieren. Solches Verhalten zieht Eintragungen in seine Personalakte nach sich. Tillmann, heißt es darin, unterstütze „alle Leute, die schwarz oder rot sind, aber keine Nationalsozialisten.“

Aufstieg zum Bürokrat des Massenmordes

Düsseldorf, 1939: In Düsseldorf werden Evakuierungsmaßnahmen von Kinder- und Säuglingsheimen in der Rheinprovinz besprochen. Auch Tillmann, der in der Domstadt die Verschickung von Waisenkindern in die Eifel plant, ist in Düsseldorf dabei. Hier wird er von einem Ministerialdirigenten in

***Im Dachgeschoß der Tiergartenstraße 4
bezieht Tillmann ein Zimmer. Er wird mit
der Überwachung und Verfeinerung der
Tötungsaktionen beauftragt***

der Abteilung „Gesundheitswesen und Volkspflege“ des Reichsinnenministeriums beauftragt, eine Anweisung auszuarbeiten, aus der „bei plötzlicher Verlegung von Anstaltsinsassen [in „Heil- und Pflegeanstalten“] entnommen werden kann, an was alles zu denken ist.“ Es habe sich nämlich gezeigt, dass man bei der Verlegung von Heimen zu Beginn des Krieges wichtige Dinge übersehen hat – bei Säuglingsheimen etwa die Säuglingsnahrung. Einige Wochen später reist Tillmann mehrfach nach Berlin und erfährt schließlich, sein Auftrag habe etwas mit „Sterbeurkunden“ zu tun.

Im Dachgeschoß der Tiergartenstraße 4 bezieht Tillmann ein Zimmer. Er soll für einen reibungslosen Ablauf von Tötungsaktionen sorgen und dabei „Pannen“ verhindern helfen. Diese waren hin und wieder auf makaberste Weise eingetreten – dank der mangelnden Umsicht von Dr. jur. Gerhard Bohne, der Sonderstandesämter eingerichtet hatte, die die Tötungen irreführend beurkunden sollten. Dabei waren Angehörigen zum Beispiel zwei Urnen für einen eingäscherten Verwandten zugestellt worden. In einem anderen Fall war Tod nach Blinddarmentzündung bescheinigt worden, obwohl der Blinddarm längst vorher entfernt worden war. Deshalb wird Tillmann mit der Überwachung und Verfeinerung der Tötungsaktionen beauftragt.

Tötungen im Sinne christlicher Nächstenliebe

Bürokratisch genau gibt Tillmann darüber Auskunft, wie er in den „Standesämtern“ mittels großer Karten und bunter Nadeln verhinderte, dass an einem Ort zu viele „Todesfälle“ bekannt wurden: „Da das erfahrungsgemäß geeignet war, die Geheimhaltung der ganzen Aktion zu gefährden, habe ich angeordnet, dass in jedem der (Sonder-)Standesämter große Karten an den Wänden angebracht wurden, auf denen mittels einer bunten Nadel, ähnlich wie bei den Generalstabskarten, alle eigenen Beurkundungen verzeichnet wurden.“

Etwaige Zweifel an der ethischen Erlaubtheit der Krankentötungen werden in der Folgezeit durch die „idealistische“ Interpretation der „Gnadentod“-Praktiken erstickt. Dabei beeindruckt ihn besonders der für die Organisation der Massentötungen zuständige Diplom-Landwirt Hans Hefelmann. Er kennt sich in

der abendländischen Geschichte aus, weiß, dass schon Sokrates und die Römer, die „Naturvölker“, Martin Luther und viele andere Theologen und Wissenschaftler „Sterbehilfe für unheilbar kranke Menschen“ befürwortet haben.

Tillmann geht sonntäglich zur Kirche und wird Mitglied im Pfarrgemeinderat

Hefelmann ist ein Christ, der die Tötung unheilbar Kranker „im Sinne christlicher Nächstenliebe und christlichen Mitleids“ versteht und noch später, 1964 vor Gericht, sagen wird, es sei „ein unreiner Gedanke, der Gott der Liebe könne wünschen, dass ein Mensch nur nach unsagbaren Schmerzen sterbe“. Immer habe er sich gefragt: „Hast du den Willen Gottes richtig gedeutet oder nicht?“ Derart „ethisch“ aufgerüstet wird der Katholik Tillmann in den Folgejahren als Büroleiter die Tötung von 70 000 Menschen bürokratisch abwickeln.

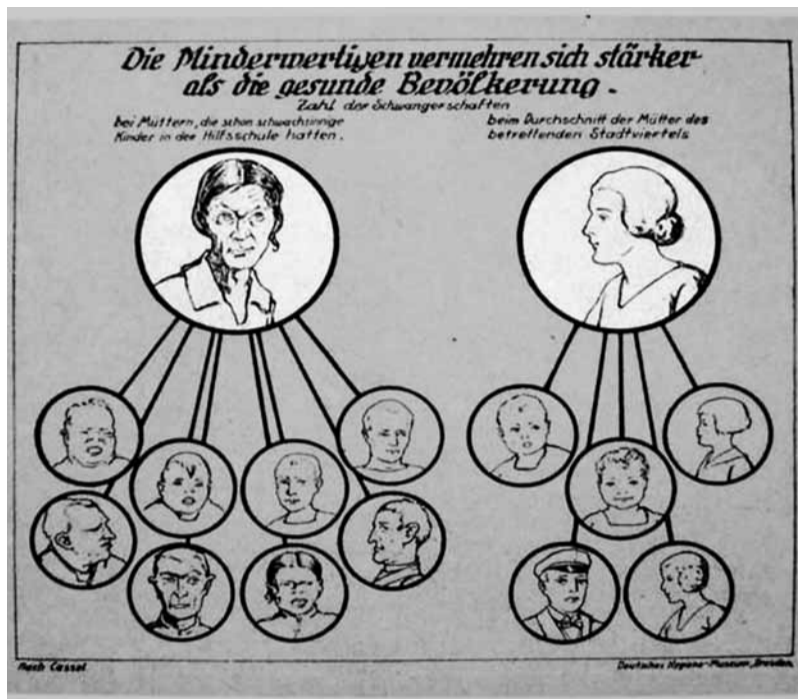
Nach(kriegs)spiel

Köln, 1949: Nach Kriegsende wird Tillmann von den Alliierten interniert und im Juli 1946 entlassen. Ein Wiedereinstellungsantrag bei der Stadt Köln scheitert 1949 wegen des laufenden Entnazifizierungsverfahrens. 1950 stellt die Stadt Köln fest, er habe keinen Anspruch mehr auf das Amt des Direktors der Wohlfahrtswohnenpflege. Daraufhin arbeitet er zunächst als Angestellter bei einer Jungarbeiter-Heimstatt in Opladen. Dann wird er Heimleiter des Jugendwohnheimes der Stadt Wolfsburg und übernimmt schließlich 1957 die Leitung der Heimstatt „St. Barbara“ in Ickern, einem Stadtteil von Castrop-Rauxel. Er fasst schnell Fuß in der St.-Barbara-Gemeinde, so benannt nach der legendären Schutzpatronin der Bergleute. Tillmann geht sonntäglich zur Kirche und wird Mitglied im Pfarrgemeinderat.

Berlin, 1958: Der Generalstaatsanwalt in Berlin wird im Zuge von Ermittlungen im Zusammenhang von „Krankenmorden“ auf Tillmanns Namen aufmerksam. Mehrfach wird ein „falscher Tillmann“ aufgespürt, so ein gleichnamiger Spediteur in Köln, der als SS-Mann einen Arbeiter misshandelt hatte. Im Juli 1958 bringt man den Gesuchten endlich mit der westfälischen Stadt Castrop-Rauxel in Verbindung. Nach einer Kompetenzuneinigkeit von Staatsanwälten überträgt der Generalbundesanwalt den Fall Tillmann an den Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer.



Zukunftsplanung:
für die „Volksgesundheit“ über
Leichen



Tillmann zunehmend im Visier der Justiz

Hamburg, 1960: Ein trotz seiner Tätigkeit als „T4“-Geschäftsführer entnazifizierter Jurist wird vom Amtsgericht Hamburg als Zeuge vorgeladen, um über Tillmann Auskunft zu geben. Er bestätigt, dass Tillmann in der „Euthanasie“-Zentrale als Leiter der Büroabteilung II die „Standesämter“ der Tötungsanstalten zu organisieren und zu beaufsichtigen hatte. Er sei viel herumgereist und habe sich sehr wichtig gemacht, jedoch „nie einen Hehl aus seinem katholischen Glauben gemacht.“ Tillmann bestreitet hingegen noch wenige Tage später seine Teilnahme am „Euthanasie“-Programm vor einem anderen Gericht. Er habe damit „nichts zu tun“ gehabt. Im Juni 1960 allerdings legt er gegenüber dem Dortmunder Staatsanwalt ein umfassendes Geständnis ab.

Bochum, 1960: Am 15. Juli wird Tillmann festgenommen und in die Untersuchungshaftanstalt Bochum gebracht. Die Nachricht schlägt wie eine „Bombe“ ein, kommt „wie ein Blitz aus heiterstem Himmel“. „Es ist ein und derselbe Friedrich Tillmann“, so die *Westfälische Rundschau*, „dieser anerkannt qualifizierte Fachmann auf dem Gebiet der Fürsorgearbeit, dieser Leiter der Gruppe ‚Heimerzieher‘ in der Aktionsgemeinschaft Jugendschutz, dieses Mitglied

des Kirchenvorstandes von St. Barbara.“ Eine Woche später beantragt Tillmanns Verteidiger die Aufhebung des Haftbefehls. Erstens bestehe kein dringender Tatverdacht, da eine strafbare Handlung des Beschuldigten nicht vorliege. Er habe „nach der von Juristen angewiesenen und Medizinern durchgeführten Tötung von Geisteskranken die büromäßige Abwicklung der getroffenen Maßnahmen durchgeführt.“ Ein Bewusstsein der Rechtswidrigkeit habe gefehlt. Im Übrigen sei er bereits 56 Jahre alt und schwer zuckerkrank. Nach einem langen juristischen Tauziehen wird Tillmann 1961 schließlich die Haftverschonung gewährt.

Der gescheiterte Prozess

Der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer möchte in einem letzten großen „Euthanasie“-Prozess, der in Limburg stattfinden soll, auf Vorschlag seines Dortmunder Kollegen auch Tillmann mit auf der Anklagebank sehen. Bauer, der 1933 als „Jude und Sozialist“ aus dem Staatsdienst – er war Richter – entlassen und in ein Konzentrationslager eingeliefert worden war, hatte 1936 nach Dänemark und schließlich nach Schweden fliehen können. 1949 hatte sich Bauer nach seiner Rückkehr das Ziel gesetzt, NS-Verbrechen unter strengster Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze zu verfolgen. Doch Tillmann stürzt vor dem Prozess in den Tod. Nachdem sich der Hauptangeklagte Professor Heyde in seiner Zelle erhängte, äußert Bauer, es bestehe „der Verdacht einer stillschweigenden Übereinkunft der Beteiligten, diesen Prozess nicht stattfinden zu lassen.“ Der Prozess scheitert endgültig: Gerhard Bohné, ebenfalls Hauptverantwortlicher der „Aktion T-4“, wurde 1969 und Hans Hefelmann 1972 vom Limburger Gericht für dauernd verhandlungsunfähig erklärt. Sie lebten noch lange Jahre „unbehelligt“ weiter – Bohné bis 1981, Hefelmann bis 1986.

Tillmann wird, sicherlich auch seinem Wunsch entsprechend, kirchlich beerdigt. Zum Requiem für den Toten in der Kölner Pfarrkirche St. Kunibert erscheinen zahlreiche Kirchenbesucher. Die Beerdigung findet im kleinsten Kreise statt. <

Anmerkung: Dieser redaktionell bearbeitete Beitrag von Klaus Schmidt basiert auf seinem 2010 im Metropol-Verlag erschienenen Buch: „Ich habe aus Mitleid gehandelt“. Der Kölner Waisenhausdirektor und NDS-„Euthanasie“-Beauftragte Friedrich Tillmann (1903-1964).



Klaus Schmidt
ist Theologe, Menschenrechtsaktivist
und Historiker

Wir müssen wissen, was das Richtige ist

Wenn du ein Baby hast, musst du entscheiden, was gut für es ist – ob du's nun weißt oder nicht. Ist dieser kleine Ausschlag im Gesicht harmlos oder muss ihn die Ärztin sehen? Was ist das für ein Geräusch, das es neuerdings beim Weinen manchmal macht? Soll der Säugling geimpft werden? Gegen was? Wenn du Eltern bist, musst du plötzlich bei tausend Sachen wissen, was gut für das Baby ist. Und hoffen, dass du das Richtige weißt.<

Du willst nicht wissen, was gut für dich ist – wir eigentlich auch nicht

Erwin ist 73 und riecht schon ziemlich streng. Er kann nicht mehr richtig laufen und wir besorgen ihm manchmal Essigreiniger, den er flaschenweise in seinen verstopften Abguss kippt. Die Wohnung, in der er wohnt, gehört seiner Schwester. Er sagt, es sei ausgemacht, dass er darin wohnen kann, bis er stirbt. Einmal war es fast soweit: Es ging ihm schlecht, er konnte fast nicht mehr aufstehen, wollte keinen Arzt. Nach ein paar Tagen haben wir trotzdem einen gerufen. Erwin kam ins Krankenhaus, er hatte ein durchgebrochenes Magengeschwür, das ihn ohne Behandlung in wenigen Tagen umgebracht hätte. Ins Pflegeheim will er nicht, weil er seine Katze zurücklassen müsste. Also ist er wieder zu Hause. Und wir warten weiter ab.<



Die Gewaltförmigkeit der Argumente

In der Weimarer Republik wurde quer durch die politischen Lager eine Debatte über Eugenik geführt, die sich durch ihre wohlfahrtsorientierte Ausrichtung auszeichnete. Gefordert wurden Sterilisationen, Eheverbote und Asylierung sogenannter „Minderwertiger“. Auch die bürgerlich-gemäßigte Frauenbewegung bezog sich positiv auf eugenisches Gedankengut. Von Ulrike Manz

Mit uns nicht zu machen:
*Minderwertiger Nachwuchs
und andere asoziale Elemente*



Die Geschichte der Sozialen Arbeit ist auch eine Geschichte der Kategorisierungen von Menschen. Wem geholfen werden soll, wer genau der Hilfe bedarf und wie sich aus der Konstruktion spezifischer Zielgruppen bestimmte Maßnahmen herleiten lassen, sind die grundlegenden Fragen sozialarbeiterischen Handelns. Insofern kann man sagen, dass das Unterscheiden und Differenz-Herstellen zwischen Menschen zu den konstituierenden Merkmalen Sozialer Arbeit gehört. Dieser grundlegende Zusammenhang zwischen Sozialer Arbeit und Kategorisierungen folgt dabei historisch spezifischen Erklärungsmustern: welche Personen unterstützungsbedürftig sind und welche nicht, welche Kriterien hier angelegt werden, ist jeweils konkret historisch situiert.

Auch eugenische Differenzierungen und Deutungsmuster wurden zur Kategorisierung von Menschen in der Sozialen Arbeit herangezogen. Eugenik ist ganz allgemein eine auf Francis Galton (1822-1911) zurückgehende Gesellschaftstheorie und politische Strategie, die zum Ziel hat, die „gesundheitliche Qualität“ kommender Generationen zu beeinflussen. Dies wird angestrebt einerseits über Maßnahmen der sogenannten „positiven Eugenik“, die die Nachkommenschaft bestimmter, ausgewählter Personen fördern sollen, sowie andererseits über die Maßnahmen der „negativen Eugenik“, die die Verhinderung von Geburten der als „minderwertig“ stigmatisierten Menschen zum Ziel haben. Da es sich bei der Eugenik um eine seit nunmehr fast 200 Jahren währende Gesellschaftstheorie und politische Strategie handelt, muss die Frage nach der Bedeutung eugenischer Differenzierungen und Deutungsmuster in der Sozialen Arbeit zeitlich eingegrenzt werden. So konzentriere ich mich auf die Debatten der bürgerlichen Frauenbewegung zu Fragen der Sozialen Arbeit während der Weimarer Republik in den 1920er Jahren. Diese Auswahl eröffnet die Möglichkeit, über die historisch spezifische Analyse den Blick für gegenwärtige Problemfelder zu schärfen. Denn zum einen fand die eugenische Debatte in den 1920er Jahren im Kontext eines wohlfahrtsstaatlichen und demokratischen politischen Systems statt und ist somit nicht auf die historische Phase des Nationalsozialismus zu reduzieren. Zum zweiten ermöglicht gerade die Untersuchung von Emanzipationsbewegungen ein Verständnis für die Anschlussstellen zwischen emanzipativem und eugenischem Gedankengut – und damit auch deren kritische Reflexion.

Eugenik in *Die Frau*

Die Gesellschaftstheorie der Eugenik wurde in den 1920er Jahren in Deutschland anhand verschiedener Themenbereiche wie Sterilisation, Eheverbot und Asylierung sogenannter „Minderwertiger“ diskutiert. Virulent wurde die Eugenik als politisches Programm vor allem in Verbindung mit der Sozialen Frage. So verbanden die Eugeniker die biologische Reduktion des Menschen auf sein „Erbgut“ mit der ökonomischen Reduktion auf seine „Leistungen“. Die Frage „Was kosten die Minderwertigen den Staat?“ führte zu Überlegungen, wie das eugenische Auslesedenken mit den Kostenkalkulationen im sozialen Bereich verknüpft werden könnte. Kennzeichnend für diese Debatte in der Weimarer Zeit ist dabei ihre wohlfahrtsorientierte Ausrichtung sowie die breite Beteiligung politisch disparater Gruppen.

Auch die bürgerlich-gemäßigte Frauenbewegung beteiligte sich an diesen Debatten im Kontext sozialpolitischer Fragestellungen. Organisiert in einem großen Dachverband, dem Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), zählte diese Strömung der Frauenbewegung zwischen 300000 und einer Million Mitglieder während der Weimarer Republik und gilt damit als eine der größten sozialen Bewegungen dieser Zeit. Neben Regional- und Bundesversammlungen, verschiedenen Ausschüssen und Arbeitsgruppen war es vor allem die Zeitschrift *Die Frau*, in der über die Entwicklung und Etablierung der sozialen Arbeit aus frauenpolitischer Perspektive diskutiert wurde. Die Zeitschrift erschien über den Zeitraum von 1893 bis 1944 einmal monatlich und umfasste während der Weimarer Republik etwa 60 Seiten, die Höhe der Auflage schwankte zwischen 3.000 und 8.000 Stück. Die Analyse der Zeitschrift *Die Frau* ergab ein komplexes Zusammenspiel zwischen sozialpolitischen, frauenpolitischen und eugenischen Argumentationslinien, das die Debatte um das sogenannte „Bewahrungsgesetz“ exemplarisch illustriert.

Hilfe für die „Unheilbaren“

Bei dem „Bewahrungsgesetz“ handelte es sich um ein in den 1920er Jahren vielfach diskutiertes sozialpolitisches Gesetzesvorhaben, das zum Ziel hatte, die Aussonderung und unbefristete Einschließung sogenannter „unerziehbarer“ Personen in Heimen und Arbeitskolonien zu ermöglichen. Wesentlicher Auseinandersetzungspunkt innerhalb der Debatte um dieses Gesetz bildete die Frage, wer genau dessen Zielgruppe bildete, ging es doch gerade um Menschen, die als sozial auffällig galten, ohne dass sie

Die Frauenbewegung lässt sich während der Weimarer Republik grob in zwei Strömungen unterteilen: die proletarische und die bürgerliche Frauenbewegung. Letztere unterteilte sich anhand von unterschiedlichen Organisationen wiederum in die sogenannten „Radikalen“ und die bürgerlich-gemäßigten Frauen. Meine Aufmerksamkeit richtet sich auf die gemäßigte Strömung der bürgerlichen Frauenbewegung.

bisher straffällig geworden waren. Das Recht konnte hier nicht als Instrument der Kategorisierung wirksam werden und so konzentrierte sich die Debatte vor allem auf die Frage nach der Definition der „Bewahrungsbedürftigen“. Auch in der Zeitschrift *Die Frau* wird die Debatte um ein „Bewahrungsgesetz“ geführt, das seitens des BDF in den Jahren 1920 bis 1933 durchgängig befürwortet wurde. Eugenische Argumente finden sich dabei vor allem in der Definition der Betroffenen als „nicht heilbar“ sowie in der Betonung des Gemeinschaftsschutzes versus Selbstschutz.

Wer sind die „Bewahrungsbedürftigen“?

Als allgemeines Kriterium für die „Bewahrungsbedürftigen“ galt in der Debatte die sogenannte „Verwahrlosung“, eine unspezifische Charakterisierung sozial unerwünschten Verhaltens. Die eugenische Wendung der „Verwahrlosung“ erfolgte über die Zurückführung dieses sozialen Verhaltens auf eine negative „Veranlagung“. In der Zeitschrift *Die Frau* wird dieser Zusammenhang häufig erwähnt. Das eugenische Konstrukt einer „Veranlagung“ zu sozialem Verhalten, einer über das Erbgut bestimmten sozialen Handlungsweise, ist die dort mit Abstand am häufigsten verwendete Begründung für „Verwahrlosung“.

„Es handelt sich um die sogenannten ‚asozialen Elemente‘, die infolge ihrer physischen und psychischen Veranlagung nicht imstande sind ein geordnetes Leben zu führen.“ (Anna Papritz, 1925)

„[...] alle Verwahrlosten und Verwahrlosenden, die durch ihre Veranlagung hemmungslos zu asozialem Verhalten geführt werden [...]“ (unbekannte Verfasserin, 1925)

Die Zitate machen deutlich, dass die Idee der „Veranlagung“ ein bestimmtes, als asozial stigmatisiertes Verhalten als unveränderbar festschreibt. Damit liefert das Konzept der „Veranlagung“ das entscheidende Argument für den dauerhaften Wegschluss „verwahrloster“ Personen: aufgrund ihrer Veranlagung haben diese Personen nur ganz bestimmte Handlungsoptionen und jegliche pädagogischen Bemühungen sind hier von vornherein zum Scheitern verurteilt. Doch um welches soziale Verhalten handelt es sich hier, wen genau haben die Autorinnen im Blick? Eine genauere Analyse der Zeitschrift

macht deutlich, dass es hier vor allem um Prostituierte geht, diese stehen im Fokus der Bewahrungsdiskussion. Das Ausüben der Prostitution wird auf eine „Veranlagung“ zur Prostitution zurückgeführt. Allerdings wird diese nicht linear verstanden im Sinne einer unausweichlichen Vererbung, sondern vielmehr im Sinne einer „Disposition“, wie es im folgenden Zitat der Biologin Gertraud Haase-Bessell zum Ausdruck kommt:

„Wohl baut sich die Existenz der Prostituierten mindestens zu 50% auf erblicher Anlage auf, aber das ist noch keine Anlage zur Prostitution an sich, sondern ein viel allgemeinerer psychischer Defekt. Es handelt sich um eine moralische Schwäche, oft gepaart mit einem Drang zum Schweifen, zum Zusammenhanglosen, nicht durch den Willen vorgeschriebenen, ohne daß ein besonders starker sexueller Trieb vorhanden sein muß. Das eigentliche Gegenstück ist vielmehr der Vagabund. Darum wird man eine Prostituierte auch so selten ‚retten‘ können!“

Nach dieser Definition leidet ein Teil der Prostituierten an einem „allgemeinen psychischen Defekt“, der nicht unbedingt in der Prostitution enden muss. Dieser kann aber „jederzeit durch ein schädigendes Moment ausgelöst werden“, wie es eine namentlich unbekannte Autorin der *Frau* 1925 ausdrückte. Diese Lesart von Veranlagung ermöglicht es einerseits,

sozialreformerische Ansätze im Sinne vorbeugender Maßnahmen zu befürworten, damit diese „Disposition“ erst gar nicht zum Tragen kommt. Andererseits, wenn die Umwelt ungünstig ist und die „Veranlagung“ durchschlägt, kann man eine Prostituierte selten „retten“

und ihr dauerhafter Einschluss scheint gerechtfertigt. Mit Hilfe dieser spezifischen Verknüpfung eugenischer und sozialreformerischer Ansätze konnte somit das Scheitern der Sozialen Arbeit auf die negative „Veranlagung“ der Prostituierten zurückgeführt werden, während gleichzeitig an einem Ausbau der Sozialen Arbeit festgehalten werden konnte. So wurden die Grenzen der Fürsorge erklärbar, ohne dass ihr Konzept in Frage gestellt werden musste.

„Die Prostituierte“ als „gehetzes Wild“

Das „Bewahrungsgesetz“ hatte sowohl zum Ziel, die Betroffenen vor sich selbst zu schützen, als auch die „Gemeinschaft“ vor den „Verwahrlosten“. In den Texten der bürgerlich-gemäßigten Frauenbe-

Im Fokus der Bewahrungsdiskussion stehen vor allem Prostituierte, deren Tätigkeit auf eine „Veranlagung“ zur Prostitution zurückgeführt wird

wegung werden beide Zielsetzungen befürwortet. In Richtung des individuellen Schutzes der zu Bewahrenden gehen alle Äußerungen, die die „Bewahrungsbedürftigen“ als Opfer konstruieren, die vor sich selbst oder der Umwelt geschützt werden müssten. Entsprechend der Annahme, dass es sich bei dieser Personengruppe um „Unerziehbare“ handelt, werden, im Gegensatz zu anderen sozialpädagogischen Maßnahmen, allerdings keine konkreten Erziehungsziele genannt. Vielmehr ist das am häufigsten genannte Argument des Schutzes das der allgemeinen Sicherheit und Ruhe. Das Leben der „Bewahrungsbedürftigen“ wird als unruhiges, gehetztes Leben imaginiert, welches nun durch die Bewahrung die Chance auf einen Ruhepol bekommt. Anna Pappritz bringt diese Haltung in einem 1925 erschienenen Artikel sehr plastisch zum Ausdruck:

„Durch ihn [den Gesetzesentwurf, Anm. U.M.] wird den unglücklichen, hemmungslosen, geistig minderwertigen Menschen, die jetzt wie ein gehetztes Wild behandelt werden, Sicherheit und Ruhe gegeben, in einer Umgebung und bei einer beaufsichtigten Tätigkeit, die ihren Fähigkeiten und Charakter angepasst ist und die ihnen das Bewusstsein gibt, nicht mehr Ausgestoßene zu sein, sondern Hilfsbedürftige, Leidende, denen die Gesellschaft mit Liebe und Fürsorge nachgeht.“

Das hier verwendete Bild des „gehetzten Wildes“ gibt dem Text etwas anschaulich Dynamisches, Hektisches, das im scharfen Kontrast zu den Begriffen „Ruhe“ und „Sicherheit“ steht. Die Einschließung wird positiv besetzt als Bereich der Ruhe und Entspannung, das Leben innerhalb der Gesellschaft dagegen verknüpft mit dem bedrohten Leben in der Natur, in dem man jederzeit straucheln und getroffen werden kann, denn ein „gehetztes Wild“ ist ein gejagtes Wild. „Bewahrungsbedürftige“ haben keinen eigenen Ort, und das „Bewahrungsgesetz“ erscheint damit als soziale Maßnahme, die einen solchen Ort der Ruhe schaffen kann. Neben der Ruhe soll das „Bewahrungsgesetz“ aber auch „Sicherheit“ für die Betroffenen bringen. Damit stellt sich die Frage, vor wem diese Sicherheit geschaffen werden muss, welche Bedrohung für die „Bewahrungsbedürftigen“ gesehen wird. Genannt werden hier die Selbstgefährdung durch „asoziales Verhalten“ aufgrund der Veranlagung und die Gefährdung von außen durch

Das am häufigsten genannte Argument des Schutzes der „Bewahrungsbedürftigen“ ist das der allgemeinen Sicherheit und Ruhe

sogenannte „Ausbeuter“. Während das „asoziale Verhalten“ spezifiziert wird als Prostitution, fehlt der Gruppe der „Ausbeuter“ eine Konkretisierung. Der Zusammenhang zur Prostitution legt aber nahe, dass es sich hierbei um sexuelle Ausbeutung, das heißt um Zuhälter oder Freier handeln soll. Spezifiziert wird diese Gruppe allerdings nicht und es bleibt recht vage, vor wem die „Bewahrungsbedürftigen“ konkret geschützt werden sollten. So wird die Brüchigkeit der Argumente sichtbar, die auf den Schutz der „Bewahrungsbedürftigen“ abzielen.

Die „Bewahrungsbedürftigen“ als Last für die „Gemeinschaft“

Der „Schutz der Gemeinschaft“ wird demgegenüber konkret benannt als Senkung der Sozialkosten durch die Verhinderung der Fortpflanzung von „asozialen Personen“. Die Verhinderung der Fortpflanzung von „Minderwertigen“ ist als positives Ziel des Bewahrungsgesetzes in der Zeitschrift *Die Frau* unumstritten. Dabei handelt es sich um ein klassisches eugenisches Argument, das davon ausgeht, dass sich die Ausgaben im Bereich des Sozialwesens reduzieren ließen, indem bestimmte Personen an der Fortpflanzung gehindert würden. Dahinter steht zum einen die Annahme einer hohen Geburtenrate bei sozial „auffälligen“ Familien und zum anderen, dass soziales Verhalten „vererbt“ wird, so dass die Kinder dieser Familien wiederum Fürsorge benötigen.

„Dem Bedenken neu entstehender Kosten bei solcher Durchführung steht die Tatsache entgegen, dass ein großer Teil des in Betracht kommenden Personenkreises heute die Gefängnisse füllt und daß für eine Reihe erwiesenermaßen besonders fruchtbare Familien der Gesellschaft bisher sehr erhebliche unproduktive Kosten an Armenunterstützung usw. erwachsen, die in Wegfall kommen würden [...]“ (unbekannte Verfasserin, 1925)

Die „unproduktiven Kosten“ durch „besonders fruchtbare Familien“ sollen mit Hilfe des Bewahrungsgesetzes verhindert werden. Allerdings bleibt offen, wie dies konkret bei einer Internierung der betroffenen Personen auszusehen hat. Das heißt, im Zusammenhang mit dem Bewahrungsgesetz spricht sich die bürgerlich-gemäßigte Frauenbewegung zwar für die Verhinderung der Fortpflanzung bestimmter Personen aus, wie dies allerdings zu realisieren sei, bleibt

Was gut für sie ist, ist ihr egal

Meine Mutter ist Alkoholikerin. Sie hat immer beteuert, es gehe ihr gut, von einem Rückfall sei sie weit entfernt. Ich habe ihr geglaubt, wenn auch mit Bauchschmerzen. Bis sie im Suff umgefallen ist und drei Tage bewusstlos in ihrer Wohnung lag. Dass ich sie nicht bevormundet habe, hat sie beinahe das Leben gekostet. Was mache ich jetzt, wenn sie wieder sagt, es gehe ihr gut?



Mi. 11.7. JAPANTHER + HALL

Artpunk zw. Powerpop, Garagepunk und Discoversatzstücken // Indie-Noise, München

Sa. 14.7. TRAINWRECK + LES TRUCS + NIHIL BAXTER + DISMEMBERS + DULAC + SPUTNIK BOOSTER

none of the above fest

Di. 17.7. GRAF ORLOCK + DEADVERSE

cinema grind, Los Angeles // midwestern Emo
mixed with Hardcorepunk, CH

Do. 19.7. DAITRO

eine der besten franz. Post-HC/Screamobands

Sa. 8.9. KENZARI'S MIDDLE KATA + GRAVE, SHOVEL...LET'S GO

Post-HC/Noise-Rock // Frickeliger Schrei-Emo

So. 30.9. WHITE LUNG + KIDS OF ZOO

kaputter 90s grrrl Noise mit UK Postpunk,
Vancouver // GarageNoise, Melbourne

Di. 25.9. DIVORCE + HONIG

+ SONYTONY assemblage of no-wave punk //
rock without rock // nice noise peace songs

Alles Gute, Hinterland! Dein Kafe Kult.



ungeklärt. Die Bandbreite der Möglichkeiten reicht hier bekanntermaßen von der Verhinderung des Sexualkontaktes an sich bis hin zu Zwangssterilisierungen. Somit lässt sich festhalten, dass die bürgerlich-gemäßigte Frauenbewegung die eugenische Grundannahme eines „minderwertigen Nachwuchses“ teilte und seine Verhinderung aus Kostengründen auch befürwortete: Welcher Art diese eugenische Maßnahmen sein sollen, blieb jedoch offen.

Eugenik und Demokratie

Der Blick in die Geschichte der Verflechtung eugenischen und emanzipatorischen Denkens macht zum einen deutlich, dass der Beitrag der bürgerlich-gemäßigten Frauenbewegung an der Verbreitung eugenischen Denkens eher im Sinne eines möglichen Potentials denn im Sinne eines Ursache-Wirkungs-Verhältnisses zu verstehen ist. So beteiligte sich die Frauenbewegung an der Verbreitung eugenischer Kategorisierungen wie beispielsweise „geistig minderwertige Menschen“ im Kontext sozialarbeiterischer Debatten, ohne dass dies geradewegs zu der Befürwortung konkreter eugenischer Maßnahmen führte. Und dennoch – der weitere Verlauf der Geschichte hat die Gefährlichkeit dieses Potentials offenbart, so dass eine Sensibilisierung gegenüber negativen Kategorisierungen sowie Argumenten für den „Schutz der Gemeinschaft“ dringend geboten ist. Zum zweiten werden die seit den 1970er Jahren praktizierten Formen der Eugenik (Stichwort „neue Eugenik“) sowohl in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung als auch in der soziologischen Forschung bisher vor allem unter dem Aspekt der Selbstregulierung betrachtet. Wenngleich diese Perspektive zum Verständnis der gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge biotechnologischer Entwicklungen sicherlich von großer Bedeutung war und ist, sollte dabei meines Erachtens aber auch die staatsinterventionistische Seite der Eugenik als Teil der Sozialpolitik nicht aus dem Blick geraten. Dass auch diese sich mit demokratischen Rahmenbedingungen durchaus vereinbaren lässt, hat der kurze Blick in die Geschichte der Eugenik gezeigt. Hieran anschließend sollten auch die derzeitigen Diskurse über die „wirtschaftliche Krise“ und den „notwendigen Sozialabbau“ auf mögliche eugenische Theoreme hinterfragt und die Gewaltförmigkeit der Argumente sichtbar gemacht werden.<

Ulrike Manz
*ist wissenschaftliche
Mitarbeiterin im
Fachbereich Gesell-
schaftswissenschaften an der Goethe
Universität Frankfurt
am Main. 2007 ver-
öffentlichte sie im
Ulrike Helmer Verlag
„Bürgerliche
Frauenbewegung
und Eugenik in der
Weimarer Republik“*

Das Universum weiß, was gut für Dich ist!

Hinter der Esoterik verbergen sich eher paternale Sehnsüchte als paternale Vorgaben. Sie ist eine Einübung in Verhaltensweisen moderner Subjektivierungsanforderungen. Sie baut auf die Selbstoptimierungskräfte des Individuums – und lehrt dabei, dass der große Rahmen niemals hinterfragt werden darf. „Der Weg ist das Ziel“ – lediglich eine faule Ausrede dafür, die Hoffnung auf selbstbestimmte Ziele bereits verloren zu haben? Von Claudia Barth

Paternalismus ist nicht nur eine Zumutung. Es ist auch die Sehnsucht vieler Menschen danach, dass Mächtigere ihnen wohlmeinend und beschützend den Weg weisen. In den christlichen Religionen drückt sich dies wohl am deutlichsten aus: Es herrscht die Vorstellung eines zur Seite stehenden allmächtigen Papas, der dafür garantiert, dass am Ende alles gut werde. Die Religion spiegelt die Realität der Menschen: wir sind abhängig von den Entscheidungen der Machthabenden und kämpfen nicht um Selbstbestimmung, sondern hoffen auf positive Fügung. Im Zweifelsfall pochen wir auf die Verletzung der Fürsorgepflicht, die Politik und Wirtschaft uns, den „kleinen Leuten“ gegenüber, erfüllen sollte. So hat der Arbeitgeber laut BGB eine „Fürsorgepflicht“ gegenüber seinen Angestellten – gewerkschaftlich erkämpfte Rechte im Gewand paternalistischer Diktion.

Auch das Schicksal will erarbeitet sein


Esoterik ist in den letzten Jahren zu einer Modereligion geworden. Gurus und weise Lehrer wie etwa der Dalai Lama prägen nach außen hin das Bild der Szene und scheinen durchaus die Hoffnung vieler Menschen auf moderne Religionsstifter zu verkörpern:

***Gurus und Astrologen helfen,
die vorgegebenen Gesetze zu
erkennen und zu deuten***

weise und wohlwollende Über-Väter, die sanft aber bestimmt auf den richtigen Weg führen. Auch die grundlegende esoterische Annahme einer großen kosmisch-göttlichen Ordnung, die über die Welt walte und dafür Sorge, dass alles Leben letztlich zum Guten und Richtigen hin steuere, lässt die zugrundeliegende Sehnsucht erkennen, dass eine schützende Hand die eigenen Wege behütet. Der esoterische Lehrsatz

„Alles, was geschieht, ist gut, weil es geschieht“ bekundet die Überzeugung, dass auch menschliche Niedrigkeiten zu tolerieren sind und lediglich Spielarten einer insgesamt richtigen Ordnung darstellen. Esoterik ist eine Hoffnungsgeberin, die angebliche karmisch-kosmische Gesetze vorschreibt und verspricht, durch ihre Einhaltung zu Glück und Erfolg zu gelangen.

Allerdings ist es nicht einfach, die vorgegebenen Regeln und Gesetze zu erkennen und zu deuten. Hilfesteller dazu sind Gurus, Astrologen und andere, die behaupten, „Einblick“ in die höheren Regeln zu haben. Es wird eine paternale Abhängigkeit hergestellt von jenen, die vorgeben, den Weg weisen zu können und ihre Dienste als „Medium“ dazu anbieten. Gleichzeitig wird in der Esoterik großen Wert darauf gelegt, einer Heilslehre nicht einfach nachzulaufen, sondern der Weg der Erleuchtung wird als perma-



Die Ohren gespitzt:

Es muss nicht immer gleich die große Erleuchtung sein. Papa Lama kennt auch Wege, wie wir unser Karma ein bisschen aufbessern können.

nente Arbeit an der eigenen Person, als Selbstreflexions- und Selbsterneuerungsarbeit beschrieben. Dies macht den zentralen Reiz moderner esoterischer Lehren aus: Eine zugrundeliegende gute und weise Macht wird versprochen. Die konkreten Wege, Heil zu erlangen, werden jedoch dem Individuum als Entdeckungsaufgabe freigestellt. Es erhält vielseitige gut meinende Ratschläge, was es ausprobieren solle, um dem Ziel näher zu kommen.

„Obwohl ich für mich selbst nicht behaupten kann, über die Jahre hinweg irgendeinen bemerkenswerten Fortschritt erzielt zu haben, sind doch mein Wunsch und meine Entschlossenheit, mich zum Positiven zu verändern, ungebrochen. In allen Situationen meines Lebens, vom frühen Morgen an, bis ich zu Bett gehe, überprüfe ich meine Motivation und übe mich, achtsam und im Augenblick gegenwärtig zu sein. Ich persönlich empfinde das für mein Leben sehr hilfreich.“ Eine weitgehend bescheidene Art, mit welcher der XIV. Dalai Lama vorgibt, keine Ratschläge zu erteilen, sondern lediglich die Gelegenheit zu bieten, auf Wunsch an seinen reichen Erkenntnissen teilzuhaben. Er selbst habe erkannt, wie der Einklang mit der großen Ordnung und damit Erfolg erreichbar ist und bietet anderen an, die Richtung zu weisen. Obwohl der Dalai Lama die Sehnsucht nach paternaler Zuwendung (also positive Väterlichkeit, die dafür bürgt, dass sie freundlich und menschlich besonnen auf den richtigen Weg führt) nach außen hin versinnbildlicht, sind seine konkreten Äußerungen also eher Anregungen an die Einzelnen zur Selbstentdeckung und zur Selbsttätigkeit.

New Age gegen Arbeitsplatzverlust

Eben dies ist die Zwiespältigkeit moderner esoterischer Lebenshilfe: Einerseits stellt sie in Aussicht, dass durch das Einhalten fester kosmisch-göttlicher Regeln und Gesetze persönliches Heil zu erreichen sei. Andererseits steht im Mittelpunkt esoterischer Ratschläge das Individuum: Es wird dazu angehalten, sich selbst innerlich zu erneuern, Selbsterkundung zu betreiben, sich eigener Wünsche und Vorstellungen bewusst zu werden. Esoterik ist eine passende Religion zur Selbstoptimierung unter den gegenwärtigen Bedingungen: Das Individuum wird in die Lage versetzt, die sich schnell wandelnden Anforderungen der Gesellschaft und die damit verbundene geforderte Flexibilisierung seines Inneren und permanente Unsicherheit der

eigenen Situation als freudige Herausforderung des eigenen Karmas („Schicksalsweges“) anzunehmen.

Bezeichnenderweise wird Esoterik regelmäßig dann als Hilfestellung herangezogen, wenn das eigene Leben sich in einer Krise befindet: Alte Konzepte zur Alltagsbewältigung sind nachhaltig gescheitert und die Hilfesuchenden sind bereit, sich auf eine neue Sichtweise von sich selbst und der Welt einzulassen, ihre inneren Koordinaten, Werte und Vorstellungen einer gründlichen Revision zu unterziehen, um wieder Boden unter die Füße zu bekommen. Esoterik ist eine Diesseits-Religion: Ziel ist es, im Hier und jetzt klarzukommen und Erfolgsrezepte zu erhalten, wie die eigene Person Einfluss auf die verfahrenen Lebensumstände erlangen kann, um sie zu verbessern. Esoterik fordert von ihren Anhängern zunächst, ihre eigenen Sichtweisen zu überprüfen und alte, hemmende Ein-

stellungen, Denk- und Verhaltensmuster abzulegen. Es geht „hauptsächlich um die Frage, wie man sich selbst die Ängste, Zweifel, Sorgen und falschen Glaubenssätze austreibt“, so die Bestsellerautorin von *Bestellungen beim Universum*, Bärbel Mohr. „Erkenne dich selbst und die Macht deines Geistes, der Verursacher deiner gesamten äußeren Umstände ist!“. Durch die Selbstbefreiung von „hinderlichen Gewohnheitstendenzen, die aus unseren falschen Auffassungen“ entstehen könne „zur vollkommenen Erleuchtung eines Buddha“ gelangt werden, so der Dalai Lama. Diese Zielrichtung klingt a-paternalistisch. Sie stellt das Individuum und Machbarkeitssphantasien in den Raum, die spätestens seit dem britischen Okkultisten Aleister Crowley einen Wesenszug der Esoterik darstellen („Tue was Du willst soll sein das ganze Gesetz“). Entsprechende Äußerungen trifft auch Bärbel Mohr, wenn sie als Ziel der spirituellen Arbeit feststellt: „Der göttliche Wille und meiner sind eins“ und damit Allmachtsphantasien beflügelt.

Bedingung für diese Einheit und damit Macht der eigenen Person mit den kosmisch-göttlichen Strukturen ist jedoch ein Reinigungsprozess des Inneren von „falschen“ Vorstellungen. Alles, was im eigenen Leben und auf der Welt geschieht muss zunächst bedingungslos angenommen werden, da es den karmischen Willen und die kosmische Notwendigkeit darstelle, genau so und nicht anders zu verlaufen. Alle negativen Erfahrungen gelten als selbstgewählte Schicksalsprüfungen, die unser Karma aufbessern

helfen. Allerdings seien sie lediglich als Spiel auf einer großen Bühne dieses Lebens anzusehen, das als solches keine Bedeutung besitze. Wir alle spielten Rollen in diesem karmischen Spiel. Gut und Böse seien lediglich menschliche Niederungen der Bewertung, unter größerer kosmischer Sicht verliere sich diese Bewertung, da alles Notwendig sei und letztlich zum Guten führe. Erkenne man diese Spielregeln an, so könne Stück für Stück der eigene Aufstieg beginnen. Herausforderungen der Gesellschaft sind karmische Bewährungsaufgaben, innere Widerstände dagegen sind Altlasten, an denen zu arbeiten ist. Die implizite paternale Vorgabe dabei lautet: Der Kosmos weiß, was gut für dich ist, alles geschieht zu deinem Wohl.

Fehlritte werden unbarmherzig bestraft, Krankheit und Probleme entstünden, wenn Menschen aus der „Ordnung“ fallen würden. Jedoch verlässt die kosmische Gerechtigkeit den Menschen nie völlig: Sie ist jederzeit bereit, ihn wieder aufzunehmen (und sei es in der nächsten Wiedergeburt) und ihm die Chance zu geben, wenn er gewillt ist, sich zu unterstellen. Die Strafe trägt nicht den Charakter von Genugtuung, sondern ist einfach eine moralisch nicht weiter zu bewertende Konsequenz. Gleich der modernen Gesellschaft, in der bei nicht-regelkonformem Verhalten der Ausschluss droht, ist auch in der Esoterik die Strafe eine formallogische Folge.

„Proaktiver“ Einsatz ist gefordert
– im Glauben und im Job

Das Menschenbild der Esoterik gleicht in vielerlei Hinsicht dem des „unternehmerischen Selbst“, wie es Ulrich Bröckling beschrieben hat (siehe Interview auf Seite 24). Mit der „aktivierenden Politik“ hat der Staat festgeschrieben, dass ein Recht auf Teilhabe nur für die zu haben ist, die sich permanent selbst bemühen, sich umgestalten und bereit sind, ihr Innerstes in die Waagschale zur Selbstverwertung zu werfen. Der Satz, den mein „Fallmanager“ bei der ersten „Sitzung“ in der „Arbeitsagentur“ sagte, war: „Erwarten Sie nicht von mir, dass ich Ihnen einen Job vermittle. Ich Sorge nur dafür, dass Sie das selber tun.“ Paternalistisch will er nur mein Bestes und ich bin frei, gemäß der Regeln mitzuspielen oder die bitteren Konsequenzen zu schlucken, die das Gesetz vorgibt: Nach einem Jahr droht mein Abstieg ins ALGII, wenn ich es nicht rechtzeitig schaffe, mich selbst „einzugliedern“.

***Recht auf Teilhabe ist nur
für jene zu haben, die sich
permanent umgestalten und
bereit sind, ihr Innerstes
in die Waagschale zur
Selbstverwertung zu werfen***

In den letzten Jahrzehnten hat sich ein neues Bild des Arbeitnehmers und idealen Bürgers etabliert. Unter dem Begriff „Subjektivierung der Arbeit“ werden die zugrundeliegenden Prozesse – neue Formen der Arbeitssteuerung und damit veränderte Anforderungen an die Einzelnen – zusammengefasst. Das Leitbild des fordistischen Arbeiters, der am Fließband steht, streng nach Anweisung handelt und seine Persönlichkeit während der Arbeitszeit zurückstellen soll, gilt für immer weniger Berufssparten hierzulande. Neue Steuerungsformen der Arbeit delegieren Verantwortung nach unten. Lediglich das zu erreichende Ziel wird vorgegeben, in welcher Weise die Arbeit „nehmer“innen und Arbeit „nehmer“ das Ziel erreichen, dürfen sie weitgehend

selbst wählen. Dies setzt neue Produktivität frei und ermöglicht den Einzelnen eine viel größere Identifikation mit ihrer Arbeit. Individuelle Fähigkeiten und persönliche Vorlieben sollen bei der Ausführung der Arbeit eingebracht werden. Neue Jobverhältnisse wie kurzfristige projektbezogene Verträge bringen die Einzelnen dazu, sich für eine gewisse Zeit quasi „mit Haut und Haar“ der Arbeit zu verschreiben. Distanzgrenzen wie Wochenende, Privatleben, beschränkte Verantwortung oder die Aussicht auf Weiterbeschäftigung trotz lediglich durchschnittlicher Leistung fehlen. Fazit der aktivierenden Menschenpolitik: Paternalistische Zuwendung erfährt nur, wer bereit ist, Ziele unhinterfragt mitzutragen und sich mit Gestaltungsspielraum bei der Ausführung begnügt. Die Zielformulierung selbst ist bereits von mächtigerer Ebene aus geschehen.

Füge dich in die kosmische Ordnung ein

Der Wunsch, dass der große übergeordnete Ordnungsrahmen schon seine Richtigkeit hat, das Unvermögen sich vorzustellen, an den Rahmenbedingungen etwas ändern zu können, zieht sich wie ein roter Faden durch alltagspolitische wie religiöse Weltanschauungen. Die Hoffnung auf den großen Richter, der die Fäden zieht, bleibt. Allerdings ist es durch geschicktes, wohlfeiles Verhalten durchaus möglich, sich Vorteile zu verschaffen oder eine Verbesserung des eigenen Schicksals zu erlangen: Durch rechtzeitiges Erkennen der Anforderungen und eigenständiges „proaktives“, vorausseilendes Erfüllen der Pflichten, nicht auf Anweisung des Chefs, sondern selbstmotiviert. Dann ist es eventuell möglich, aus den vielen



Nicht in Einklang sein:
*Es benötigt Mut, über das Bestehenden
hinauszudenken und Papis Ziele in
Frage zu stellen*



Informationsverbund
ASYL & MIGRATION

ASYLMAGAZIN

Zeitschrift für Flüchtlings-
und Migrationsrecht

Das ASYLMAGAZIN liefert zehnmal jährlich die aktuellen Hintergrundinformationen zu den rechtlichen Fragen rund um die Themen Flucht und Migration:

- Aktuelle Rechtsprechung
- Länderinformationen
- Beiträge
- Nachrichten

Das ASYLMAGAZIN erscheint zusammen mit dem Asyl-Info von Amnesty International zum gemeinsamen Abonnement-Preis von 72 € jährlich.


Ein kostenloses Probeexemplar können Sie unverbindlich bestellen unter asyl@amnesty.de.

Weitere Angebote und Informationen finden Sie auch unter:

www.asyl.net

Informationsverbund Asyl und Migration
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4 • 10405 Berlin
kontakt@asyl.net • www.asyl.net



In Kooperation mit
 UNHCR

¹ Der XIV. Dalai Lama: *Die Lehren des tibetischen Buddhismus*. Arkana Goldmann. Bertelsmann. München 2000; S. 17.

² Ebd., S. 23f.

Claudia Barth
lebt als Sozialpädagogin in München und hat über die Kritik esoterischer Weltanschauung promoviert. 2012 veröffentlichte sie im transcript Verlag „Esoterik – die Suche nach dem Selbst. Sozialpsychologische Studien zu einer Form moderner Religiosität“

optionalen Chancen, die im Angebot sind, eine abzubekommen und die Regeln für sich genutzt zu haben.

Mit den Anforderungen an die Menschen haben sich auch ihre religiösen Vorstellungen gewandelt. Esoterische Ideen haben sich hierzulande zur millionenfachen Alltagsreligiosität gemausert. Sie transzendieren das Bild moderner Herrschaft und angeratener Lebensführung. Das Gesetz ist universal, nicht dinghaft oder an einer Person festzumachen. Nicht ein einzelner Gott herrscht demnach, sondern eine gesamte kosmische Ordnung waltet als großes System über das Sub-System Erde und die Sub-Systeme Gesellschaft und Mensch. Die kosmisch-göttliche Ordnung steht nicht außerhalb des Einzelnen und gibt ihm moralische Ratschläge, sondern sie wirkt still durch alles, auch durch die Einzelnen, hindurch. Ziel esoterischer Wege ist es, zu erkennen, was die Ordnung ist und sich „in Einklang“ mit ihr zu stellen. Alles andere führt zu Krankheit, Problemen, Tod. Schafft man es hingegen, die kosmische Ordnung zu erkennen und ihre Vorgaben anzunehmen und zu erfüllen, so winken Gesundheit, Lebensfreude, Reichtum und Glück im Hier und Jetzt.

Esoterik erfordert jedoch nicht ein lediglich passives Sich-Unterstellen. Sie punktet gerade damit, die Einzelnen dazu zu motivieren, alte Gewohnheiten aufzugeben und mit Veränderung positiv umzugehen. Der Kosmos weiß, was gut für Dich ist! Nett verpackt und neuerdings mit viel Selbstverwirklichungspotential sind patriarchal-religiöse Methoden noch immer gern verwendete Stützen bei der Einfügung ins Bestehende. Aber über das Bestehende hinaus zu denken, dazu benötigt es den Mut, Papis Ziele in Frage zu stellen.<

Blonder Engel auf Talfahrt

Über einen Pfarrer, der die Proteste von Flüchtlingen in der Bayernkaserne erstickte. Von Caspar Schmidt.

Asyl ist dem Wort nach ein ziemlich alter Hut. Im Laufe des siebten und achten Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung transformierte in Griechenland das vorherrschende Recht auf *Sýlā* – das Verfügungsrecht über Fremde und ihre Sachen – zum sogenannten *A-sylia*, das in abgewandelter Form heute noch als Asyl bekannt ist. Verfolgte konnten damals in heiligen Stätten Schutz suchen. Wer sich dazu am Altar oder am Fuße einer Götterstatue niederließ, das Ritual peinlich genau befolgte, mit einem Wollfaden oder einem frisch gebrochenen Zweig in der Hand bemerkbar machte und dem Priester Namen, Herkunft und Fluchtgrund wahrheitsgemäß darlegen konnte, hatte eine gute Chance auf den Beistand seiner Heiligkeit.

Die Regelung des Asyls obliegt heute im Wesentlichen dem Staat. Die Elendsverwaltung der aus den Ruinen der Weltmärkte Geflüchteten und in europäischen Lagern Kasernierten wird aber zu großen Teilen noch von kirchlichen Trägern besorgt – in München zum Beispiel von Pfarrer Andreas Herden. Dieser heuerte vom bayerischen Trostberg aus bei der Inneren Mission in München an, stieg als Assistent der Geschäftsleitung ein und zum Abteilungsleiter für „Migrationsdienste“ auf. In Trostberg wurde Herden aus seiner Funktion als Seelsorger der Christusgemeinde noch mit dem üblichen Spektakel verabschiedet, das sich die bayerische Provinz gemeinhin leistet, wenn sich Würdenträger aus Kirche und Politik ein Stelldichein geben. Die Kindertheatergruppe studierte zu diesem Anlass eigens ein Stück namens „Andis Abpflug“ ein – der Pflug, das weiß man in der bayerischen Vorhölle¹ am besten, gilt als Symbol der Seelsorge. Wehmütig auf seine Zeit in Trostberg zurückblicken wolle Herden aber nicht, erklärt er der Gemeinde zum Abschied, denn „Jesus blickt nicht zurück. Er ist geschickt für das Reich Gottes.“

Der Dekan lobte den scheidenden Pfarrer als einen, der sich eindeutig auf die Seite derer stelle, die zum Leben zu wenig haben. Der Bürgermeister Trostbergs (CSU) beklagte vor dem hohen Auditorium, dass es gerade in Zeiten wie diesen schwer sei, „Spuren zu hinterlassen“. Er vermisse Typen, wie es sie früher einmal gegeben habe; Herden sei aber ein solcher. Eine Anekdote gab der benachbarte Pfarrer zum Besten. Andreas Herden sei bis 1998 in den Gemeindebüchern als „Andrea“ geführt worden. Seine „weiblichen Anteile“ – er als Mutter-Vater-Figur –, das sei auch im Pfarramt deutlich erlebbar gewesen. Er ist eben ein „blonder Engel“ der Herden, so sein Glaubenskollege, berichtete *ChiemgauOnline*.

Angekommen im Reich Gottes

Mit ihren „Migrationsdiensten“ ist die Innere Mission München 2011 hoffnungslos überfordert. Sie verwaltet das Zwischenlager für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Bayernkaserne und der Zustand vor Ort wird jeden Tag unerträglicher. Das Lager ist überfüllt, die Jugendlichen warten dort viele Monate auf ihren Transfer in Wohneinrichtungen und sind weitgehend auf sich allein gestellt. Es gibt kaum Betreuung tagsüber und nachts patrouilliert ausschließlich Security, die den Jugendlichen Angst macht. Auf achtzig Minderjährige kommt ein Vormund, der wenig Zeit für die Anliegen der Einzelnen findet. Es fehlt an Kochgelegenheiten, Duschen und Waschmaschinen. Zwei Tage im Monat fließt kein Wasser. Das Essen ist schlecht und reicht zur Ernährung nicht aus. Internet gibt es nicht, nicht einmal Ausweise für Bibliotheken. Deutschkurse sind ehemals Mangelware. „Weil wir viele Probleme haben, und niemand uns helfen kann, bekommen wir nach und nach psychische Probleme“, schreiben die Minderjährigen des Zwischenlagers in einer Pressemitteilung. Auch das Jugendamt schlägt



Caspar Schmidt
ist freier Journalist
und Intellektueller
aus München

¹ Adolf Hitler ist beispielsweise immer noch Ehrenbürger Trostbergs, die Ehrenbürgerschaft wurde ihm nie for-

Alarm: Die Erfüllung der „Kernaufgaben“ des Amtes sei kaum mehr möglich.

Am Samstag, den 7. Januar 2012, treten zirka dreißig minderjährige Flüchtlinge der Bayernkaserne in den Hungerstreik. Pfarrer Herden taucht als Verantwortlicher der Inneren Mission auf. Aktivistinnen der Organisation Jugendliche ohne Grenzen beschreiben Herden als verständnisvoll, auf eine unglaubliche Art und Weise. Die Nervosität ist ihm deutlich anzumerken, so eine Aktivistin: „Der Arsch geht ihm offenbar auf Grundeis.“ Vor der Presse spielt Herden den Fall herunter. Der Zustand in der Bayernkaserne sei gewiss „nicht ideal“, es gehe schon „eng zu“, aber von einer Katastrophe könne keine Rede sein, so Herden. Außerdem befände sich seines Wissens nur ein junger Afghane im Hungerstreik, zirka 15 Landsleute hätten lediglich ihre Hausausweise abgegeben, wodurch der Erhalt von Essenspaketen unmöglich ist. Man werde sich alsbald zusammensetzen, um über „ihre Probleme“ zu sprechen, kündigt Herden an.

Der blonde Engel in der Krise

Am Dienstag, den 10. Januar, findet das angekündigte Gespräch der Flüchtlinge mit der Inneren Mission, dem Jugendamt und der Vertretung der Regierung von Oberbayern statt. Herden erklärt hierzu verbiologisiert: „Die Jugendlichen fühlen sich wie Bäume, deren Wurzeln ausgerissen worden sind und nun keine Chance bekommen, neu anzuwachsen“, berichtet der *Evangelische Pressedienst*. Direkt nach dem erwartungsgemäß erfolglosen Zusammensitzen schließen sich dreißig weitere Flüchtlinge dem Hungerstreik an. Herden versucht laut Angaben von Aktivistinnen der Jugendlichen ohne Grenzen, einzelne Akteure unter Druck zu setzen, nimmt sich Sprecher der Afghanen zur Seite und suggeriert, es sei allein ihre Schuld, wenn jemand stirbt.

Am Mittwoch, den 11. Januar, lässt die Regierung von Oberbayern auf ärztlichen Rat hin etwa zwanzig Hungerstreikende in ein Krankenhaus einweisen. Diese waren dazu übergegangen, weder Nahrung noch Flüssigkeit zu sich zu nehmen. Herden übernimmt die Pressearbeit und weiß just von „einigen Flüchtlingen“ zu berichten, die schon wieder Nahrung zu sich nehmen würden. Und fast alle Jugendlichen seien bereits aus dem Krankenhaus entlassen worden,

beschwichtigt er. Der Presse und Unterstützerorganisationen wird der Zugang zu den Flüchtlingen verweigert, ihnen selbst das Verbot auferlegt, mit Pressevertretungen zu sprechen. Indes versucht der Ausländerbeirat München den minderjährigen Flüchtlingen einen offiziellen Besuch abzustatten. Doch der Zutritt zur Bayernkaserne wird auch nach mehreren schriftlichen Anfragen abgelehnt. Zur Begründung führt die Regierung von Oberbayern die Einschätzung der Inneren Mission München an, wonach die Jugendlichen „vor allem der Ruhe bedürfen“, was mit ihrer Forderung nach mehr Ruhe in der Bayernkaserne korrespondiere.

Sabotage des Protests

Hungerstreikenden, die diesen schmerzhaften Weg allgemein der Aufmerksamkeit und nicht der Ruhe wegen beschreiten, also um auf ein unerträgliches Anliegen aufmerksam zu machen, den Kontakt zu Presse und Unterstützenden aus Gründen ihrer eigenen „Ruhe“ zu verweigern, ist nicht einmal ein gelungener Bauerntrick. Die Begründung, die keine ist, ist Ausdruck der Chuzpe, die bayerische Provinzfürsten seit jeher an den Tag legen, um Untergebenen ihre Allmacht unter die Nase zu reiben. Der *Evangelische Pressedienst* vermeldete zeitgleich, die Proteste der Flüchtlinge seien „kontraproduktiv“. Eine Meldung, der man sich offensichtlich heute nicht mehr zu rühmen scheint und die auf der Webseite nicht mehr abrufbar ist. Erhalten bleibt der Nachwelt allerdings eine peinliche Spur des blonden Engels in der Münchner Migrationsgeschichte, ein Interview, das am Tag der anstehenden Verhandlungen am Montag, den 16. Januar, erschien. Das Interview mit der Überschrift „Hungerstreik ist nicht das richtige Mittel“ pflanzte in der *Süddeutschen Zeitung* auf einer Seite zwischen den Nachrichten „Die letzte Nacht im Rausch“, „Küchenhelfer rammt Polizeiauto“ und einer Eigenwerbung der *Süddeutschen* mit dem Titel (Achtung!): „Große Abenteuer für kleine Racker.“

Herden meint in diesem Interview, der Protest der Somalis im November sei noch akzeptabel gewesen, die aktuellen Forderungen der minderjährigen Flüchtlinge empfinde er allerdings jetzt als „sehr unspezifisch“. Am Streik habe er auch zu kritisieren: „Wenn Gandhi in den Hungerstreik tritt, weiß er, was er tut“. Und schlussendlich redet er Tacheles: „Durch den Umstand, dass die Betreuungsstellen in der Bayernkaserne zu hundert Prozent von der Landesregierung refinanziert werden, bin ich hier loyal und weisungsgebunden. Ich handele im Auftrag der Regierung von Oberbayern [...]“. Was ist aus dem Her-



Ein Engel für Christine:
Sorgt für gute Stimmung bei der Regierung von Oberbayern

den geworden, dem Pfarrer reinsten Geblüts, der sich der Trostberger Legende nach ausbuchstabiert: „[Herden] eindeutig auf die Seite derer, die zum Leben zu wenig haben“?

Wieder Ruhe im Wald

Am Abend des 16. Januar wird eine Delegation der minderjährigen Flüchtlinge in einem fünfstündigen Treffen mit Vertretungen des Sozial- und Kultusministeriums, des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, des Jugendamts, der Regierung von Oberbayern sowie der Inneren Mission dann endgültig rund gemacht. Sie beenden ihren Hungerstreik aufgrund von Zugeständnissen, die größtenteils schon vor den Protesten in Planung waren, oder aufgrund des Versprechens, Tatbestände zu beseitigen, die ehemals als Rechtsbrüche angesehen werden könnten. Viele zentrale Forderungen der Jugendlichen bleiben unerfüllt. Am 7. März, eine Woche vor dem verabredeten ersten Runden Tisch in der Bayernkaserne, überlebt ein afghanischer Flüchtling, der an dem Treffen mitwirken sollte, nur knapp einen Selbstmordversuch. Beim Runden Tisch selbst beklagen die Flüchtlinge abermals die katastrophalen Zustände. Nur wenig ist bis dahin geschehen. Das Betreuungspersonal wurde aufgestockt, aber nachts sind die Jugendlichen immer noch sich selbst überlassen. Mehr Vormünder nehmen sich nun ihrer „Mündel“ an, aber ihre Verfügbarkeit kommt nach wie vor einer höfischen Audienz gleich. Das Jugendamt stellt indes im Gespräch klar, dass die „Zeiten des Wunschkonzerts“ nun vorbei seien. Pfarrer Herden schließt die Sitzung mit dem Hinweis, dass Gespräche das einzig effektive Instrument seien: „Worte helfen, Fäuste und Messer nicht“, so Herden.

Die Täter-Opfer-Umkehr des Pfarrers Herden, der sich seiner Charaktermaske der Regierung von Oberbayern nicht schämt, und deren Zermürbungsstrategie er mit frommen Sprüchen garniert, ist eine weitere Pointe. So als ob die Phalanx aus Kirche und Staat von den Jugendlichen mit Fäusten und Messern angegriffen worden sei und nicht umgekehrt, die Flüchtlinge mit Psychoterror, Stahlbeton, Enge, Mangelernährung, Security und im Widerstandsfall mit konkreter Polizeigewalt eine permanente und manifest gewalttätige Zurichtung erfahren würden. Selbst ihre Stimmen wurden ihnen während des Hungerstreiks abgeschnürt. Die Mutter-Vater-Figur Herden übernahm für sie das Sprechen, mit irrwitzigen Gleichnissen von entwurzelten Bäumen. Jetzt ist wieder Ruhe im Wald. Das Leben in der Bayernkaserne ist so trist wie zuvor. Wer solche Fürsprecher hat, braucht keine Feinde mehr.<

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BAYERN KURT EISNER VEREIN

- organisiert politische Bildung und verbreitet Kenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge;
- ist ein Ort kritischer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus;
- fördert die Diskussion über demokratische und sozialistische Alternativen;
- ist ein Forum für einen Dialog zwischen Parteien und sozialen Bewegungen;
- gibt Impulse für politische Aktivität und unterstützt das Engagement für Frieden, soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander

KONTAKT
Westendstraße 19,
80339 München
Telefon: 089 51996353
www.bayern.rosalux.de



All exclusive

Für Hannah Arendts Politische Theorie und Gegenwartsdiagnose hat die Figur des staatenlosen Flüchtlings eine elementare Bedeutung. Als sie ihre Analyse in den 1940ern formulierte, hatte sie die Millionen von Staatenlosen vor Augen, die durch die Gründungen neuer Nationalstaaten nach dem Ersten Weltkrieg die europäische Bühne betraten. Weil Tat und Verantwortung voneinander getrennt werden, zeichnen sich für Arendt Staatenlose durch eine „unmenschliche Unschuld“ aus. Den Skandal dieser Unschuld konstatiert Arendt ebenso für die totale Herrschaft. Von Julia Schulze Wessel

Wer die unsicheren und lebensbedrohlichen Situationen der heutigen Flüchtlinge beschreiben möchte, greift oftmals auf Hannah Arendt zurück. Das ist naheliegend, denn sie ist die erste und bis heute noch zentrale Denkerin, die einen ersten systematischen, an den Kategorien der Politischen Theorie geschulten Zugriff auf das moderne Phänomen des staatenlosen Flüchtlings vorgelegt hat. Ihre eindrücklichen Kapitel über die Aporie der Menschenrechte und die Situation der Staatenlosen in der Zwischenkriegszeit und während der Zeit des Zweiten Weltkrieges sind einzigartig in der gesamten Politischen Theorie. Ihre Essays über die Flüchtlinge sind von einer melancholischen Klarheit getragen, die bis heute unübertroffen scheint. Die Tatsache, dass Hunderttausende von Menschen und Menschengruppen durch Krieg und Neuordnung der Nationen ihre Menschenrechte verlieren und so aus der Menschheit selbst herausgeschleudert werden können, „wird von ihr als Skandalon der Moderne herausgestrichen“¹. Auf ihre Auseinandersetzung wird in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen immer wieder verwiesen, wenn es um das ungelöste Thema der staatenlosen Flüchtlinge geht – von den Historikern Michael Robert Marrus und Dan Diner, über die PolitikwissenschaftlerInnen Michael Th. Greven und Seyla Benhabib bis hin zu den Philosophen Giorgio Agamben, Jürgen Habermas, Jaques Derrida und Etienne Balibar, der die „Hellsichtigkeit ihrer Voraussagen“ hervorhebt. Greven bescheinigt der Analyse Arendts „provozierende[...] Aktualität“ hinsichtlich des Zusam-

menlebens von Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft, und stellt im Anschluss an Arendt fest, dass der Flüchtling zu einem „politischen Schlüsselbegriff der Epoche“ geworden ist.

Vom Nationalstaat in die Heimatlosigkeit

Als Hannah Arendt in den 1940er Jahren über die Situation der Flüchtlinge schreibt, hat sie die Millionen von Staatenlosen und Flüchtlingen vor Augen, die durch die Gründungen neuer Nationalstaaten nach dem Ersten Weltkrieg die europäische Bühne betraten. Sie waren Opfer eines ethnischen Nationalstaatsverständnisses, das die Verbindung zwischen Geburt und Mitgliedschaft zum Strukturmerkmal der neuen Ordnungen machten. Diesen Versuch, Nationalstaaten auf Territorien „mit ihren gemischten Bevölkerungen nach dem Modell des westlichen Nationalstaates zu reorganisieren“, bezeichnete Arendt bereits 1945 als „unverkennbare[n] Fehlschlag“. Denn nirgendwo in den neu zu gründenden Ordnungen gab es ein „Volk“, das einen Anspruch auf ein spezifisches Territorium hätte geltend machen können. Durch den Entzug der Staatsbürgerschaft wurden in diesen Staaten ehemalige Mitglieder zu Staatenlosen und damit gleichzeitig zu Flüchtlingen. Eine Unterscheidung zwischen beiden hat Arendt nicht vorgenommen, weil der Verlust der Staatsbürgerschaft gleichzusetzen war mit Flucht.

Der Volksbegriff, der die unmittelbare Verbindung zwischen Geburt und Zugehörigkeit herstellte, war von vornherein exklusiv angelegt und ließ kaum

Für Arendt brachte der Ausstoß aus der nationalstaatlichen Gemeinschaft eine historisch bis dahin ungekannte Form des Ausschlusses hervor

¹ Hartung, Gerald, „Das Lager als Matrix der Moderne. Kritische Reflexionen zum biopolitischen Paradigma“, in: Schwarte, Ludger (Hg.), *Auszug aus dem Lager. Zur Überwindung des modernen Raumparadigmas in der politischen Philosophie*, Bielefeld 2007, S. 96-109, hier: S. 103.

Möglichkeiten zu, auf einem anderen Weg als durch die Geburt zum vollwertigen Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Die Anderen, diejenigen, die einem anderen „Volk“ angehörten, wurden zunächst als Minderheiten gekennzeichnet und später durch den Entzug der Staatsbürgerschaft staatenlos und damit zu Flüchtlingen gemacht. Die neu etablierten Nationalstaaten entzogen somit aktiv ehemaligen Mitgliedern den rechtlichen Status und zwangen sie damit in eine vollkommen rechtlose Position. Für Arendt brachte der Ausstoß aus der nationalstaatlichen Gemeinschaft eine historisch bis dahin ungekannte Form des Ausschlusses hervor. Denn mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft fand sich niemand mehr, kein Staat, keine Gruppe, kein Recht, keine supranationale Organisation, die den Flüchtlingen Schutz und eine Bleibe hätten bieten können. Flüchtlinge, und das ist für Arendt das elementare Kennzeichen dieser Gruppe, waren durch den Verlust der Staatsbürgerschaft in eine aussichtslose Rechtlosigkeit geworfen. Diese Rechtlosigkeit machte die Trennung zwischen Staatsbürgerinnen und -bürgern und Staatenlosen unaufhebbar und die Flüchtlinge zu „Heimatlosen“ im umfassenden Sinne.

Ausschluss aus der Menschheit

Mit der Figur des Flüchtlings beschreibt Arendt eine Figur, die ganz auf sich selbst zurückgeworfen ist und das in einer Radikalität, wie sie die Geschichte bislang nicht gekannt hat. Insofern steht sie im fundamentalen Gegensatz zum Staatsbürger beziehungsweise zur Staatsbürgerin, die immer eine Gemeinschaft voraussetzten. Der staatenlose Flüchtling hat jegliche Bezüge zur Gemeinschaft verloren. Denn er steht außerhalb des Rechts, des modernen Integrationsmediums. Recht ist bei Arendt als Beziehungsbezug konzipiert. Das Recht strukturiert die Beziehung zwischen Ordnung und Individuum ebenso, wie Rechte den Zwischenraum der Menschen sichern, den Raum, der in Arendts Sinne weltbildend ist. Recht macht somit den Bezug unter den Menschen überhaupt erst möglich. Insofern stehen rechtlos gewordene Flüchtlinge „außerhalb der Menschheit“. Das Leben des staatenlosen Flüchtlings ist isoliertes, aus der Welt geworfenes Leben, ohne Funktion, ohne Nutzen, ohne Beziehung, kurz: ein überflüssig gemachtes Leben, ein Leben der totalen Exklusion, das keine Verbindung mehr zur ausschließenden Gemeinschaft hat. Die Staatenlosen werden von Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*

***Der staatenlose Flüchtling
hat keinen anderen „Fehler“
gemacht, als in das falsche
„Volk“ geboren zu werden***

mit Begriffen wie „Weltlosigkeit“, „stumme Individualität“, „lebende Leichname“, oder der „Nacktheit ihres Nichts-als-Menschseins“ belegt. Diese Begriffe zeigen nichts anderes, als dass ein Mensch, der aus jedem Bezugssystem, aus jeder menschlichen Gemeinschaft ausgeschlossen ist, das für sie spezifisch Menschliche einbüßt. Er hat jegliche Bedeutung, jegliche Funktion für die Gemeinschaft

verloren. Diese Funktionslosigkeit des Flüchtlings begründet für Arendt damit eine vollkommen neue Figur in der menschlichen Geschichte.

Absolute Unschuld

Neu an den staatenlosen Flüchtlingen ist für Arendt ebenso ihre absolute Unschuld. Denn ihnen wird die Mitgliedschaft nicht entzogen und daraufhin permanent verweigert, weil sie gegen Recht und Gesetz verstoßen hätten, politisch missliebige Figuren wären oder herrschaftsbedrohend agiert hätten. Der Flüchtling hat keinen anderen „Fehler“ gemacht, als in das falsche „Volk“ geboren zu werden. Er ist aus der politisch-rechtlich verfassten Gemeinschaft unschuldig herausgeschleudert und kann sich nicht neu integrieren, es sei denn, er begeht tatsächlich ein Verbrechen. Damit verweist der Flüchtling bei Arendt auf die Umkehrung des Rechtssystems, denn der Rechtslose wird erst dann wieder zum Rechtssubjekt, wenn er aktiv gegen Recht und Gesetz verstößt: Erst dann ist er „plötzlich im Genuß aller bürgerlichen Rechte, nur weil er sich endlich wirklich etwas hat zuschulden kommen lassen“. Insofern wirkt Rechtlosigkeit auch destruktiv auf die Ordnung zurück.

Die subjektive Unschuld macht Arendt zu dem entscheidenden Kennzeichen des modernen Flüchtlings. Wie kein anderer Begriff kündigt sie den Bruch mit der Vorgeschichte, mit allen anderen Wanderungsgeschichten an. Die Unschuld der Flüchtlinge gilt ihr als Zäsur ihrer Geschichte: „Mit uns [Flüchtlingen, d. Verf.] hat sich die Bedeutung des Begriffs ‚Flüchtling‘ gewandelt“, so Arendt in ihrem Essay „Wir Flüchtlinge“ von 1943. Den historischen Wendepunkt macht Arendt daran fest, dass es zwischen Tat/Vergehen (Geburt/Unschuld) und Strafe (Rechtlosigkeit) keinerlei Verbindungen gibt. Arendt zeigt anhand der Staatenlosen auf, dass sowohl Rechtsbedingung/Delikt als auch Rechtsfolge/Strafe in keinem geordneten Verhältnis mehr stehen. Denn die Rechtsbedingung, die Tat, ist im Falle der Staatenlosen nicht



Nicht im Bild:
Hannah Arendts geschätztes Glas Whiskey

gegeben. Denn sie sind aufgrund äußerer Umstände in eine Situation geraten, zu der sie selbst nichts beigetragen haben. Auf Unschuld folgt die höchste Strafe in Form der Rechtlosigkeit. Und damit ist der „moderne Flüchtling [...] das, was ein Flüchtling seinem Wesen nach niemals sein darf: er ist unschuldig selbst im Sinne der ihn verfolgenden Mächte.“ Auch dieses grundlegende Merkmal des Flüchtlings verweist auf die Exklusion als ein Ausschluss aus den grundlegenden Bezugskategorien moderner Ordnung. Da die Strafe keinem Verbrechen folgt, sprengt die Rechtlosigkeit des staatenlosen Flüchtlings „die *Grammatik des Rechtssatzes*². Er fällt aus allen politischen und rechtlichen Kategorien heraus und steht auch deshalb gänzlich außerhalb der menschlichen Gemeinschaft. Mit diesem Durchbrechen von Schuld und Strafe siedelt Arendt den staatenlosen Flüchtling in einem absoluten Außerhalb jeglicher Beziehungen an; der Flüchtling, so schreibt Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, ist „nicht mehr in der Menschenwelt zu Hause“.

**Arendt siedelt den staatenlosen
Flüchtling in einem absoluten
Außerhalb jeglicher
Beziehungen an**

Trennung von Tat und Verantwortung

Diese Unschuld, auf welche ohne jeden inneren Zusammenhang die Strafe folgte, das Individuum von der Möglichkeit der Vergemeinschaftung zu trennen und damit zu exkludieren, zeigt die nahe Verwandtschaft zwischen der Welt des staatenlosen Flüchtlings und der Welt der totalen Herrschaft auf. Ganz in diesem Sinne spricht Arendt auch davon, dass das „Phänomen der Staatenlosigkeit“ der Welt der totalen Herrschaft verwandt sei. Den Skandal dieser Unschuld, die sie als „unmenschlich“ bezeichnet, weil Tat und Verantwortung voneinander getrennt werden, konstatiert Arendt ebenso für die totale Herrschaft. Sowie die Staatenlosen nichts verbrochen haben, um aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden, so zeigt Arendt für die totale Herrschaft die Schritte zur totalen Entrechtlichung und Entmenschlichung auf, die mit der „Tötung der juristischen Person“, als unabdingbare Voraussetzung für die Vernichtung und Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden beginnt. Vor diesem Hintergrund werden auch die radikalen Konsequenzen der Einschätzung Arendts deutlich, wie aussichtslos die Situation der staatenlosen Flüchtlinge in der Zeit zwischen den Weltkriegen und während des Zweiten Weltkrieges war: „[W]er immer einmal die Rechte, die in der Staatsbürgerschaft garantiert waren, verloren hatte,

blieb rechtlos“, konstatiert Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. „Nichts, was seit dem ersten Weltkrieg sich wirklich ereignete, konnte wieder repariert werden, und kein Unheil [...] konnte verhindert werden. Jedes Ereignis hatte die Qualität einer Katastrophe, und jede Katastrophe war endgültig.“

Die Exklusion war damit für Arendt nicht aufzuheben, es gab keinen Verhandlungsspielraum zwischen Flüchtling und Ord-

nung, die Möglichkeiten der (Wieder- oder Neu-)Aufnahme waren verschlossen. Insofern war auch der Ort unwichtig, an dem sich der staatenlose Flüchtling befand. Egal, welches europäische Land er erreichte, der Rechtlosigkeit und damit der Exklusion entkam er nicht. Insofern waren für den staatenlosen Flüchtling, so wie Arendt ihn beschrieb, die Grenzen der Territorien irrelevant. Sie waren lediglich für diejenigen wichtig, die sich innerhalb der Rechtsgemeinschaft befanden, denn sie bedeuteten für sie, unter dem Schutz des Staates zu stehen.

Menschenrechte als Bürgerrechte

Im Angesicht der fatalen Situation setzt Arendts radikale Kritik an der paradoxen Grundstruktur der Menschenrechte ein. Eine Paradoxie liegt für Arendt darin begründet, dass ein als universell deklariertes Recht von einer partikularen Mitgliedschaft abhing. Von ihrem Begriff und ihrer Begründung her gelten die Menschenrechte für alle Menschen gleichermaßen. Sie behaupten, vor jeder Politik zu sein, dem Menschen der Verfügung entzogen, weil sie durch eine transzendente Quelle, durch Gott, durch Vernunft oder Natur, legitimiert sind. Ihre reale Durchsetzung, so zeigt sich jedoch mit den Staatenlosen, bleibt von einer konkreten Gemeinschaft abhängig.

Die Menschenrechte gingen damit den Staatsbürgerrechten nicht voran, sondern waren ihnen nachgeordnet. In den Genuss der Menschenrechte kamen demzufolge nur diejenigen, die bereits Staatsbürger beziehungsweise -bürgerinnen einer partikularen Gemeinschaft waren. Der in den Menschenrechten bezeichnete Mensch, das zeigten die Staatenlosen, war immer als Mitglied eines bestimmten „Volkes“ gedacht. Vom Begriff her rechnen die Menschenrechte zwar mit einem allgemeinen, abstrakten Menschen, als Rechtssubjekt anerkannt jedoch war dieser real nur in dem konkreten Begriff des Bürgers. Diese Abhängigkeit der Gewährung der Menschen-

² Volk, Christian, *Die Ordnung der Freiheit. Recht und Politik im Denken Hannah Arendts*, Baden-Baden 2010, S. 53. Kursiv im Original.

Julia Schulze Wessel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte der TU Dresden. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politische Theorie des Flüchtlings, Antisemitismustheorien und Demokratietheorien

rechte von der Mitgliedschaft in einer rechtlich verfassten Gemeinschaft, offenbart für Arendt die grundlegende Aporie der Menschenrechte. Solange die Menschenrechte unmittelbar an die Bürgerrechte gebunden und alle als Bürgerinnen und Bürger in ihnen anerkannt waren, war die ihnen innewohnende Aporie verborgen. Erst die Krise offenbart die ihnen zugrundeliegende Struktur: Denn die Menschenrechte versagen ausgerechnet an der Figur, die als ihr eigentlicher Grund gilt. Sie versagen an denjenigen, die nichts weiter haben als die „abstrakte Nacktheit ihres Nichts-als-Menschseins“. Der Mensch als ein aus allen Bezügen losgelöstes Wesen, so zeigt Arendt an den Staatenlosen, steht paradoxerweise außerhalb der Menschenrechte, in denen er sich doch wie in keiner anderen Figur repräsentieren sollte. Das Zusammenfallen von Menschen- und Bürgerrechten mit der Nation als Garanten der Anerkennung der Menschen als Rechtssubjekte erwies sich damit solange als unproblematisch, solange die Einwohnerinnen und Einwohner eines Staates Bürgerinnen und Bürger waren – und eben keine „nackten Menschen“.

Der „nackte Mensch“ als Voraussetzung der Menschenrechte

Arendt macht damit auf die Paradoxie aufmerksam, dass das „nackte Nichts-als-Menschsein“ nicht die Rechte aktualisiert, die für *den Menschen* eingerichtet worden waren, sondern genau das Gegenteil passiert: dass man als „nackter Mensch“ nicht mehr als Gleicher anerkannt wird. Der Verlust der Menschenrechte war gleichbedeutend mit dem Ausschluss aus dem reziproken Anerkennungs- und Verpflichtungsverhältnis sowohl zwischen Ordnung und Flüchtling als auch unter den Menschen. Denn für Arendt ermöglicht erst das moderne Recht das ebenbürtige In-Beziehung-Treten zum Anderen. Der Verlust kennzeichnet dagegen den radikalen Ausschluss.

Hier setzt wohl Arendts radikalste Kritik der Menschenrechte ein, die implizit einen Fundamentalangriff auf liberale Grundüberzeugungen darstellt. Ähnlich wie Karl Marx in seinem Beitrag „Zur Judenfrage“ konstatiert hat, gründen die Menschenrechte nach Arendt auf einem Menschenbild, das von einer exklusiven, vereinzelter Situation her gedacht ist. Das Problem der Menschenrechte beschreibt Arendt im Kern als ein Recht, das mit einem Menschen rechnet, der von allen menschlichen Bezügen verlassen ist, einem isolierten Menschen, der keiner Gemeinschaft

Die Menschenrechte rechneten mit einem Menschen, den es für Arendt, politisch gesprochen, in dieser Vereinzelung gar nicht geben sollte

zugehört. Sie setzten von ihrem Begriff her *den Menschen* voraus, und greifen, so Arendt, unbemerkt auf die Existenz eines „nackten Menschen“ zurück, einen „Menschen überhaupt“, einen Menschen, der

nichts weiter ist als ein Mensch, vor jeder gesellschaftlichen Zugehörigkeit.

Die Menschenrechte rechneten also mit einem Menschen, den es für Arendt, politisch gesprochen, in dieser Vereinzelung gar nicht geben sollte und in dieser Abstraktion auf der Welt auch gar nicht anzutreffen sei, „denn selbst die Wilden [leben] in irgendeiner Form menschlicher Gemeinschaft“. Menschen, so ihre politische Grundüberzeugung, gebe es nur als Aufeinander-Bezogene und nur im Plural – dafür steht ihre gesamte Politische Theorie.

Arendt heute?

Die Parallelen zwischen Arendt und der heutigen Zeit werden vor allem für die undokumentierte Migration stark gemacht. Allerdings hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein umfassender Rechtsschutz für Flüchtlinge etabliert, was die Parallelen zunächst unplausibel erscheinen lässt. Auch werden in demokratischen Rechtsstaaten keine Bürgerschaftsrechte mehr entzogen. Darüber hinaus bringen die europäischen Staaten in der Regel die Flüchtlinge nicht mehr aus ihren eigenen Bevölkerungen hervor, sie kommen heute im Wesentlichen von außen. Deswegen hat sich der Ort der Auseinandersetzung verschoben. Er findet nicht mehr auf dem Territorium statt, sondern an seinen Grenzen.

Anders als bei Arendt kann hier nicht mehr von einem Totalausschluss die Rede sein, sondern die Flüchtlinge heute stehen im ständigen Konflikt um Einschluss und Ausschluss mit den potentiellen Zielländern. Der zentrale Ort ist die Grenze, die durchaus unabhängig von der territorialen Grenze gedacht werden kann. Denn Kontrollen, die als zentrales Kennzeichen von Grenzen bezeichnet werden können, finden heute vermehrt jenseits des jeweiligen Territoriums statt. Die sogenannte Politik der Externalisierung führt allerdings dazu – und hier nähern wir uns offenbar Hannah Arendt wieder an –, dass das Rechtssystem der Demokratien und der Flüchtlinge immer weiter voneinander getrennt werden. Anders jedoch als Arendt müsste man dann nicht mehr vom Rechtsentzug sprechen, sondern vom Rechtsvorenthalt.<

Literatur:

- Arendt, Hannah, „Antisemitismus und faschistische Internationale“, in: dies., *Nach Auschwitz*, Hg. von Eike Geisel, Berlin 1989, S. 31-48
- Dies., *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totale Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1991.
- Dies., *Nationalstaat und Demokratie* (1963) in: URL (10.2.2012): <http://hannaharendt.net/documents/nationalstaatII.html>.
- Dies., *Verborgene Tradition. Acht Essays*, Frankfurt a. M. 1976.
- Dies., „Wir Flüchtlinge (1943)“, in: dies., *Zur Zeit. Politische Essays*, aus dem Amerikanischen von Eike Geisel, Berlin 1986, S. 7-21.
- Klepp, Silja, *Europa zwischen Grenzkontrolle und Flüchtlingsschutz. Eine Ethnographie der Seegrenze auf dem Mittelmeer*, Bielefeld 2011.
- Schulze Wessel, Julia, „Grenzfiguren. Über Staatenlosigkeit, undokumentierte Migration und die Permanenz der Grenze“, in: *Zeitschrift für Politische Theorie*, Jg. 3 (2012), H. 2 (i. V.)



An das Hinterland Magazin einen ganz herzlichen Glückwunsch von REFUGIO.

Ihr leistet einen wichtigen, kämpferischen und streitbaren Beitrag für die Arbeit mit Flüchtlingen und seid eine große Bereicherung für uns. Die Themen gehen leider nicht aus, und es ist gut, dass Ihr sie aufgreift.

Auch für die kommenden Jahre wünschen wir Euch viele Leser und ganz viel Einfluss auf die politischen Entscheidungen!

Das REFUGIO Team



REFUGIO München

Beratungs- und
Behandlungszentrum für
Flüchtlinge und Folteropfer
Rosenheimerstr. 38
81669 München
www.refugio-muenchen.de

Reisen zu den Roma

Eine Rezension von Matthias Weinzierl



Alain Keler,
Emmanuel Guibert,
Frédéric Lemerrier:
Reisen zu den Roma.
Edition Moderne.
Zürich 2012.
88 Seiten. 25 Euro.

Matthias Weinzierl
ist freier Grafiker
und arbeitet beim
Bayerischen
Flüchtlingsrat

Der Fotograf Alain Keler macht sich in seinem alten Skoda von Paris aus auf den Weg und reist zu Roma in ganz Europa. Er besucht die Menschen in Flüchtlingslagern und Elendsvierteln im Kosovo, in Roma-Ghettos in Italien und Serbien; er dokumentiert Anschläge und beobachtet rechte Aufmärsche in Tschechien, porträtiert das prekäre Leben der Bewohnerinnen und Bewohner eines kleinen slowakischen Dorfes und schildert am Ende, wie er die Räumung eines Lagers in Frankreich miterlebt.

Dabei vertraut er auf die bewährte Zusammenarbeit mit Emmanuel Guibert, dem Comiczeichner, der die Fotos und Texte mit seinen Zeichnungen ergänzt, und Frédéric Lemerrier, dem Gestalter, der wiederum das Ganze gekonnt in Szene und Farbe setzt. Diese Mischung aus Fotografie, Reisenotizen und Comicelementen ermöglicht eine differenzierte Erzählweise, die permanent auch die Rolle des Fotografen, als die eines fremden Eindringlings, einbezieht und reflektiert.

Das Ergebnis ist eine ziemlich umfassende Bestandsaufnahme der Lebensverhältnisse von Roma in Europa. Auch wenn sich deren Situation in den jeweiligen Ländern unterscheidet, vermittelt das Trio Keler, Guibert und Lemerrier erfolgreich ihre Gemeinsamkeiten und zudem eine vage Vorstellung vom Elend und der Aussichtslosigkeit der europäischen Roma.

Dabei kommt keine Romantik auf und es werden auch keine geheimen Einblicke in das Innenleben der Roma-Communities gegeben. Auch wenn Alain Keler ganz offensichtlich in den Roma Europas sein Thema gefunden hat, tritt er nicht als Experte auf, sondern ist und bleibt ein halbwegs distanzierter Beobachter und Berichterstatter – manchmal bis zur Schmerzgrenze. Besonders als er gemeinsam mit Kollegen die Räumung eines Roma Lagers dokumentiert und dazu mehrere Tage auf das Eintreffen der Bagger und Polizeikräfte wartet, sehnt man sich förmlich nach einer aktivistischen Intervention an Stelle der chronis-

tischen Begleitung. Doch Keler ist kein Eingreifender, kein Helfer, sondern lediglich Fotograf und Chronist der Katastrophe.

Nähe kommt trotz aller Distanz auf. Besonders dann, wenn Keler seine Vertrauten porträtiert, also jene Persönlichkeiten, die sich für die Rechte der Roma stark machen und die ihm den Kontakt und den Zugang zu Roma-Communities ermöglichen. Da ist zum Beispiel Nada, eine geduldige Sozialarbeiterin, selbst Romni, die ausgestattet mit Heft, Stift und Handy im Auftrag unterschiedlicher NGO tagtäglich versucht, Roma-Kindern und deren Eltern das Misstrauen zu nehmen und sie zum Schulbesuch zu bewegen. Oder der Musiker Ivan Akimov, der in der Slowakei gemeinsam mit anderen Roma ein großes Musikfestival organisiert. Und Milan, der inoffizielle Chef eines kleinen 800-Seelen Roma-Dorfes am Rande des Nationalparks „Slowakisches Paradies“, gegen dessen Abriss er kämpft. Fast schon zärtlich beschreibt er diese Menschen und artikuliert seinen Respekt für ihre oft aussichtslosen Bemühungen und Kämpfe.

Wie Roma tagtäglich Antiziganismus ausgesetzt sind, zeigt sich auch in der Schilderung kleiner Begebenheiten. Wie zum Beispiel die, als Keler besagten Milan in ein Restaurant zum Essen einladen möchte. Dort wird dieser jedoch – ganz selbstverständlich – nicht bedient, weil er Roma ist. Keler nimmt das hin und eine beklemmende Sprachlosigkeit bleibt.

Besonders diese Randnotizen machen die Stärke des Albums aus, weil sie sich nicht nur in Ghettos und Lagern abspielen, sondern auch die Beziehungen zwischen den Roma und der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung sowie den Autoren offenlegen. Die wiederholt eingebrachten Verweise und Vergleiche mit Alain Kelers eigener Familiengeschichte hingegen wirken etwas bemüht und nicht immer passend. <

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages
Edition der Moderne drucken wir auf den folgenden
Seiten einen Ausschnitt aus „Reisen zu den Roma“ ab.

MILAN IST ES NICHT GEWÖHNT, ZUM ESSEN INS RESTAURANT EINGELADEN ZU WERDEN. EIN GUTER GRUND, ES ZU TUN. SEINE FRAU MÖCHTE NICHT MITKOMMEN.



BEI EINER DIESER GELEGENHEITEN ERLEBEN WIR EINE PEINLICHE SITUATION. DIE KELLNERIN KOMMT MIT ZWEI SPEISEKARTEN. SIE REICHT SIE LENKA UND MIR UND FRAGT, OHNE MILAN ANZUSEHEN:

UND DER?
ISST DER
AUCH MIT?



WIE GRAUSAM IST DIESE GESTE DER DISKRIMINIERUNG. MILAN VERZIEHT KEINE MIENE, ABER MICH MACHT DAS KRANK.

HALB SO WILD. LASSEN SIE, ICH BIN DAS GEWÖHNT. ICH WILL KEINEN STREIT!



UNTER DEN KOMMUNISTEN MUSSTEN ALLE ARBEITEN. DIE ROMA VERDIENTEN SEHR WENIG. OFT VERRICHTETEN SIE DIE HÄRTESTEN JOBS, IN DEN GRÜBEN UND DEN FABRIKEN. DAS WAR WICHTIG UND MAN WURDE VOM REGIME ANERKANNT. WIR WAREN HELDEN DER ARBEIT, BEKAMEN ORDEN, WURDEN BESSER BEHANDELT.

DAS RESTAURANT SIEHT UNS NICHT WIEDER. SCHADE EIGENTLICH, DIE HATTEN INTERNET.



HEUTE KANN UNS NUR DIE MAFIA ARBEIT BESORGEN. DIE MAFIOSI KOMMEN VON ZEIT ZU ZEIT IN IHREN DICKEN SCHLITTEN VOR-GEFAHREN, UM IN DEN DÖRFERN JUNGE MÄNNER ZU REKRUTIEREN, DIE DANN SCHWARZ IN DER TSCHETSCHISCHEN REPUBLIK AUF DEM BAU ARBEITEN.



DIE TAGE HIER SIND IMMER GLEICH. MEINE ALTEN ZWEIFEL QUÄLEN MICH.
WARUM BIN ICH HIER, WO NICHTS PASSIERT, UND MACHE FOTOS, DIE NIEMANDEN INTERES-
SIEREN?
DIE MOTIVE SIND IMMER DIE GLEICHEN: WASSER HOLEN AM EINZIGEN ZAPFHahn, HOLZ
SCHLAGEN, RADAU UM DEN DORFTROTTEL, HERUMSTREUNENDE HUNDE...
IN DER FERNE DIE TATRA, ODER BEI NEBEL: NICHTS.



DIE EINZIGE ZERSTREUUNG: FUSSBALL, AUF EINER WIESE AUF DER ANDEREN STRASSESENSEITE.



AM MORGEN SPIELEN DIE KLEINEN, AM NACHMITTAG DIE GROSSEN.
SIE HABEN RICHTIGE TORE GEBAUT, STABIL, AUS HOLZ. ICH SCHAU EINE SPIEL AN.
AM NÄCHSTEN TAG WARTET EINE BÖSE ÜBERRASCHUNG: DIE TORE SIND VERSCHWUNDEN.
ABER SIE WERDEN KURZERHAND ERSETZT.

PLÖTZLICH IST DA EIN MANN VON DER GEMEINDE LETANOVCE.
ER IST AUFGEBRACHT, SCHREIT DIE SPIELER AN. DAS GELÄNDE GEHÖRE IHNEN NICHT,
SIE SOLLEN VERSCHWINDEN.

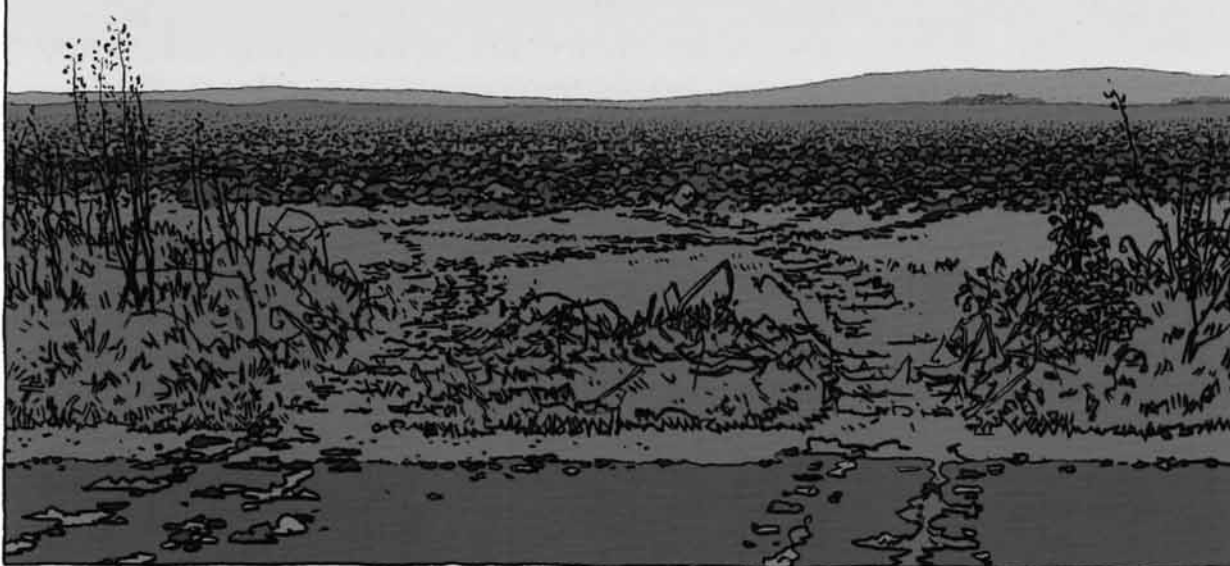


DER MANN FÄHRT WIEDER WEG.



ALS ICH AM NÄCHSTEN MORGEN AM DORF ANKOMME, SIND DIE BULLDOZER SCHON
VERSCHWUNDEN. DER FUSSBALLPLATZ IST UMGEPFLÜGT, UNBESPIELBAR.

ES IST ZUM HEULEN!





Eingetütet:
Romni vor Elendsbehausung im Kosovo

Foto: Stephan Dünwald

Die Diskriminierung des Sündenbocks

Als größte Minderheit Europas erfahren die Roma immer noch Ausgrenzung und Diskriminierung. Antiziganistische Stereotype sind in vielen europäischen Ländern weit verbreitet. Bestrebungen der EU, die Lebensverhältnisse dieser Minorität zu verbessern, werden von nationalen Regierungen oft nicht ernst genommen, denn sie sind rechtlich nicht bindend. Vor allem Deutschland hat bisher noch keine Strategie zur Integration der Roma ausgearbeitet. Mit der EU-Abgeordneten Barbara Lochbihler sprachen Undine Schmidt und Matthias Weinzierl.

Worum was handelt es sich beim Roma-Rahmenwerk der EU?

Das Roma-Rahmenwerk hat eine lange Vorgeschichte. Die EU beschäftigt sich schon lange mit der Integration der Roma. Im Jahr 2005 wurde sogar das „Jahrzehnt

der Integration der Roma“ ausgerufen. Das alleine bewirkte aber wenig. Deshalb forderte das Europäische Parlament die Kommission im Jahr 2008 auf, eine detaillierte Roma-Strategie zu entwickeln. Ein Jahr später wurde die „Europäische Plattform für die Einbezie-

hung der Roma“ gegründet, in der sich EU-Institutionen, nationale Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen auf zehn gemeinsame Grundprinzipien bei der Roma-Integration einigen konnten. 2010 folgte die Gründung einer „Roma-Taskforce“, die

überwachen soll, dass die EU-Gelder im Bereich der Roma-Integration in den Mitgliedstaaten der EU endlich gezielter eingesetzt werden. Da aber trotz all dieser Maßnahmen immer noch zahlreiche Schwierigkeiten bestehen blieben, forderte das Europäische Parlament 2011 erneut die Kommission auf, eine allumfassende Roma-Strategie zu entwickeln, statt einzelne Maßnahmen in einzelnen Bereichen umzusetzen, die letztlich wenig Auswirkung zeigten. Im April 2011 kam die Kommission dem endlich nach und beschloss unter Mitarbeit des Parlaments das Roma-Rahmenwerk. Darin wurden die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, möglichst spezifische nationale Roma-Strategien zu entwickeln, in denen stehen sollte, welches Problem sie attestieren, welche Diskriminierung die Roma erfahren und was sie nun konkret verändern wollen. Die Probleme sind ja in jedem Land der EU unterschiedlich, da ist es sinnvoll, auch in jedem Land anders vorzugehen. Fast alle Länder sind dieser Aufforderung auch gerecht geworden. Eine der wenigen Ausnahmen ist Deutschland, wo die schwarz-gelbe Regierung der Meinung war, eine Strategie sei nicht nötig.

Welchen Lebensbereichen widmet der EU-Rahmen besondere Aufmerksamkeit? Gibt es konkrete Zielvorgaben für die nächsten Jahre oder gar Jahrzehnte?

Die vier Schwerpunkte des EU-Rahmenwerks sind Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnsituation. Das sind ganz grundsätzliche Aspekte. Die Menschenrechtlerin in mir sieht immer wieder, dass die

Roma zwar die größte Minderheit in der EU stellen, aber am meisten Diskriminierung erfahren. Ihnen werden gerade diese vier grundlegenden Menschenrechte – das Recht auf Wohnung, Gesundheit,

Bildung und Arbeit – immer wieder vorenthalten. Die im Rahmenwerk, vor allem aber auch in den

nationalen Strategien dafür vorgegebenen Ziele sollen bis 2020 erfüllt werden. Nun hängt es von der Umsetzung der Strategien ab, ob dies in jedem einzelnen Land auch tatsächlich gelingt.

Waren bei der Erstellung des Rahmenwerks auch Vertreterinnen und Vertreter der Roma beteiligt?

Insgesamt ist die Beteiligung von Roma-Organisationen über die bereits erwähnte Plattform verhältnismäßig zufriedenstellend, aber Verbesserungsmöglichkeiten gibt es immer. Allein im Europäischen Parlament ist nur eine einzige Romni vertreten, diese ist von der ungarischen konservativen Partei. Bei den verschiedensten EU-Aktivitäten stelle ich ohnehin immer wieder fest, dass die Betroffenen nicht intensiv genug einbezogen werden. Vor allem bei der Umsetzung der nationalen Strategien wird es deshalb wichtig sein, zivilgesellschaftliche Organisation und Roma unmittelbar einzubinden. Es wäre sinnlos und zum Scheitern verurteilt, Politik für Roma ohne Roma machen zu wollen. Genau diese Beteiligung dürfte stellenweise aber schwierig werden. Die Vorurteile gegen die Roma-Minderheit sind weiterhin groß. Und selbst in jenen Kommunen, die mehrheitlich von Roma bewohnt werden, gewinnt oftmals nicht

deren Bürgermeisterkandidat, weil sich die Roma-Führung einkaufen lässt und nicht für den eigenen Kandidaten stimmt. Auch die Art der Selbstorganisation von Roma ist nicht immer die einfachste. Oft ist sie sehr hierarchisch strukturiert, was nicht unbedingt zu einer breiten Teilnahme der Roma am gesellschaftlichen Leben beiträgt.

Ein Problem des EU-Rahmenwerks ist doch, dass die Nationalstaaten nicht aktiv werden. Was gibt es denn für Strategien der EU, sie zum Handeln zu bringen?

Es stimmt, dass die Nationalstaaten den Texten und Beschlüssen aus Brüssel im Bereich der Roma-Integration selten viel Aufmerksamkeit geschenkt haben. Das war ja der ausschlaggebende Punkt, nun mit einem breit angelegten Rahmenwerk nachzulegen. Vor allem über die nationalen Strategien soll nun bestimmt und diese überprüft werden: Was setzen die Mitgliedsstaaten eigentlich um? Allerdings hat es die Kommission nicht geschafft, den eigentlich wichtigsten Schritt zu gehen, denn sowohl Rahmenwerk als auch nationale Strategien sind nicht bindend. Die EU kann natürlich den Druck etwas erhöhen, indem sie sogenanntes „naming und shaming“ betreibt, aber rechtlich verbindlich ist da nichts. Die Mitgliedsstaaten können sich daher immer herauswinden. Gerade hier kommen die Roma-Organisationen und die Zivilgesellschaft wieder ins Spiel. Nur sie können ausreichend Aufmerksamkeit erzeugen, wenn ein Land die Ziele der eigenen Roma-Strategie verfehlt.

Das gilt vor allem auch für Deutschland. Die schwarz-gelbe Regierung hat es als eine der wenigen in Europa abgelehnt, eine eigene nationale Strategie vorzulegen. Da hieß es, Deutschland



Barbara Lochbihler ist seit 2009 Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament. Seit 2011 ist sie dort Vorsitzende des Unterausschusses Menschenrechte. Von 1999 – 2009 war sie Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International

benötige keinen eigenständigen Aktionsplan, die Roma in Deutschland würden ja nicht wirklich diskriminiert und seien mit ihrer

Integration in den Bereichen Bildung, Wohnsituation, Gesundheitswesen und Arbeitsmarkt durchaus zufrieden. Das

aber zeugt von großer Unkenntnis, wie auch der „Ergänzungsbericht“ verschiedener Roma-Organisationen beweist. Die Bundesregierung vertritt die Ansicht, den Roma stünden wie allen Bürgerinnen und Bürgern sämtliche Beratungs- und Fördermöglichkeiten offen. Dabei verschweigt sie jedoch, dass sich diese Aussage lediglich auf Roma mit deutschem Pass bezieht. Und selbst bei den deutschen Roma sind die Aussagen bezüglich ihrer Integration in den vier genannten Bereichen äußerst kritisch. Vor allem das Problem des Antiziganismus spielt hier eine entscheidende Rolle und hat zu der Idee geführt, ein europaweites Zentrum für Antiziganismusforschung aufzubauen.

Wie sieht es denn in den anderen EU-Staaten aus?

Die meisten EU-Staaten haben ihre eigenen Strategien vorgelegt, besonders jene mit einer großen Roma-Minderheit wie Ungarn, Bulgarien oder Rumänien. Viele dieser Strategien lesen sich zudem gut, die Maßnahmen scheinen durchdacht. Manche Länder haben sogar Minister für soziale Inklusion mit einem speziellen Fokus auf Roma eingesetzt. Jetzt muss aber auch die Umsetzung folgen. Und bei manchen Ländern steht zu befürchten, dass es trotz guter Strategie genau daran man- geln könnte. Hier muss der Druck

Diskriminierung auch in einem „Vorbildstaat“ bleibt Diskriminierung

auf nationaler und europäischer Ebene in jedem Land erhöht werden. Denn noch einmal: Die Stra- tegien sind rechtlich nicht bin-

dend. Bei feh- lender Umset- zung greifen keine Sanktio- nen oder ähn- liches. Es kommt also auf die Zivilgesell- schaft an, hier

ein Auge drauf zu haben und gegebenenfalls Druck aufzubauen. Zumal viele Politiker ja wissen, dass ein Engagement für Roma die eigene Wiederwahl gefährdet, gerade in Ländern wie Ungarn. Diesen Teufelskreis gilt es, zu bre- chen. Die Roma sind eine Minder- heit, die geschützt, gefördert und integriert werden muss. Es muss endlich ein Ende haben, sie immer wieder als Sündenbock herauszie- hen, wenn es einem gerade passt.

Wäre es nicht sinnvoll, die Inklusion der Roma zu einer EU-Aufgabe zu machen, um dem populistischen Druck auf Roma-freundliche Politi- kerinnen und Politiker in den Mit- gliedsstaaten das Wasser abzugra- ben?

Die europäische Ebene agiert ja bereits. Sie stellt Geld, Wissen und Analyse zur Verfügung. Aber die Situation in Budapest ist ver- glichen mit der in einem Vorort von Paris sehr unterschiedlich. Es ergibt deshalb durchaus Sinn, in jedem Land eine spezifische Strate- gie zu entwickeln und auch lokal umzusetzen. So wird zum Beispiel die Bildungspolitik in manchen EU-Mitgliedsstaaten in jeder Kom- mune anders geregelt. Wenn Sie die vier wesentlichen Aspekte für die Inklusion der Roma betrachten – Bildung, Beschäftigung, Wohnen und Gesundheit –, dann sind das Aufgaben, die im Zuständigkeits- bereich der Nationalstaaten liegen.

Aber selbstverständlich kann und sollte die EU dabei Unterstützung leisten, den Informationsaustausch unter den Mitgliedsstaaten fördern und Fördermittel bereitstellen.

Leider kommt das Geld allerdings nicht unbedingt da an, wo es ankommen sollte. Manche Fonds werden von manchen Mitglied- staaten nicht einmal abgerufen. Auch deshalb ist es wichtig, das Scheinwerferlicht auf die nationa- le Ebene zu werfen. Umso mehr, als der Widerstand auf nationaler Ebene groß ist. So gibt es Elternini- tiativen oder Schulen, die sich gegen gemischte Gymnasien mit Roma wehren. Es gibt Patienten, die sich nicht von Roma pflegen lassen wollen. Gerade auf lokaler Ebene gibt es also noch viel Arbeit. Da muss die EU unterstützen, aber die eigentlichen Fortschritte müs- sen vor Ort geschehen.

Gibt es Möglichkeiten, die Umset- zung des Roma-Rahmenwerks rechtlich verpflichtend zu machen?

Das geht mit dieser Roma-Strategie leider nicht. Aber es gibt andere Richtlinien, die rechtlich bindend sind und die auch auf die Diskri- minierung gegen Roma angewen- det werden können. Die „Richtlinie zur Anwendung des Gleichbe- handlungsgrundsatzes ohne Unter- schied der Rasse oder der ethni- schen Herkunft“ schreibt den Mit- gliedsstaaten beispielsweise vor, auf allen Ebenen gegen Rassismus vor- zugehen. Hier sollte die EU anknüpfen, um auch im Kampf gegen die Diskriminierung von Roma voran zu kommen.

Welche Rolle spielen die Roma selbst bei der Umsetzung?

Ohne die aktive Einbindung und Teilnahme von Roma wird jede noch so gute Strategie scheitern. Es

muss verhandelt werden, die Roma müssen sich erklären können, müssen aber auch mit offenen Ohren den anderen Mitgliedern der Gesellschaft gegenüber treten. Eine Schulreform in einer tschechischen Gemeinde kann nur funktionieren, wenn Eltern und Lehrer von der Roma-Minderheit mitmachen. Es bleibt zu hoffen, dass die Mitgliedstaaten das genau so sehen.

Mal andersrum gefragt: Erzeugt denn das Rahmenwerk schon erste Fortschritte?

Der EU-Rahmen und die nationalen Strategien sind noch relativ jung. Erst Ende 2011 wurden die letzten nationalen Strategien eingereicht, und für alles, was mit der EU zu tun hat, ist ein Jahr oder gar ein halbes nicht sehr viel. Die Papierarbeit ist aber nun abgeschlossen. Das kann man als Fortschritt sehen. Viele der nationalen Strategien sind aber sehr vage, viele sind nicht mehr als allgemeine Absichtserklärungen. Es bleibt deshalb abzuwarten, was die einzelnen Länder zustande bringen, um die Erkenntnisse dann auf nationaler sowie europäischer Ebene in öffentliche Debatten einzubringen.

Mal Butter bei die Fische: Welcher Mitgliedsstaat trägt die rote Laterne und wer geht voran, sprich ist am progressivsten?

Ich mache grundsätzlich kein Ranking. Jemand, der in einem „Vorbildstaat“ diskriminiert wird, erlebt trotzdem Diskriminierung und ist nicht besser dran als ein Leidensgenosse in einem Land, in dem Roma auf breiter Front angegangen werden. Allerdings ist neben den fortlaufen Diskriminierungen gerade auch der zunehmende Erfolg von rechtsradikalen Parteien in Ländern wie Ungarn,

Bulgarien oder der Slowakei besonders beängstigend. Dass rassistische Gruppen gewalttätig werden, sollte stets ein Kriterium sein, auch auf politischer Ebene besonders hinzuschauen. In manchen Ländern gab es sogar Erschießungen von Roma oder Verbrennungen von deren Wohnungen – und oft kamen die Täter unbestraft davon. Hier muss man klar die Täter als das Übel ansehen, nicht die Opfer.

Welche Hoffnungen setzen Sie in das Rahmenwerk und wo sehen Sie dessen Grenzen?

Der EU-Rahmen gibt die Möglichkeit, das Thema immer wieder auf die tagespolitische Agenda zu setzen. Die EU kann positive Ansätze geben, etwas zu verbessern. Sie kann finanziell fördern, den Austausch von Erfahrungen und „best practices“ ermöglichen. Ich hoffe aber vor allem, dass viele Roma vor Ort ihre Regierungen treiben oder sich selbst die Abschnitte der EU-Integrationsstrategie herausuchen, bei denen sie aktiv werden können. Nur so können wir das eigentliche Ziel auch erreichen: die schlechte Bildung, den mangelhaften Wohnraum, die katastrophale Gesundheitsversorgung, die fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten und die weitreichende Diskriminierung und Ablehnung der Roma zu überwinden.<

Frauenrechte sind Menschenrechte

Frauen wollen in Freiheit und Würde über ihr Leben bestimmen. TERRE DES FEMMES setzt sich für sie ein. Unterstützen Sie uns dabei!



TERRE DES FEMMES e.V.

Tel: 030/40 50 46 99-0
info@frauenrechte.de
www.frauenrechte.de

Spendenkonto 3 116 000
EthikBank BLZ 830 944 95



Lieber Herr Weinzierl,

... herzlich gratuliere ich zur
20. Ausgabe des Hinterland-Magazins.

Es macht mir immer besondere Freude,
die ansprechenden und anregenden
Texte zu lesen.

Viel Erfolg für die Weiterarbeit

Ihr Jürgen Micksch

Vorsitzender von PRO ASYL
und Interkulturellem Rat

Flohmarkt der Deutungshoheit

Eine neue Rassismus-Debatte und Kritik an umstrittenen Critical-Whiteness-Ansprüchen strapaziert eine defizitäre linke Streitkultur. Zusammengestellt und dokumentiert von Friedrich C. Burschel

Die Zitate im Text wurden in der Regel in der Form wiedergegeben, in der sie zu lesen waren (zum Beispiel was Groß- und Kleinschreibung angeht, die häufig mit speziellen Bedeutungen aufgeladen ist). Offensichtliche Tipp- und Rechtschreibfehler wurden stillschweigend korrigiert, um uns die Kennzeichnung [sic!] zu ersparen

„Ich weiß nicht ob ich für mehrere von uns spreche, aber mein schweigen bedeutet so gar nicht, dass ich akzeptiere, was bestimmte Personen äußern. Ich bin immer wieder ganz schön wütend und manchmal schier baff über die an- und übergrieffige sprache und krassen sprüche... (...) in einem nichtvirtuellen raum würde ich wahrscheinlich versuchen, ein stop zu setzen, per mail finde ich das nicht so einfach“, schrieb am 3. Juli Grit und markiert damit das vorläufige Ende einer zum Teil turbulenten Diskussion auf der großen Berliner [reflect]-Mailingliste mit etlichen tausend Mitgliedern. Über Wochen tobte ein Schlagabtausch zwischen People of Color (PoC) und weißen Counterparts, die sich mit ihrem Weißsein kritisch auseinanderzusetzen versuchten oder dies ganz bewusst nicht taten. Dabei illustrierte die ganze Diskussion einen Moment völliger Blockade und Versteinerung, der dem Ende eines Prozesses ähnlicher war als einem Aufbruch zu neuen gemeinsamen Kämpfen.

Für den Zustand einer linken Streitkultur und festgefahrener Diskurse ist es durchaus bedeutsam, wo diese Schlammschlacht stattfand. Die durchaus angesagte [reflect]-Mailingliste ist über weite Strecken linke Terminbörse und Flohmarkt und die rührigen Betreiberinnen und Betreiber legen großen Wert darauf, dass sie kein Raum für ausufernde Diskussionen ist. Sie verweisen auch, gerade wenn es, wie bei der jüngsten Eskalation, hoch hergeht, immer wieder auf eine Netiquette, die allzu grobe, zynische und provozierende Ausfälle, oft aber auch unüberlegte und impulsive Beiträge verhindern soll.

Ausgangspunkt der Auseinandersetzung war eine Veranstaltung von kritisch-lesen.de, einem Internetportal

für Rezensionen, am 9. Mai 2012 im Liniencafé, einem kollektiv geführten Betrieb in einem Hausprojekt in Berlin Mitte. Eingeladen war der zu den Themen Linksradikalismus und Antirassismus gefragte Autor und Aktivist Gabriel Kuhn zu einem Vortrag mit Diskussion unter der Überschrift „Whiteness ist not abolished in a workshop, it is abolished in struggle“.

Während des Events kam es zu einem „rassistischen Effekt“, wie die Veranstalter es in ihrer vorsichtigen Stellungnahme nannten. Eine Woman of Color (WoC)

war im Laufe der Diskussion nach dem Vortrag des Referenten, der dann in die Moderatoren-Rolle geschlüpft war, mit dem Hinweis unterbrochen worden, dass noch weitere Rednerinnen und Redner auf der Liste stünden. Die betroffene Person

war empört und verließ, nachdem auch niemand der Anwesenden intervenierte, wütend das Lokal. Nach einem offenbar misslungenen Versuch, das Geschehene aufzuarbeiten, passierte erst mal lange nichts. Dann entschuldigte sich das Kneipen-Kollektiv „in aller Form für diesen untragbaren Vorfall“: „Wir haben uns im Vorfeld dem Privileg hingegeben, bestehende Bedenken bezüglich gewisser Problematiken (...) nicht zu beachten und haben (...) nicht gut reagiert.“

Auch die betroffene WoC meldete sich mit einer geharnischten Mail zu Wort. Sie nannte den Referenten einen „weißen Penisträger“ und stellte fest: „Der Raum (...) war extrem weiß, akademisch und männlich dominiert. Ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte zu 95% weiße studierte menschen!“ Sie kritisiert weiter, dass „weiße queere“ ihre Diskriminierungserfahrungen ständig mit Rassismuserfahrungen gleichzusetzen versuchten. Dabei schauten sie sich ihren eigenen „weißen privilegierten

„Ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte zu 95% weiße studierte menschen!!“

beschissenen Rassismus gar nicht erst an“. Dem Moderator wirft sie vor, Rassismus außerdem insoweit relativiert zu haben, als er in „gute und schlechte weiße (schlechte = NPD-Wähler-Innen, gute = Antifa-„Antira“, bla kotz)“ eingeteilt habe: „Das ist ungeheuerlich und ermöglicht *weißen* ihr *weißSein* weder kritisch zu betrachten noch anzuerkennen das sie NIEMALS nicht rassistisch sein können.“ Sie sei „gesilenced“, also mundtot gemacht worden an diesem Abend und habe sich durch diese „Master Suppression Technique“ „wütend, re_traumatisiert und geschockt“ gefühlt.

Die von ihr zornig angemahnte Stellungnahme der Veranstalterinnen und Veranstalter folgte kurz darauf am 7. Juni, also fast einen Monat nach dem Ereignis: Man habe der betroffenen Person nicht die Gelegenheit zu einer „exklusiven Deutung“ nehmen wollen, erklärte kritisch-lesen.de die späte Positionierung. Schuldbe-wusst gestanden die Betreiberinnen und Betreiber des Internetportals ein, nicht vorbereitet gewesen zu sein, nicht adäquat reagiert zu haben und entschuldigten sich dafür „aufrichtig“. Entsprechende Vorkehrungen, „um die Wahrscheinlichkeit einer rassistischen Ausgrenzung zu senken“, habe man nicht getroffen, „obwohl dies angesichts der in linken, überwiegend weißen Räumen vorherrschenden Machtverhältnisse für uns als Organisator_innen eine Selbstverständlichkeit darstellen sollte.“ Sie merkten jedoch kritisch an, dass der Reflex (etwa in der misslungenen Diskussion nach Abbruch der Veranstaltung), „Rassismus als Fehlverhalten Einzelner zu individualisieren und somit tendenziell zu entpolitisieren“, für eine Aufarbeitung des Geschehenen und eines „auf allen gesellschaftlichen Ebenen verankerten Rassismus“ nicht viel bringe, sondern häufig „stark moralisierend“ „der Selbstvergewisserung Einzelner“ diene, „an einer Situation zumindest weniger Schuld zu sein“.

So etwa zeitgleich drei „*weiß* positionierte Personen“ auf der [reflect]-Liste, die sich effektiv selbst des Versagens bezichtigen: es sei ein „rassistischer Übergriff“ vom „*weißen* Raum“ getragen worden und das Schweigen zu der „an diesem Abend reproduzierten *weiße[n]* Solidarität und *weiße[n]* Gewalt“ halte seither an. Sie kritisierten die absolute Machtposition des als „*weiß* und männlich gelesen[en]“ Akteurs, dass „*weißSein* als gewaltvolle Praxis re_produziert“ worden sei und rassistische Äußerungen unkommentiert geblieben seien. Im „*weißen* gewaltvollen und patriarchalen Raum“ sei die „rassistische Strategie des silencing“ zur Anwendung gekommen, als der Moderator die WoC unterbrochen und niemand dagegen eingeschrit-

ten sei. Die drei Autor_innen kommen zu folgendem Schluß: „Sich als *weiße_r* 'antirassistisch' zu nennen, negiert die Tatsache, dass *weiße* per se rassistisch sind, ob sie wollen oder nicht. Es kann also keinen 'antirassistischen' und schon gar keinen rassismusfreien *weißen* Raum geben. (...) Allein die Intention, sich als *weiße_r* antirassistische Kämpfe anzueignen, diese also führen zu wollen (...) ist eine Re-Produktion *weißer* Bevormundung und Vorherrschaft. (...) Wir *weißen* müssen aufhören, in kolonialer Tradition immer und überall bestimmen zu wollen, was, wie, wo und mit wem gemacht/gesagt werden muss.“

Auf der [reflect]-Liste schließlich mündete die Auseinandersetzung in zum Teil wüste Beschimpfungen und Drohungen, so dass moderatere, bedenkenswerte Beiträge tendenziell untergingen: „die meisten mails der letzten tage zielten in meinen augen nicht darauf ab, gemeinsam zu definieren, wie verantwortungsvoller

„wütend, re_traumatisiert und geschockt“

umgang mit privilegien aussehen könnte, sondern es wurde mit viel geschrei darauf hingewiesen, dass 'die (radikale, emanzipatorische, wasauchimmer) linke' sich ja der gleichen ausgrenzungsmechanismen bediene, wie die gesamtgesellschaft. An der stelle ist es sicher berechtigt, rumzuschreien, doch eine so bahnbrechende erkenntnis ist das jetzt nun nicht“, etwa merkte alibaer an. Für ihn handele es sich bei der Critical-Whiteness-Debatte ohnehin um eine „disziplin der akademischen linken (...)“, gefiltert durch die rassistischen und sozialen ausgrenzungsmechanismen des deutschen bildungssystems“.

Jana meldete sich zu Wort und versuchte etwas Licht in die Niederungen der Mail-Auseinandersetzung zu bringen: „wir 'weißen' müssen uns mit unserem 'weißSein' ständig auseinandersetzen, auch weil es ein Prozess ist, der keine Auflösung hat. Dazu gehört auch sich selbstständig Literatur o.ä. dazu zu suchen und nicht

Weiß, männlich, heterosexuell, ohne Gebrechen, aber mit lustigem Hut: Seine Waschkraft macht ihn so ergiebig



People of Color, Schwarze, ... mit der eigenen Ignoranz zu belästigen, was oftmals eine reproduktion von 'weiß'sein beinhaltet.“

Jana war es dann wenig später auch, die sich zum nächsten Streitpunkt äußerte, der jedoch auf dasselbe Thema hinausläuft. Es ging um die Ausschreibung für Freiwilligendienste in Lateinamerika, die, so wurde vielfach auf der Liste angemerkt, ebenfalls die rassistische und paternalistische Weltordnung, die Privilegiertheit des *weißen* Westens gegenüber Migrant_innen, PoC, Schwarzen aus dem globalen Süden reproduzieren. Jana: „FSJs heißen eigentlich, dass vor allem 'weiße' mittelschichtkinder (wie ich) in kolonialisierte Ländern gehen, um dort 'zu helfen'. Natürlich können wir 'weißen' da nicht helfen, außer deutschland darin, neokoloniale Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen aufrecht zu erhalten (...) und sich weiter in kolonialer Tradition zu bereichern.“ Sie wendet sich gegen derartige Stellenausschreibungen auf einer links angesiedelten Liste: „Es geht mir dabei nicht darum menschen anzugreifen, sondern gemeinsame Reflektionsprozesse einzugehen und Herrschaftsstrukturen zu markieren und darauf hinzuarbeiten, diese möglichst wenig zu reproduzieren.“ Auch sie bekam zum Teil höhnische Rückmeldungen, etwa dieser Sorte: „Ich habe auch FSJ gemacht und mich um 'Behinderte' in Schweden gekümmert. Mit der Schande kann ich kaum leben – sollen wir eine Selbsthilfegruppe gründen?“

„Mit der Schande kann ich kaum leben – sollen wir eine Selbsthilfegruppe gründen?“

Friedrich C. Burschel
ist freier Journalist
und Autor. Er lebt
und arbeitet in
Berlin

Unterdessen braute sich jedoch bereits ein neues Gewitter zusammen, das Ende Juni über [reflect] aber auch in anderen Medien in einem neuen Nahost-Eklat niederging: es ging um „Pinkwashing“ als einer spezifisch israelischen Ausprägung des Homonationalismus, des Versuches vor allem westlicher Staaten also, die je nationale Schwulen- und Lesben-Bewegung für eigene (neo-)imperiale Projekte – vor allem gegenüber islamischen Ländern – zu instrumentalisieren. Als Provokateur trat hier ein Nils in Erscheinung, der monierte, dass auf dem Transgenialen CSD (TCSD), einer Art Alternativ-Event zum verbürgerlichten „offiziellen“ CSD, ein Workshop zum „strunzdummen Vorwurf des 'Pinkwashing'“ stattgefunden habe: „Migrantische Antiimperialisten firmieren nicht mehr als Vertreter des palästinensischen beziehungsweise kurdischen Befreiungskampfes oder islamistischer Splittergruppen, sondern als 'Schwarze' und 'People of Color'. Hätte man sie vorher, aufgrund ihrer politischen Ansichten, so gut es geht ignoriert, werden sie jetzt von den Naivsten unter den

Antirassisten als Propheten verehrt, die der 'weißen, rassistischen Linken' ihre Weltsicht als Wahrheit predigen sollen. Die queere Bewegung wird sich entscheiden müssen zwischen völkischen Kulturalismus und der linken Befreiung des Individuums aus unmenschlichen Verhältnissen. Man kann nicht beides haben.“

Dabei bezog sich der Autor dieses arroganten Affronts auf einen Bericht über jenen Workshop in der *jungle world*, der antideutschen Hauptstadt-Postille, in welchem der ganze TCSD, insbesondere aber der „Pinkwashing“-Workshop polemisch niedergemacht wird. Einer Erwiderung der Workshop-Anbieter, israelischen Linksradikalen,

war zu entnehmen, dass der Artikel von Markus Ströhlein „Pretty in Pink“ zum Zwecke des Bashings sinnentstellend und von Fakten und dem wirklichen Geschehen weitgehend unbeeinflusst war. „Wenn PoC die Besatzungspolitik Israels kritisieren hat das GARNICHTS mit Anti-Semitismus zu tun!“ postulierte eine weitere Zuschrift und stellte klar: „Die weiße Community auf reflect sollte eigentlich glücklich sein, dass wir so viel Power haben, hier ständig zu intervenieren und Wissen mit euch teilen, auf das ihr wegen eurer Sozialisation und Ignoranz noch nicht gestoßen seid.“

„was zum teufel nehmt ihr euch raus, palästinensische aktivist_innen in ihrer art und weise der beschreibung ihrer eigenen lebenswirklichkeit zu kritisieren? (...) eure opas waren nazis, we got it (...) deshalb müsst ihr aber nicht euer gesamtes leben damit zubringen, palästinenser_innen und alle anderen wesen, die israel kritisieren (...), zum schweigen zu bringen. (...) woher kommen eure /WEIß/heiten, zu wissen, inwiefern das pinkwashing israels übertrieben wird? Westliche definitionsmacht lässt grüßen. Wie war das nochmal mit dem paternalismus?“ kommentierte empört Gözde.

Ja, möchte man da fragen: Wie war das nochmal?

Hinterland greift die Debatte auf, weil genau die Frage nach dem Paternalismus Schwerpunkt des vorliegenden Hefts ist und weil sich solche und ähnliche schmerzhaft Debatten gerade allenthalben abspielen, so etwa auch im Kontext des Kölner „No border Camps“. Im Laufe der [reflect]-Debatte erging auch der Hinweis auf den kritischen Text „Stolz und Vorurteil. Markierungspolitik in den Gender Studies und anderswo“ von Ayşe Arslanoğlu, den wir gerne und dankbar im folgenden veröffentlichen.<

Stolz und Vorurteil

Markierungspolitiken in den Gender Studies und anderswo. Von Ayşe K. Arslanoğlu

Die aktuelle Ausschreibung für Seminare im Rahmen der Gender Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin verlangt von Bewerber_innen „Angaben zur aktiven Auseinandersetzung (Schlüsselkompetenzen) mit rassistischer Privilegierung und Benachteiligung im Kontext struktureller Ausschlüsse“. Darin verdichtet sich eine institutionalisierte Benennungspraxis, deren begründete Herkunft wir beschreiben und auf deren ambivalente Wirkungen wir aufmerksam machen möchten. Da solche Markierungspolitiken auch außerhalb der Universität in der queer-feministischen Linken auftauchen, meinen wir, dass es an der Zeit ist, eine erneute Debatte über neu-alte Formen von Identitätspolitiken zu führen.

Die Kämpfe der Gender Studies

Die in der Ausschreibung formulierte Forderung folgt zunächst einem politischen Begehren: Strukturellen Ausschlüssen soll institutionell etwas entgegengesetzt werden. Dies motivierte nicht zuletzt das Projekt der Gender Studies selbst, das vor dem Hintergrund der feministischen und schwul-lesbischen Kämpfe in den 1990er Jahren an deutschen Universitäten etabliert wurde. Über Politiken der Institutionalisierung lässt sich streiten. Jedoch ist der Versuch, strukturelle Ungleichheiten anhand sozialer Kategorisierungen von Geschlecht und kulturellen Vorstellungen von Geschlechtlichkeit(en) zu analysieren und als Perspektive in den Kanon der Wissenschaften einzubringen, ein emanzipatorisches Anliegen und gehört zu den großen Verdiensten der Gender Studies. Genauso wichtig war und ist die Erweiterung der wissenschaftlichen Gegenstandsbereiche durch die Thematisierung anderer gesellschaftlicher Diskriminierungsformen. Dazu gehört auch die Einsicht, dass sich soziale Diskriminierungen qua Differenzkategorien wie race, Klasse und Geschlecht kulturell wie strukturell wechselseitig ergänzen und miteinander verschränkt sind, was inzwischen im deutschen Kontext oftmals unter dem Stichwort „Intersektionalität“

Halli Hallo Hallöle:
*Ich bin klein,
mein Herz ist weiß*



(aus dem Englischen: intersection = Kreuzung) gelabelt wird.

All das hat nicht nur in Hinblick auf die Auseinandersetzungen der Gender Studies in Zeitschriften, Kongressen und Gremien wissenschaftspolitische Relevanz. So ist es gut und richtig, Studierende zur Reflektion über derlei Vermittlungen und mithin über ihre eigene gesellschaftliche Position anzuregen. Denn ein weiterer zentraler Aspekt innerhalb der Akademisierung von feministischen Kämpfen war und ist es, die Aufmerksamkeit auf die hegemonialen (Selbst-)Verhältnisse zu lenken und die eigene Position zum Gegenstand der Untersuchung zu machen. Insofern hat die feministische Theorie das Projekt der beständigen Kritik des Feminismus an sich selbst zu leisten und den verwendeten Kategorien, Begriffen und Konzepten zugleich etwas entgegenzusetzen, so etwa „als Frau“ für die Rechte von Frauen und für das Verschwinden dieser Gruppe einzutreten. Aus all diesen Gründen schreiben wir aus einer Solidarität zu den Gender Studies heraus. Gerade weil uns ihr Anliegen wichtig ist, gerade weil wir der Meinung sind, dass es möglich ist, politische Kämpfe in der Akademie zu führen und weil die Auseinandersetzung um Wissensformationen eine politische ist, halten wir eine bestimmte Form, in der diese Kämpfe ausgetragen werden, für untragbar.

Inter- und Biosektionalität

In jüngster Zeit ist in manchen Kreisen der Berliner Gender Studies eine Tendenz zu beobachten, die eine reidentifizierende Wende in dieser Disziplin einzuläuten scheint. Das heißt: Identitätspolitik in Form von Benennungs- und Markierungspraxen steht wieder auf der Tagesordnung (und in eben diesem Licht sehen wir die eingangs zitierte Ausschreibung). Kategoriale Aufzählungslogiken, von denen angenommen wurde, dass sie mit den Identitätspolitiken der 1980er Jahre längst überwunden worden seien, erleben eine Wiederkehr und werden durch einige Lehrende vor dem Beginn von Referaten und Vorträgen explizit eingefordert. Fragwürdig scheint auch die neuere Sitte, wissenschaftlichen Aufsätzen Reihungen von Selbstattributionen voranzustellen, etwa: ich als weiße, heterosexuelle Mittelschichtsakademikerin, ganz so, als ob derlei Markierungen bereits eine Kritik einlösen oder ein reflexives Verhältnis der Sprechenden begründen würden.

Fragwürdig scheint auch die neuere Sitte, wissenschaftlichen Aufsätzen Reihungen von Selbstattributionen voranzustellen

Insbesondere in der sogenannten Intersektionalitätsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin hat diese Praxis Einzug gehalten, flankiert von endlosen und mitunter endlos langweiligen Debatten darüber, welche Kategorien denn nun zentral und damit zu benennen seien und welche nicht. Derlei ließe sich abtun als Rituale der Akademie, die sich der eigenen Seriosität und Ernsthaftigkeit versichert und die in der Wissenschaftsgeschichte typisch sind, insbesondere für die Stabilisierungsphase eines universitären Zweiges. Doch damit nicht genug. Genauso fragwürdig erscheint die Art und Weise, wie in diesen Kreisen der

Gender Studies die Qualität von Forschungsthemen verhandelt wird. Wer warum zu welchem Thema arbeitet, wird nicht über Erkenntnisinteresse oder politisches Anliegen bestimmt, sondern über soziale respektive identitäre Positionen legitimiert oder delegitimiert. Identitäre Konzeptionen wie die des Biomannes, hier nicht begriffen als Verortung, sondern als Fremdzuschreibung, dienen dann dazu, eine Forschungsberechtigung einzulösen oder eben zu verweigern. Bei fehlenden Voraussetzungen eben dieser sollen konkret gestellte Auflagen erfüllt werden, wie ein jüngerer Vorfall im Kontext der Berliner Gender Studies zeigt. Unter Ausschluss aus den bisherigen Arbeitskontexten wurde eine als Biomann adressierte Person aufgefordert, mehrere Wochen über Privilegien zu reflektieren, die sich aus einer bestimmten ihr zugeschriebenen Subjektposition ergäben. Am Ende der Reflexionszeit sollte ein selbstkritischer Text stehen, der die Grundlage dafür abgeben sollte, die geplante wissenschaftliche Arbeit überhaupt verfassen zu dürfen. Die Seminarleiterin schließlich war so frei, die Selbstkritik als nicht ausreichend zu beurteilen.

Und nicht nur in der Akademie, auch in feministischen Gruppen und auf Plena in der linksradikalen Szene hat die Forderung, (teilweise vermeintlich) sozial privilegierte Positionen explizit zu machen, seit einiger Zeit Konjunktur. (Ein augenfälliges Beispiel findet sich in den zahllosen Such-Anzeigen linker WGs, die ganz genau zu wissen scheinen, welche Sicherheiten und Risiken mit Identitätszuschreibungen greifbar gemacht werden können. Und so ist die Teilnahme am Spielchen ‚Wir, weiß, heterosexuell, männlich sozialisiert suchen‘ in der Regel die Grundlage, um in den Auswahlverfahren um Plätze in linken WGs in Kreuzkölln und anderswo mitmachen zu können.)

Wir können in einem solchen Umgang keine politische und/oder antiherrschaftliche Praxis erkennen, dagegen aber das Begehren nach einer unangreifbaren wissenschaftspolitischen Position. Unseres Erachtens hält hier ein hygienischer Diskurs Einzug, der über Sprechpositionen und Privilegien die politische Gemengelage regulieren möchte. Die explizit benannten Privilegien und Hierarchien werden dabei nicht mehr wirklich zur Disposition gestellt, ihre Überwindung scheint nur noch nachrangiges Ziel.

Das Identitäts-GPS oder Endless waiting at the intersection

Tatsächlich handelt es sich hier um ein politisches wie theoretisches Dilemma. Das materialistisch oder dekonstruktivistisch begründete theoretische Wissen um die soziale Konstruiertheit gesellschaftlicher Ordnungskategorien einerseits und damit verbundenen zugewiesenen Identitäten andererseits führt bekanntlich nicht zu deren praktischen Verschwinden. Aber die mit dem linguistic turn einhergehende Sensibilisierung für die Bedeutung der Sprache bei Hervorbringung und Aufrechterhaltung dieser Kategorien macht auf ein doppeltes Problem aufmerksam: Die Dethematisierung oder bewusste Entnennung der herrschenden Markierung läuft Gefahr, ihre Fortdauer lediglich zu leugnen. Aber ihre bewusste Benennung zum Zweck ihrer Abschaffung verfängt sich in dem Paradox, sie gerade dadurch beständig wieder aufzurufen und zu bestärken. Letztere Beobachtung ist nicht neu, sie findet sich bereits im Vorwort zu Judith Butlers *Gender Trouble*: Die feministische Kritik, die die Herrschaft von Männern über Frauen anprangert und zum Zwecke des Kampfes ein einheitliches weibliches Subjekt anruft, bestätige die zweigeschlechtliche Ordnung, indem sie nach innen Unterschiede nivelliert und nach außen polarisiert. Die Kritik reproduziert also genau die Verhältnisse, die sie kritisiert.

Aus der Einsicht in die diskursive Gewalt von Sprache müsste die Praxis der Selbstpositionierung den Intersektionalitäts- und Interdependenz-Theoretiker_innen auch aus anderen Gründen selbst fragwürdig vorkommen. Denn in der additiven Reihung von Privilegien und Diskriminierungen werden nur neue Hierarchien und Ausschlüsse produziert. Und wie absurd erscheint die Frage, ob die Position weiß, weiblich, bürgerlich und heterosexuell weniger oder

mehr der Erforschung eines Themas als weiß, weiblich, bürgerlich mit akademischen Referenzen in der Familie, partiell bisexuell diene. Was also ist geschehen? Wurde Butlers Kritik wieder vergessen? Ist sie erst gar nie richtig verstanden worden in einem deutschen Diskurs, der sich von Anfang an mit dem scheinbar leichten amerikanischen „queer“ schwer tat? Oder versteht sich die Wiederbelebung von Identitätspolitik selbst als Reaktion auf die dezentrierenden, auflösenden, subvertierenden (and so on) 1990er und 2000er Jahre? Betrachten wir eine logische Schlaufe, in der sich die emanzipatorische Analyse verfangen hat? „Diese Kategorien sind doch sozial konstruiert.“ „Ja, aber sie sind auch eine reale Existenzweise.“ „Ja, aber sie sind historisch gemacht.“ „Aber sie sind eine reale Existenzweise.“ „Aber...“

Ich bin klein, mein Herz ist weiß, denn ich weiß um meine Privilegien oder Ich glaube an Erlösung durch die endlose Reflexion meiner Privilegien

Gleichzeitig sind die Probleme diffiziler, als es auf den ersten Blick vermuten lässt. Denn die Aufforderung, sich unbedingt positionieren und verorten zu müssen, produziert ein Klima des Misstrauens und der Verdächtigungen und unterliegt nicht selten der Gefahr eines Zwangsoutings, wenn minoritäre Positionen zur Vereindeutigung aufgerufen werden, die sich mitunter aus guten Gründen für Unsichtbarkeit entschieden haben. Auch wirkt der Diskurs um die Selbstpositionierung auf Menschen, die den hochgradig voraussetzungsvollen Jargon nicht beherrschen (und in Folge dessen bestenfalls mit Nichtachtung gestraft, schlimmer noch, kollektiv sanktioniert werden) in hohem Maße einschüchternd. Mit einer Markierungspolitik, die auf explizite Weise identitäre Kate-

Die Nähe der Praxis der Selbstbeziehung zu den religiösen Praktiken des Bekenntnisses und der Beichte ist unübersehbar

gorisierungen einfordert, erlangt zudem eine Praxis der Selbstbeziehung Konjunktur, deren Nähe zu den religiösen Praktiken des Bekenntnisses und der Beichte unübersehbar ist. Während die Beichte aber in ihrer katholischen Form im Zwiegespräch mit dem Gottesvertreter heimlich geschieht, hat das öffentliche Bekenntnis vor der Gemeinde der Gläubigen sein religiöses Vorbild in der russisch-orthodoxen Kirche. Als solches ging es vor allem in den 1930er Jahren in die politische Praxis der Reinigung in der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale ein. Das Entscheidende ist: Auch die sozialistische Selbstkritik wurde in emanzipatorischer Absicht vollzogen. Sie gründete auf das Wissen darum, dass auch die

Linken nicht als Linke zur Welt kommen, dass auch Revolutionär_innen mit den Fehlern der Gesellschaft behaftet sind, die sie bekämpfen. Die Selbstkritik steht in der Tradition der Aufklärung. Und auch ihre Kollektivierung ist konsequent in der Ablehnung jeder äußerlichen, metaphysischen Autorität (Gott, Gesetz, Gewissen).

Die Effekte kritischer Selbstpositionierung oder markierender Selbstkritik sind jedoch oftmals nicht die erwünschten, zumindest sind sie nicht hauptsächlich emanzipatorisch. Öffentliches Selbstschämen und Beschämen von anderen in Seminaren oder auf Plena, umfangreiche schriftliche und mündliche Äußerungen zu den eigenen Privilegien funktionieren zumindest praktisch eher als Moralismus denn als politischer Kampf. Sind sie nicht als Wunsch nach der alles bedenkenden Position zu verstehen (der somit entgegen dem eigenen Anspruch einem Totalitätsdenken verhaftet ist)? Nach einem Sprechort, an dem die Sprechenden sich von aller Schuld an der Teilhabe an gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen reingewaschen haben, letztlich nach Erlösung? Diese Position gibt es nicht. Sie ist ein christliches Phantasma der Reinheit. Die gegenwärtige Debatte kann hingegen nicht religiös-moralisierend, sondern nur politisch ausgetragen werden.

Allerdings ergibt sich auch hier ein Dilemma. Eine Politik, die zugunsten der Auseinandersetzung auf institutionalisierte Moralcodes und Verhaltenstickets verzichtet, hat anstrengende Auswirkungen. Ist es wirklich wünschbar, dass jedes Arschloch jede Scheiße einfach so rausplärren soll, damit der Mist auf dem Tisch liegt, wo er im offenen Konflikt bearbeitet werden kann? Oder machen moralische Regeln zum Sprechverhalten es nicht wirklich wesentlich einfacher für diejenigen, die von bestimmten Redeweisen regelmäßig verletzt werden (und die kein Bedürfnis haben, zusätzlich zur wissenschaftlichen Arbeit stets noch politische Bildungsarbeit gratis mitzuleisten)? Jedoch besteht in den momentan vorfindbaren individualisierten Selbstbefragungs-, Selbstbezüglichungs- und (Selbst-)Positionierungsritualen die falsche Vereindeutigung dieses Dilemmas. Und damit ist ein Punkt erreicht, an dem wir Einspruch erheben. Entgegen der eigenen Forderung nach Reflexion wird dadurch jegliche analytische, begreifende Arbeit – sei sie dekonstruktiv, sei sie materialistisch – abgewendet. Was hier

geschieht, ist ein Stillstellen des Denkens, der Vollzug politischer Faulheit – und somit Ausdruck genau der Privilegien, die man benannt hat und meint, dadurch bereits problematisiert zu haben.

Das „Recht auf Faulheit“ meint etwas anderes...

Dieser Stillstand findet seinen Ausdruck auch in dem durch das Bekenntnisspiel implizit mit angebotenen Ort des Freispruchs durch die Zertifizierung der ausreichenden Privilegienreflexion so im Beispiel der vom Arbeitskontext ausgeschlossenen Person wie auch in der eingangs vorgestellten Ausschreibung für Lehrende in den Gender Studies. Aber welcher Ort soll das sein? Und wer soll das Recht haben zu beurteilen, wann die Reflexion auf Privilegien abgeschlossen und ausreichend ist, wann die Schlüsselkompetenz erreicht wurde? Sollten Personen, die sich dieses Urteil anmaßen, im Falle von Professor_innen scheint dies besonders perfide, nicht das strukturelle und durch diese Geste unterstrichene Macht- respektive Gewaltverhältnis reflektieren?

Was hier geschieht, ist ein Stillstellen des Denkens, der Vollzug politischer Faulheit

Wie dem auch sei, hinter den vermeintlichen Schlüsselkompetenzen dieses aufgesetzten Antirassismus der oben zitierten Ausschreibung verbergen sich die Eckpfeiler neoliberaler Regierungsweisen. Abgefragt wird die Eloquenz der Selbstpo-

sitionierung im Sinne akademischer Trendvermarktbarkeit (Stichwort: karriereorientiertes Mentoring im akademischen Antimainstream): ein dazugehöriger Wissensbestand, eine Wissensressource, eine durchkonzipierte und bestens verwertbare Haltung (Sei austherapiert, habe deine Emotionen und Privilegien unter Kontrolle, wisse um die verkaufssteigern den Effekte auf deine Karriere, wenn du die Veräußerlichung deiner privaten und biographischen Details betreibst, et cetera).

Stattdessen sollte kritisch nachgefragt werden, wenn sich das Projekt der Privilegienreflexionen offenbar formvollendet in das Instrumentarium des neoliberalen Hochschulumbaus einfügt. Und wenn die Abfrage der möglichst eloquenten, möglichst elaborierten Reflektion der eigenen Verortung den politischen Status (oder Habitus) der Gender Studies als Alleinstellungsmerkmal garantieren möchte, die politische Praxis und Position der Bewerber_innen aber nicht mehr darin vorkommt, sollten wir uns die Frage stellen, was das noch mit, tja, Politik zu tun hat.

The wild wild West

Was sich vor unseren Augen abspielt, ist auch das klassische Format weißer Weinerlichkeit, wie sie etwa James Baldwin so treffend beschrieben hat. Die Akademie hat sich für Kanaken¹ bislang kaum geöffnet, es sei denn, sie bedienen das Exotismus-Programm ihrer jeweiligen wissenschaftlichen Sparte und beforschen identitär zurechtgezurte Themen wie Folklore, Trachten, Völkerschlächten.

Die Intersektionalitätsforschung konzentriert sich jedoch

gegenläufig auf die Figur der an ihrer Whiteness leidenden

Akademiker_in und privilegiert diese gegenüber anderen Subjektpositionen. Auch dies ist der bereits zitierten Stellenausschreibung anzumerken, die erst nachrangig darüber informiert, dass sich strukturell von Rassismus betroffene Personen zur Privilegien-Sparte nicht äußern sollen. Unter umgekehrten Vorzeichen spiegelt sich hier ein bevormundender Dominanzdiskurs wieder, der Kanaken unter dem Vorzeichen der paternalistischen Ideologeme des Schutzes und der Hilfe abermals zum Schweigen bringt.

Der Vorstellung anzuhängen, dass Migrant_innen per se über keine Privilegien verfügten, heißt, die Frage nach den sozialen und politischen Verhältnissen, die Kanaken erst zu solchen machen, zugunsten identitärer Wohlfahrtsvorstellungen preiszugeben. Kollektiv werden so auch jene zu Opfern gemacht, die sich nie als solche empfunden und verhalten haben. Und dies eben nicht aus einem genuinen Interesse daran, die Zusammensetzung der Akademie dauerhaft zu verändern, sondern um zu gewährleisten, dass das weiße/cis-deutsche, über-Privilegien-reflektierende Subjekt im Zentrum der Aufmerksamkeit bleiben kann. Selbst wenn Kanaken in den Gender Studies bessere Chancen darauf haben sollten, einen Lehrauftrag zu erhalten, als dies in anderen Disziplinen der Fall ist, kreist die Regelung der verbalen Entprivilegierung um Fragen der Repräsentation, nicht aber um Rechte. Sie ist das Gegenteil einer praktischen Kritik, weil sie die Präsenz einer transzendenten Absicherung garantiert (jener Figur der Whitenessgeplagten cis-deutschen Akademikerin also), aber nicht über die Selbstanklage hinausweist.

Herkunftsbenennungen bleiben auch in umgekehrter Form, auf das eigentlich nach Herkunft fragende Subjekt zurückgekippt, problematisch, da sie soziale Positionen im Sinne kulturalisierter Platzanweisungen fix-

ieren. An dieser Stelle sei exemplarisch auf das Manifest von Kanak Attak aus dem Jahr 1997 verwiesen, das sich explizit gegen die Frage nach Pass oder Herkunft wendete: Ein iterativer Umgang mit Rassismus funktioniert nicht, schützt nicht und macht auch aus Intersektionalitätsgläubigen keine besseren Subjekte. Im Übrigen enttarnt sich die Proklamation der

Intersektionalität als neues wissenschaftspolitisches und herrschaftskritisches Paradigma im Sinne eines historischen Wiederholungszwangs – ein

¹ Zum Begriff

Kanake siehe

www.kanak-attak.de

Die Frage nach den sozialen und politischen Verhältnissen, die Kanaken erst zu solchen machen, wird preisgegeben



Investieren Sie in gesellschaftspolitisch relevante Kunst!



Kurt Eisner Kulturstiftung

Ziel der Kurt Eisner Kulturstiftung ist die Förderung von gesellschaftspolitisch engagierter Kunst – ganz im Sinne des ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern: Kurt Eisner, Schriftsteller, Pazifist und Verfechter eines freiheitlichen Sozialismus, war der Kopf der unblutigen Revolution, die 1918 das Volk zum Souverän machte. Es war ihm ein Anliegen, den Gegensatz zwischen Politik und Kunst zu überwinden: *Die Kunst kann nur gedeihen in vollkommener Freiheit. {...} Der Künstler muss als Künstler Anarchist sein. . .*

Werden Sie Mitglied des Förderkreises und unterstützen Sie die Kurt Eisner Kulturstiftung mit einer regelmäßigen Spende auf das Stiftungskonto:

KTO: 100 100 9511
BLZ 701 500 00
Stadtsparkasse München

Weitere Informationen unter:
www.kurt-eisner-kulturstiftung.de

Ayşe K.
Arslanoğlu
ist eine unsichtbare, melancholisch heterosexuelle cis-Deutsche mit Migrationshintergrund. Sie ist bio-trans, lebt vegan, studiert und forscht in den Gender Studies der HU-Berlin, mit denen sie manchmal nicht soviel zu tun haben möchte

Whiteness-zentrierter Feminismus ist schließlich schon vor Jahrzehnten von all jenen kritisiert worden, die sich darin nicht wiedergefunden haben beziehungsweise dort nicht willkommen geheißen wurden. Es ist nicht das erste Mal, dass ihre Geschichte aus dem Kanon ausgeblendet wird.

Politik und Moral

Interessant ist nicht zuletzt die Verkehrung der Intention in Bezug auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Die Markierungspraktiken treten mit dem zuweilen explizierten Anspruch auf, die Gender Studies zu (re)politisieren und die teils heftigen Auseinandersetzungen, die sich um Benennungs-, Skandalisierungs- und Ausschlusspraktiken entfalten, scheinen dem auch zunächst Recht zu geben. Tatsächlich wiederholt sich aber eine Bewegung, die aus der langen Geschichte der Linken schon allzu bekannt ist. In der scheinbaren Konkretion komplexer Herrschaftsverhältnisse, in Personifikation und Anklage, vor allem aber in Reduktion gesellschaftlicher Beziehungen auf Verhaltens- oder Sprechanweisungen realisiert sich das Politische nicht, sondern zieht sich zurück. Nicht als Motiv oder ethische Grundierung, aber als Form ist die Moral das Gegenteil der Politik. Wo sie den Konflikt in individuelle Regeln zu bannen oder ihm zuvorzukommen sucht - dieses darf gesagt werden, jenes muss expliziert werden - schafft sie nur Merkaufgaben für Streber_innen, die auf diesem Ticket dann Karriere machen.

Der Artikel erschien zuerst in outside the box. Zeitschrift für feministische Gesellschaftskritik #2. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Autorin.



Auf Schleichwegen ins Missionsmuseum

Ein Reisebericht von Thomas Glatz



¹ *Der Reisebericht ins Missionsmuseum ist im abenteuerer- und naturforscherhaften Tonfalle N.M. Prschewalskis verfasst. (N.M. Prschewalski: Auf Schleichwegen nach Tibet 1870-1873)*

Thomas Glatz
arbeitet als Künstler
in verschiedenen
Bereichen wie Hör-
spiel, Konzeptkunst
und Literatur. Der-
zeit schreibt er an
einem Roman

Der Hauptweg, welchen die Besucher des Ortes einschlagen, wendet sich vom Parkplatze etwas gegen Süden an einer Reihe von Häusern vorbei und zieht sich dann schon zum Kloster.¹ Wir aber schlugen diesen Weg nicht ein, weil an ihm eine hinlängliche Anzahl von Einheimischen ist. Wir wählten die gerade Richtung nach O. und kamen, nachdem wir einen Hügel umrundet hatten, dorthin. Bis zum letzten Schritte bewegt sich der Reisende zwischen den Hügeln eines wellenförmigen Plateaus und plötzlich erscheint vor seinen Augen ein bewundernswürdiges Panorama, die deutlichen Umrisse des Klosters. Zwischen O. und G. gibt es einen See, der wurde im 1. Weltkrieg von Kriegsgefangenen trockengelegt.

Neben uns befand sich ein Getreidefeld. Seine Kanten waren wie mit dem Lineal gezogen, die Eckwinkel waren neunziggrädig, nirgends konnte das Auge einen Mangel entdecken! Eine mit komisch anzuschauendem Hüpfen sich fortbewegende Gattung Grashüpfer bevölkerte den Feldrand.

Die Entfernung von der S-Bahnstation nach O. beträgt gegen zwei Kilometer, welche man gewöhnlich in einer halben Stunde zurücklegt. Der Boden wird wieder etwas uneben und bedeckt sich mit ausgezeichnetem Gras. Der Weg, welcher einst mit Steinplatten belegt war, ist jetzt gänzlich geteert, sodass es sogar sehr schwer ist, ihn zu Fuß zurückzulegen. Die Faulheit zwingt den Einheimischen immer mit dem Auto zu fahren und sorgsam jede Bewegung zu Fuß zu vermeiden. Selbst auf einige hundert Schritt bemüht sich der Hiesige nicht zu Fuß, sondern besteigt gewiss sein Auto, das deshalb auch beständig in einem extra dafür gebauten kleinen Hause vor dem Haus beziehungsweise auf einem vor dem zu erreichenden Hause extra eingerichteten Platze steht. Die Wolken haben etwas schönfärberisches. Ein Rotschwänzchen schreit „schütt“.

Während unserer Reise sahen wir das erste Mal die dortigen Einwohner. Ich brauche nicht zu sagen, welchen Eindruck diese von uns nie zuvor gesehenen Leute auf uns gemacht haben. Mit stumpfsinniger Verbissenheit gehen sie tagein tagaus ihren Geschäften nach. Die Feindseligkeit der Bewohner, welche sich bald in dieser, bald in jener Form offenbarte, zeigte deutlich, dass wir in den vor uns liegenden Gegenden keine Freunde finden werden, und dass wir ohne Ausnahme nur auf uns rechnen müssen.

Die Bewohner des Ortes haben durchgehends einen kurzen, gedrunghenen Körperbau und wenn sie auch nicht so ganz hünenhafter Gestalt wie ihre Namensvettern im Kloster sind, so erreichen sie trotzdem beinahe die mittlere Körpergröße.

Die Kleidung der O. besteht in einem langen, schlafrock-ähnlichen Rocke, der gewöhnlich aus schwarzem Baumwollstoffe gefertigt ist, einfachen Halbschuhen. Im Winter ziehen sie warme Beinkleider und Daunenjacken an, und den Kopf bedecken sie mit einer warmen Mütze. Die Gefräßigkeit des O. ist unglaublich, er kann während eines Mittagmahles nicht weniger als ein Schweinebein und zwei faust- bis kindskopfgröße Knödel aus Kartoffeln verzehren.

Obleich, wie wir gesehen haben, Kaffee und Kuchen während des ganzen Tages die Hauptspeisen des O. bilden, so haben sie jedoch, besonders im Sommer, eine wichtige Beispeise zu ihnen. Es ist diese aus Milch und Speiseeis und Sahne, ein besonderer Leckerbissen jedes Besuchers, sodass er, wenn er eine Speise als besonders schmackhaft bezeichnen will, sagt: „I mog a Eis!“

Nach dem Gasthause standen wir nun unbemerkt vor dem Museum. Hier wendet man abergläubisch den Blick ab und schaut über die Talniederung hin. Wir gelangten wie durch ein Wunder unbemerkt hinein. Das Photogra-



phieren der Schaukästen nach dem Augenmaße war, wegen ihrer Vielförmigkeit, ungemein schwierig; diese Arbeit war übrigens während der ganzen Dauer des Aufenthalts mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Diese Akkuratessse ist für jeden Reisenden ungemein notwendig, denn er darf sich nicht auf sein Gedächtnis verlassen. Bei der Ausführung der Aufnahmen war es durchaus notwendig, erstens auf die Genauigkeit der Arbeit zu achten und zweitens sie im Geheimen auszuführen, damit es die Bevölkerung der Gegend nicht merkte. Beide Bedingungen waren von gleicher Wichtigkeit. Wenn die Bevölkerung bemerkt hätte, dass ich ein Bild ihrer Schaukästen anfertigte, so hätten sich die Beschwerden unserer Reise verdoppelt, und wir hätten kaum frei durch die dicht bevölkerten Gegenden reisen können. Zum großen Glück wurde ich kein einziges Mal mit der Kamera ertappt und es wusste niemand, dass ich aufnehme. Einmal wähnte ich mich schon ertappt, doch es stellte sich heraus, dass nur mein Reisegefährte den Raum betrat, in dem ich gerade ein Bild der Schaukästen anzufertigen gedachte.

Während der Reise am Westabhange fanden wir nirgends Bewohner. Der erste Teil der Expedition war vollbracht, die Resultate der Reise, welche nach und nach angesammelt worden waren, stellten sich nun klarer heraus. Wir konnten mit reinem Gewissen sagen, dass wir unsere Aufgabe gelöst haben.

Unsere Reise ist beendet! Die Resultate derselben übersteigen alle Erwartungen, welche wir hegten, als uns Joshua von dem Ort berichtete. Damals lag die unberechenbare Zukunft vor uns; jetzt aber, wenn wir im Geiste die durchlebte Vergangenheit, alle Beschwerden der schwierigen Reise überschauen, bewundern wir unwillkürlich das Glück, welches uns überall begleitet hat. Oft war unsere Aufgabe in der höchsten Gefahr zu misslingen, aber ein gütiges Geschick half uns und ermöglichte es uns, nach Kräften die am wenigsten

bekannten und unzugänglichsten Gegenden des Missionsmuseums zu erforschen.

Wie sonderbar muss es gewesen sein, als im 19. und frühen 20. Jahrhundert unterschiedliche Kulturen aufeinander trafen! Im Nationalmuseum von Tansania in Dar-es-Salaam finden sich keine ausgestopften Tiere, keine Lendenschurze, Kopfreife und Masken. Dafür kann man dort viel über die Geschichte des Landes nachlesen und eine hundert Jahre alte Dose mit dem Aufdruck „Leberwurst ff. Cervelatwurst Westusambara aus der Ersten Deutsch-Ostafrikanischen Fleisch- und Wurstkonservenfabrik K. Illich, Kwai, Westusambara“ bestaunen. Auch im Museum in Sansibar stößt man auf seltsame Relikte des Aufeinandertreffens unterschiedlicher Kulturen. Die weißen Kolonialherren fertigten aus Elefantenstoßzähnen Billardkugeln und Klaviertasten für ihre Salons, einheimische Stämme flochten in ihre Halsgeschmeide numismatische Werte wie den Maria-Theresia-Taler.

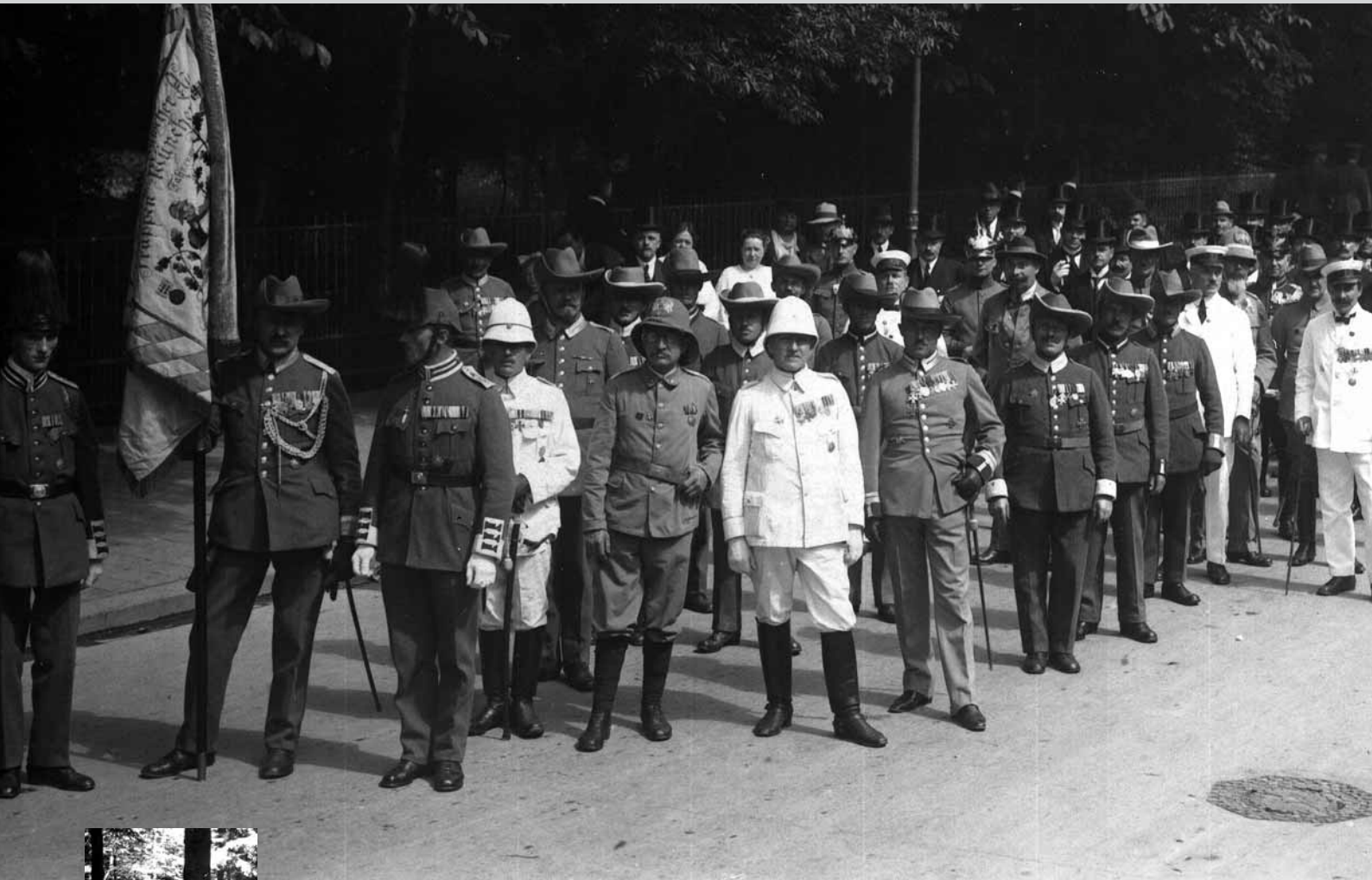
Wir standen gerade vor der Dose mit der Wilhelmstaler Kalbsleberwurst, als uns Joshua von einem geheimnisumwitterten Missionsmuseum in Süddeutschland erzählte. 1887 habe ein Benediktinerpater eine Ordensgemeinschaft gegründet und Brüder und Schwestern nach Deutsch-Ostafrika, nach Zululand, nach Korea und in die Mandschurei gesandt. Die heimgekehrten Missionsbrüder und Schwestern hätten Artefakte von ihren Reisen mitgebracht und ein Museum eingerichtet. Das Missionsmuseum sei mittlerweile schon in die Jahre gekommen. 2012 soll es umgebaut und modernisiert werden. Das sei jammerschade. Aber noch bietet sich Gelegenheit, das politisch unkorrekte Museum in seinem alten Zustand voller Rassisierungen², Merkwürdigkeiten und wunderbarer Ethnografica zu besichtigen.<

² Nina Glick Schiller beschreibt „Rassisierung“ als den andauernden Prozess des Bestärkens rassistischer Konzepte. Die Untersuchung von Rassierungsprozessen richtet den Blick auf Machtzusammenhänge, die den Rahmen bilden, innerhalb dessen Leute miteinander interagieren, zu bestimmten Werten kommen oder sich voneinander ein Bild machen. Innerhalb dieser Prozesse haben Menschen mit mehr Macht die Möglichkeit, zu definieren, was normal ist, was akzeptabel ist, was zivilisiert ist und was die entscheidenden Merkmale unterschiedlicher Kulturen sind.

Nina Glick Schiller u.a.: *Afrikanische Kultur und der Zoo im 21. Jahrhundert: Bericht an das Max Planck Institut für Ethnologische Forschung, Halle 2005*



Fotos: Thomas Glatz



Fotos: Hans Niederreiter, Sammlung [muc]



Aufmarsch der „Kolonialkriegerkameradschaft München“ in den 1920er Jahren in Waldtrudering. Dort besaßen die „Kolonialkrieger“ seit 1925 ein „Waldheim“ für etwa 100 Personen. Für Kinder gab es Iglus zum Spielen und für die Erwachsenen einen Schießstand. Zwischen den Bäumen befand sich eine Gedenktafel für „die gefallenen Helden in den deutschen Kolonien“ und das Vereinsheim schmückten Bilder von in den Kolonialkriegen getöteten deutschen Offizieren, Modellen von Kriegsschiffen und aus den Kolonien geraubten Gegenständen. Das Grundstück ging 1950 in Besitz des Freistaates Bayern über, wurde dann verkauft und das Haus 1961 abgerissen.

Straßen des kolonialen Terrors

Die aktuelle Initiative des Ausländerbeirates München zur Umbenennung kolonialer Straßennamen könnte die Debatte über den Umgang mit Deutschlands kolonialem Erbe in München (wieder) in Gang bringen. Eine Ausstellung soll ab Herbst 2013 in München die Straßennamen als prominente Spuren des Kolonialismus thematisieren und alternative Namen vorschlagen. Von [muc]

Am 26. März 2012 beschloss der Ausländerbeirat München einstimmig einen Antrag auf Umbenennung von einem Dutzend Straßen in den Stadtbezirken Bogenhausen und Trudering-Riem. Vor allem in diesen Stadtteilen finden sich etliche von mehr als dreißig Straßen in München, deren Namen an koloniale Akteure, kolonialen „Besitz“ oder koloniale Massaker erinnern. Einzig die Von-Trotha-Straße wurde 2006 gegen den Widerstand der Anwohnerinnen und Anwohner in Hererostraße umbenannt. Ihr ehemaliger Namensgeber Lothar von Trotha hatte den Vernichtungskrieg der deutschen „Schutztruppe“ gegen die Herero und Nama im heutigen Namibia (1904-1908) angeführt. Weitere Straßen erhielten lediglich Erklärungstafeln. Als „nicht ausreichend“ bezeichnet der Ausländerbeirat in seinem Beschluss diese Erläuterungen und spricht sich deutlich gegen die Ehrung von Personen aus, die „mit brutaler rassistischer Ideologie verbunden“ [sind]. Innerhalb der nächsten drei Monate muss der Münchner Stadtrat nun diesen Antrag behandeln. „Wir gehen davon aus, dass der jetzige Stadtrat unseres weltoffenen Münchens sich von den Taten und Symbolen ihrer Vorgänger der 30er und 40er Jahre distanziert und bereit ist, einige damalige Irrtümer zu korrigieren“, so Hamado Dipama vom Arbeitskreis Panafrikanismus München. Er fügt hinzu, dass man die Namen kolonialer Gräueltäter in den Geschichts- und Schulbüchern deutlicher darstellen sollte, um die Vergangenheit nicht zu vergessen, anstatt sie mit Straßennamen zu würdigen. Die Straßen sollten besser umbenannt werden nach Opfern rassistischer Gewalt in Deutschland.

Eine Broschüre, die Wissen zur deutschen Kolonialgeschichte generiert, wurde als einseitig bezeichnet

Abwehrreaktionen und Verteidigung

Der Antrag ist ein erneuter Anlauf, in die den deutschen Kolonialismus betreffende Erinnerungspolitik der Stadt München zu intervenieren. In den letzten zehn Jahren flammte die Debatte um die kolonialen Straßennamen immer wieder auf. Im Sommer 2003 stellten die Münchner Grünen/Rosa Liste einen maßgeblich von Grünen-Stadtrat Siegfried Benker forcierten Antrag zur „Entkolonialisierung der Münchner Straßennamen“. Die CSU des Bezirksausschusses (BA) Trudering-Riem reagierte prompt mit einer Ablehnung jeglicher Umbenennung, die mit Verwaltungsaufwand und Unannehmlichkeiten für die Anwohnerinnen und Anwohner begründet wurde. Hans Podiuk, damaliger CSU-Vorsitzender der Stadtratsfraktion und Mitglied in eben jenem BA, sah auch inhaltlich keinen Grund zum Handeln: „Straßennamen

sind aus ihrer Zeit heraus entstanden und entsprechend zu beurteilen. Ich persönlich kann keine Verherrlichung von Kolonialverbrechen erkennen, wenn Straßen nach Orten oder Personen aus der Kolonialzeit benannt sind.“ Dem von SPD und Grü-

nen herbeigeführten Beschluss, die betreffenden Straßennamen durch das Stadtarchiv prüfen zu lassen, folgte ein von der CSU angeführter Entrüstungsturm der Anwohnenden.

Zahlreiche Briefe und Emails, die Benker erreichten, zeigten, dass es vielen dabei um eine generelle Verteidigung der deutschen Kolonialherrschaft und ihrer Akteure ging. Mit Bezug auf den kolonialen Kriegsherrn Hans Dominik war etwa die Rede vom

„entscheidungsfreudigen Kolonialkrieger“, der nur den berechtigten Anspruch Deutschlands auf Kolonien durchgesetzt habe. Hans Dominik, Namensgeber der Dominikstraße in Bogenhausen, gilt in Kamerun noch heute als „Schreckensherrscher“. Zwischen 1891 und 1910 leitete er in der damaligen deutschen Kolonie „Säuberungs-“ und „Strafaktionen“. Diese „Aktionen“ waren nichts anderes als ein brutaler Krieg gegen die Bevölkerung.

Ein besonders dringliches Anliegen scheint dem Städtetag die Dekolonisierung nicht zu sein

Bis heute ist die Ablehnung einer Mehrheit in den betroffenen BAs gegen einen kritischen öffentlichen Umgang mit den deutschen Kolonialverbrechen deutlich. Zuletzt löste die Anfrage des Nord Süd Forums München an die beiden BAs im August 2011, für den Nachdruck ihrer 2010 erschienenen Broschüre „Münchens Kolonialviertel“ einen finanziellen Beitrag von jeweils 650 Euro zu leisten, abwehrende Reaktionen aus. Die Broschüre, die die Debatte dokumentiert und Wissen zur deutschen Kolonialgeschichte generiert, wurde als einseitig bezeichnet und die historischen Fakten angezweifelt. Der Vorsitzenden des BA Trudering „gruselte“ es gar bei der Lektüre, allerdings nicht aufgrund der dort beschriebenen Verbrechen deutscher Kolonialsoldaten, sondern, da das Werk „eindeutig parteipolitisch motiviert“ sei. Die Anträge wurden im November 2011 vom BA Trudering zurückgewiesen und vom BA Bogenhausen vertagt „bis der Antragsteller die Broschüre parteipolitisch neutral bzw. ausgewogen gestaltet hat“.

Sprühdosen und Demontage

Mit der kolonialen Namensgebung ab Ende der 1920er Jahre, die von den sehr aktiven und prominent besetzten Kolonial(krieger)vereinen forciert wurde, setzte der Münchner Stadtrat ein deutliches Zeichen: Mit dem heroisierenden Bezug auf die deutsche Kolonialgeschichte im öffentlichen Raum ließ sich eine vermeintlich glorreiche vergangene Weltgeltung in eine nationalistisch-rassistische Zukunftsvision projizieren, die die Forderung nach einer Rückeroberung der durch den Versailler Vertrag abgesprochenen Kolonien einschloss. Der Umgang mit den Straßennamen heute ist Teil des gesellschaftlichen Umgangs mit der deutschen Kolonialgeschichte und ihren Folgen, der lange Zeit von Schweigen und Verharmlosung geprägt war und zum Teil bis heute ist.

Dies zu ändern ist das erklärte Ziel der Wander-Ausstellung „freedom roads!“, die Ende 2013 nach München kommen wird. Geschichte und Bedeutung kolonialer Straßennamen sowie der Umgang damit in verschiedenen Städten sollen aufgezeigt werden. Ein Teil der Ausstellung wird die Situation in München dokumentieren. Die Ausstellungsmacherinnen und -macher haben gemeinsam mit zahlreichen postkolonialen und erinnerungskulturellen Initiativen 2010 eine Resolution

an den Deutschen Städtetag verfasst, die auch die Umbenennung und Kommentierung von Straßennamen fordert sowie antikoloniale Widerstandskämpferinnen und -kämpfer und Opfer des Kolonialismus als neue Namensgeber vorschlägt. Doch ihre Agenda geht weit darüber hinaus: Sie fordern eine durch Medien, Kultur- und Bildungsträger geförderte gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Rassismus, eine umfassende Dekolonisierung des öffentlichen Raums und die Erarbeitung städtischer postkolonialer Erinnerungskonzepte in Zusammenarbeit mit Aktivistinnen und Aktivisten in Städten der ehemaligen Kolonien. Der Kulturausschuss des deutschen Städtetags hat diese Resolution im Mai 2011 an alle Mitglieder weitergeleitet, betont aber, „dass jede Stadt eigenständig entscheiden muss, wie sie dieses Thema auf Grundlage der örtlichen Gegebenheiten behandelt und welche der vorgeschlagenen Maßnahmen ergriffen werden sollen.“

Ein besonders dringliches Anliegen scheint dem Städtetag die Dekolonisierung nicht zu sein. Dass es da schneller gehen kann, wenn die Dinge selbst in die Hand genommen werden, wusste auch schon eine Gruppe Unbekannter 2006. Mit Hilfe von Sprühdosen und Demontage von Straßenschildern benannten sie die zu diesem Zeitpunkt noch existierende Von-Trotha-Straße und die Waterbergstraße in Trudering in Morenga- und Hererostraße um.<

Die Gruppe [muc] setzt sich mit den Spuren des Kolonialismus in der Stadt München auseinander

Aufruf zum Handeln

Der Literaturwissenschaftler Klaus-Michael Bogdal beschäftigt sich in seinem aktuellen Buch mit der Erfindung der „Zigeuner“. Eine Rezension von Stefan Klingbeil.

„Diese Studie liest sich [...] anregend klar, bereichernd, oft beschämend [...].“

(Rolf-Bernhard Essig, *Die Zeit*)

„Bogdal ist [...] eine höchst differenzierte, gänzlich unkitschige und zuweilen mitreißende Studie gelungen [...].“

(Uwe Ebbinghaus, *FAZ*)

„Klaus-Michael Bogdals Buch ist für das Verständnis der gegenwärtigen Situation der Roma in Europa und deren Hintergründe unentbehrlich. Man möchte hoffen, dass es seinen Weg in den Geschichtsunterricht und auf den Schreibtisch von Politikern findet.“

(Cia Rinne, *taz*)

Bei so viel Lob aus so unterschiedlichen Ecken stellt sich hier natürlich die Frage, was nun noch zu sagen wäre, acht Monate nach Erscheinen von Klaus-Michael Bogdals *Europa erfindet die Zigeuner*. Vielleicht dies: „Wer gehofft hat, dass hinter den dargestellten Zerrbildern durch kritische Untersuchung am Ende die wirklichen Menschen hervor treten und die Wahrheit über die Romvölker erscheinen wird, wer mithin gehofft hat, dass sich die Erfindung [der „Zigeuner“] als Schimäre auflöst, muss enttäuscht werden. Wissen kann den Aufgeklärten und Gutwilligen zur Selbstbeobachtung ermutigen, wirkliche Veränderung setzt mehr voraus: eine grundlegende Verbesserung der rechtlichen Verhältnisse, der sozialen Lage und der kulturellen Verständigung.“ (Bogdal, S. 479)

Denn so geht es mir: Seitdem ich große Teile des 592 Seiten starken Buches verschlungen habe, fühle ich mich mehr denn je zur verstärkten Selbstbeobachtung ermutigt und in meinem Einsatz für die Verbesserung der rechtlichen Verhältnisse und der sozialen Lage der Roma bestärkt. Daran nämlich lässt Bogdal auf keiner Seite Zweifel aufkommen: Alles, was wir meinen zu wissen über Roma, ist Nichts, alles was getan werden muss, um dies, und die Lage der Roma zu verbessern und ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben in sozialer Sicherheit herbei zu führen, liegt noch vor uns.

Die hierfür nötigen Bündnisse – auch und insbesondere mit den selbstorganisierten Verbänden – müssen immer wieder neu geschmiedet werden.

Bogdals Werk ist nicht trotz, sondern wegen seines detailgewaltigen und faktenreichen Umfangs so lohnenswert. Auf jeder Seite entdeckst Du Dich selbst neu, betrittst Du antiziganistisch vermintes Gelände, stößt Du auf Quellen antiziganistischer Unterströmungen. Und zwar in einem Maße, dass man das Buch auch nicht am Stück lesen muss. Jedes Blättern in den sich über Jahrhunderte erstreckenden Kapiteln, jedes Stöbern in den unglaublich umfangreichen Ableitungen antiziganistischer Vernichtungs- und Vertreibungslegitimationen lässt Dich dann doch wieder in die über 100 Seiten umfassenden Quellenangaben schauen. Nur um wieder und wieder auf Material zu stoßen, das (meist hinter Deinem Rücken) längst in das eigene Allgemein-Unwissen eingeflossen war.

Europa erfindet die Zigeuner ist Literaturwissenschaft at its best. Nicht, weil es literarisch so besonders gelungen ist. Dies wäre sicherlich die falsche Erwartung an ein Werk, das einen solch umfassenden Blick auf Quellen aus über 600 Jahren Juristerei, Sozialwissenschaften und Literatur frei legt. Sondern weil es sich nicht der schöngeistigen Onanie am geschriebenen Wort hingibt (die, mit Verlaub, ja durchaus unterhaltsam sein kann), sondern aus der Auseinandersetzung mit dem geschriebenen Wort Wissen produziert, das durch sein schonungsloses Offenlegen des Nichtwissens so sehr zum Nachdenken und Handeln aufruft.

„Man darf von der europäischen Literatur nach 1945 nicht allzu viel erwarten, wenn es um die Darstellung der Zigeuner geht“, konstatiert Bogdal. „Die Mehrzahl der Werke folgt den ausgetretenen Pfaden der Zigeunerromantik und bleibt unbeeindruckt vom Völkermord an den Roma. [...] Mehr als ein Jahrzehnt nach dem Porajmos] lesen sich einige Werke wie elegische Nachrufe auf eine endgültig untergegangene Kultur. Andere legitimieren sich [...] als Stellvertreter, die statt ihrer das Wort ergreifen.“ *Europa erfindet die Zigeuner* unterscheidet sich hiervon grundsätzlich.<



Klaus-Michael Bogdal:
Europa erfindet die Zigeuner
- Eine Geschichte von Faszination und Verachtung,
Suhrkamp. Berlin
2011. 592 Seiten.
24,90 Euro.

Stefan Klingbeil
hat beim Bayerischen Flüchtlingsrat gearbeitet und ist jetzt aktiv beim AK Asyl Göttingen

Überleben in Hochform

Eine neue Ausgabe des Magazins *testcard* ist erschienen. Von Till Schmidt



Jonas Engelmann,
Holger Adam, Roger
Behrens, Wolfgang
Brauneis, Frank
Apunkt Schneider,
Johannes Ullmaier,
Christian Werth-
schulte, Chris Wil-
pert (Hg.):
*testcard – Beiträge
zur Popgeschichte
#21. Überleben –
Pop und Antipop
in den Zeiten des
Weniger.*
Ventil Verlag.
Mainz 2011.
336 Seiten. 15 Euro.

Till Schmidt
lebt und studiert in
München.

Immer wenn ich erfahre, dass die Veröffentlichung einer neuen Ausgabe der *testcard* ansteht, freue ich mich auf eine vielfältige Zusammenstellung von Texten zu Musik, Literatur, Film und zeitgenössischer Kunst. 1995 gegründet, widmet sich jede *testcard*-Ausgabe einem ausgewählten Themenschwerpunkt. Hefttitel der Vergangenheit waren zum Beispiel: „Pop und Krieg“ (2000), „Black Music“ (2004), „Discover America“ (2005), „Sex“ (2008), „Regress“ (2008) und „Access Denied. Ortsverschiebungen in der realen und virtuellen Gegenwart“ (2011). Jede *testcard* schließt mit Besprechungen von haufenweise Tonträgern, Büchern und DVDs – die leider so klein gedruckt sind, dass man fast schon zur Lupe greifen möchte.

So auch in der aktuellen Ausgabe – der ersten nach dem viel zu frühen Tod des Gründers und langjährigen Mitherausgebers Martin Büsser. Ein Großteil der etwa drei Dutzend Beiträge hat einen Bezug zum Themenschwerpunkt „Überleben“. Dazu passt auch die stilvolle Gestaltung des Einbandes. In Form eines gebootlegten Coverartworks vom Sonic Youth Album „Daydream Nation“ (1988) ist er an Gerhard Richters Bild „Kerze“ (1983) angelehnt.

Ich-AG und Creative Industries

Die einundzwanzigste *testcard*-Ausgabe ist ein thematisches Sammelsurium. So gibt es einige Beiträge, die eindrücklich das Geldverdienen von Musikern, Schriftstellern und Journalisten thematisieren und dabei meist die Betroffenen selbst zu Wort kommen lassen. Peter Glaser etwa gewährt im Interview eher ernüchternde Einblicke in sein Arbeitsleben als relativ etablierter Journalist und Schriftsteller. Er konstatiert: „[...] als Freiberufler kennt man das Wort ‚nein‘ ja nicht. Ich hab’ da so eine Albtraumvorstellung, dass ich zu irgendeinem Auftraggeber ‚nein‘ sage, und der ruft dann sofort alle anderen an und sagt: ‚Schon gehört? Glaser will nicht mehr arbeiten, den brauchen Sie gar nicht mehr anzurufen.‘ Und ich sitz’ dann so mit Spinnweben überzogen vorm Telefon...“

Die Realität gewordene Überflüssigkeit einer „klassischen Kreativarbeiterin“ bildet den Ausgangspunkt von Chuck Kleinhans' Essay „Creative Industries“: Nach der Anfang

der 1980er in den USA eintretenden Rezession rutscht die zuvor als Redakteurin und Autorin für Pornomagazine tätige Frau in die Prekarität und hangelt sich, ohne Krankenversicherung und Arbeitsplatzsicherheit, von Job zu Job. In einer ähnlichen Situation befände sich heute, dreißig Jahre später, ein Großteil der Mitglieder der vom Stadtplaner Richard Florida so glorifizierten „Creative Class“. An den US-Universitäten etwa wird Kleinhans zufolge nur noch ein Viertel des Unterrichts vom regulären, fest angestellten Lehrkörper ausgeführt. Häufig seien es schlecht bezahlte „Teaching Assistants“ oder (designierte) Promovierte, die zeitlich befristete Lehraufträge annehmen und Weiterbildung aus eigener Tasche bezahlen müssen.

Monroe meets Marx

In jedem Fall amüsanter als diese Darstellung des Elends ist Roger Behrens' fingiertes Gespräch zwischen Marilyn Monroe, Karl Marx, Theodor W. Adorno, 2Pac Shakur, Amy Winehouse, Kurt Cobain, Elvis Presley, Walter Benjamin, Guy Debord, André Breton, Sid Vicious, Josephine Baker und anderen über das Überleben im Pop. Ein weiterer Beitrag der *testcard*-Ausgabe thematisiert die Liebesbeziehung zwischen dem Künstler Genesis P-Orridge und Lady Jay Breyer. Beide hatten ihre Körper über Jahre hinweg durch Modifikationen aneinander angeglichen. Das von ihnen als „Pandrogynie“ bezeichnete Konzept, das sie ihrer Partnerschaft zugrunde legten, wurde vor fünf Jahren erschüttert, als Lady Jay Breyer starb. Doch „Pandrogynie war für uns auch ein Weg, nach dem Tod zusammenzubleiben. [...] vielleicht werden wir die ersten Menschen sein, denen es tatsächlich gelingt, erwiesenermaßen auch nach dem Tod zu kommunizieren“, sagt Genesis P. Orridge im Interview. 2011 erschien ein Dokumentarfilm über die beiden.

Andere Themen der Ausgabe sind etwa die vom Kulturjournalisten Simon Reynolds diagnostizierte „Retromania“ in der Popmusik und die Perspektiven der zwischen den 1950ern und 70ern existierenden linksradikalen Gruppierung der Situationisten auf das „Überleben im Wohlstandsreck“. Alles in allem lohnt sich also ein Blick in die einundzwanzigste *testcard*.<

Moderne Nomaden?

Über das Leben in der Fremde

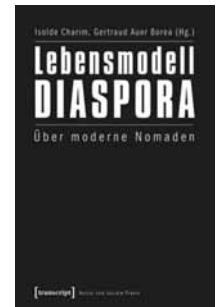
Eine Rezension von Stephan Dünnwald

Dieses Buch versucht, aus ganz verschiedenen Ecken heraus, sich dem Leben woanders anzunähern. Woanders, das ist nicht zu Hause, und dennoch mit einem wie auch immer fantasierten, imaginierten, nostalgisierten Orientierungspunkt versehen, mag dieser nun das Eigene, die Rückkehr, die Heimat, die Herkunft genannt werden. Zeitliche und räumliche Verschiebungen kennzeichnen das, was auch mit Migration nur unsauber erfasst wird, ist mit Migration doch einerseits die Bewegung weg von einem Ort, das Verweilen woanders und sogar die Rückkehr, die natürlich nie eine Rückkehr in der Zeit, sondern höchstens eine Rückkehr an einen Ort sein kann, gemeint. Der Titel „Lebensmodell Diaspora: über moderne Nomaden“ ist Programm, doch fallen die Beiträge sehr unterschiedlich aus, nehmen mal mehr, mal weniger Bezug auf den Begriff der Diaspora, dehnen ihn, probieren ihn aus, transponieren den üblichen Bedeutungsinhalt. Beim Lesen der Beiträge fällt zunächst die Mannigfaltigkeit der Zugänge und Bezüge auf, was die Feststellung zum Beispiel des Migrationsforschers Stephen Castles unterstreicht, dass es wohl niemals eine umfassende Theorie der Migration geben wird. Kultur-, sozial-, politikwissenschaftliche Konturen dessen, was mit Diaspora und Wanderung gemeint werden kann, legen verschiedene Bedeutungsschichten, soziale Prozesse und politische Kraftfelder frei, die sich keineswegs zu einem stimmigen Bild fügen, sondern eher an Goldgräberei in einem weiten Feld erinnern: an vielen Stellen wird gleichzeitig gegraben, manche Schächte erweisen sich als fruchtbar, manche Gräben vereinen sich zu größeren Stollen, manches ergiebige Loch ist erschöpft und vergessen, wird vielleicht eines Tages wieder entdeckt, und mit neuem Gerät weiter ausgebeutet.

Der Begriff Diaspora, ohnehin von seiner vorherigen Bedeutung als Bezeichnung der jüdischen Gemeinschaften in den letzten Jahren so ausgeweitet und verbreitert, dass er auf jedwede Migration und Gemeinschaft anwendbar ist, stellt das Bindeglied zwischen den Beiträgen dar. Er wird ganz ver-

schieden variiert, ist mal mehr hinterfragter Gegenstand, mal mehr das analytische Werkzeug, das größere Zusammenhänge erschließt. Deutlich wird, dass mit dem, was gemeinhin unter Globalisierung gefasst wird, zahlreiche und uneinheitliche Diasporen entstehen, die sich von anderen unterscheiden durch den Bezug auf ein geteiltes Gemeinsames, das je nachdem mehr in die Vergangenheit oder die Zukunft verlagert wird. Bei all den Ansätzen zur Diaspora wird klar, dass es keine ungeteilte Diaspora gibt, ebensowenig wie etwas, das als ungebrochenes Gegenteil von Diaspora gelten könnte. Die Nation und der Nationalstaat sind schon immer durchdrungen, erweitert, begrenzt durch Diaspora und diasporische Bewegungen.

Ans Goldgraben erinnert auch das Blättern in diesem Sammelband: Eine lange Liste bekannter Autorinnen und Autoren begegnet einem, von Homi Bhabha, Zygmunt Bauman, Tony Judt oder Benedict Anderson über Saskia Sassen oder Gayatri Spivak bis hin zu Diedrich Diederichsen, Mark Terkessidis oder Ilja Trojanow. Nicht alle Ideen sind neu, aber die Beiträge zeichnet aus, dass sie auf Vorträgen basieren, was sie zugleich sehr zugänglich macht und manchen theoretischen Ansatz in neuem Licht darstellt. Es ist das Verdienst von Isolde Charim und Gertraud Auer Borea, diese Sammlung von Vorträgen, gehalten seit 2007 im Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog, in Texte verwandelt und herausgegeben zu haben.<



*Isolde Charim und
Gertraud Auer
Borea (Hg.):
Lebensmodell
Diaspora.
Über moderne
Nomaden.
Transcript Verlag.
Bielefeld 2012.
280 Seiten.
24,80 Euro.*

40 JAHRE **graswurzel** revolution

MONATSZEITUNG FÜR EINE GEWALTFREIE,
HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT



FEST UND KONFERENZ IN MÜNSTER

ORT: ESG, BREUL 43, FR. 16 UHR BIS SO. 15 UHR
KONZERTE, VORTÄGE, WORKSHOPS, DISKUSSIONEN...

INFOS: www.graswurzel.net

„Die 'Graswurzelrevolution' lässt sich vom Siegeszug des Kapitalismus nicht beirren.“

(Frankfurter Rundschau)

„Ein Blick in die Graswurzelrevolution zeigt dir ein anderes Bild der Welt ... Obwohl deutlich gemacht wird, in welch krankem System wir leben, zeigt die GWR immer wieder, dass auf der ganzen Welt Menschen dagegen kämpfen.“

(Plastic Bomb 67, 7/09)

„...ultimativ beste Bewegungszeitung, die 'Graswurzelrevolution'.“

(BI Hamm, 5/2011)

GWR Nr. 370, Sommer 2012.

Inhalt: „Grüne Gentechnik in Deutschland gescheitert“?; Griechenland: Nach der Wahl ist vor der Wahl; Unsichtbare Lesben im Exil; Legt die Leos an die Kette! Stoppt den Waffenhandel; 40 Jahre Graswurzelrevolution; Antifa-Comic; Anti-Atom; Anarchismus; Feminismus; Antimilitarismus; Antirassismus, u.v.m.

Probeheft kostenlos

Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11,
D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-
250, Fax: -351, abo@graswurzel.net,
www.graswurzel.net



Völkische Trolle

Online-Petition gegen Residenzpflicht erneut gescheitert.
Ein Kurzkommentar von Friedrich C. Burschel

Die Petition gegen die Residenzpflicht von 2010, für die 11.300 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner votiert hatten, scheiterte an der Ablehnung durch die Mehrheit von CDU/CSU und FDP im Petitionsausschuss. Jetzt wurde eine neue Online-Petition an den Start gebracht. Sie forderte unter anderem die Abschaffung von Gemeinschaftsunterkünften, Residenzpflicht und Essenspaketen sowie eine Sicherstellung anwaltlicher Betreuung und Übersetzung von Anfang an und andere Erleichterungen. Kurz vor Ende der Zeichnungsfrist am 17. Juli 2012 hatte unter anderem die Flüchtlingsorganisation „The Voice“ Alarm geschlagen, dass das Unternehmen schief laufen und langfristig Schaden anrichten könnte.

„Bis jetzt sind es weniger als 1700 UnterzeichnerInnen. Das ist nicht ausreichend für eine Parlamentsdebatte und eine Anhörung (...), wozu mindestens 10.000 Unterschriften nötig sind. (...) Wenn es uns nicht gelingt, werden die Politiker diese Tatsache (...) zu ihrer eigenen Rechtfertigung nutzen.“

Da nicht zu erwarten ist, dass das nötige Quorum erreicht werden kann (zu Redaktionsschluss am 15.7.2012 waren es erst knapp 2000 Unterstützerinnen und Unterstützer), ist nun genau dieser worst case eingetreten und stellt den Sinn derartiger Online-Petitionen generell in Frage. Nicht nur wird hier eine Scheinaktivität entfaltet, die es vielen vielleicht gutwilligen aber trägen Leuten erlaubt sich per Mausclick zu entlasten, der Bundestag wird außerdem als Anrufungsinstanz für Hilfe suchende Personen und Gruppen durch das kurzlebige Online-Treiben anerkannt und aufgewertet. Und schließlich können sich im Diskussionsforum regelmäßig die übelsten rassistischen Trolle und völkischen Idioten tummeln, die dann Dinge wie das folgende posten:

„Hier wird mit Steuergeldern rumgeaast (...). Eine Belastung des Staatshaushaltes welcher aus Steuergeld vom deutschen Volke erwirtschaftet wurde, lehne ich ab. Der Staat und das deutsche Volk sind nicht dafür zuständig, daß sich Nichtdeutsche hier wohl fühlen. Gastfreundschaft ja gerne, jedoch die PFLICHT Steuergelder dafür auszugeben ist die absolute Pervertierung der Gastfreundschaft. By the way....Gäste bleiben natürlich auch nicht für immer, sondern bemühen sich mit aller Kraft wieder nach hause zu kommen.“<





SCHLÜSSEL NACH BRÜSSEL

Gegen die Inhaftierung schutzsuchender Menschen!

Die Geschäftsstelle in Frankfurt
gratuliert zur 20. Hinterland Ausgabe

www.proasyl.de

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Hier gibt es die Hinterland...

Berlin *Infoladen Daneben,*
Infoladen Lunte,
Buchladen Kisch & Co,
Buchläden Schwarze Risse
Bremen *Infoladen Bremen*
Dresden *Buchhandlung König Kurt*
Frankfurt *Infoladen Excess*
Hamburg *Buchhandlung im Schanzenviertel*
Hannover *Annabee Buchladen*
Landshut *Schwarzer Hahn*
Mannheim *Der andere Buchladen*
München *Basis Buchhandlung*
Münster *Buchladen Rosta*
Potsdam *Buchladen Sputnik*
Regensburg *Lederer*
Rosenheim *Infoladen Z*
Siegen *Bücherkiste*

voll toll!

...oder hier:

www.hinterland-magazin.de